



# **Wald** ***Wirtschaft*** 2025/26

Editorial Prof. Dr. Andreas W. Bitter	3
Editorial Dr. Irene Seling	4

## POLITIK

Interview mit Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer	6
Ein Jahr nach der Bundestagswahl: Forstpolitische Spannungsfelder	10
Erfolge in der Sozialen Selbstverwaltung der SVLFG	14
Betriebsleiterkonferenz: Freiheit der Bewirtschaftung in Gefahr	16
Der Initiativkreis Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse	19
Bundeskongress mit klaren Signalen für FWZ	27
Länderinitiative Holzenergie weiter gewachsen	37

## EUROPA

Dynamischer Klimawandel, statische Referenzen: Warum die W-VO den Waldumbau ausbremst	20
„Wir können uns nicht noch mehr Auflagen für die europäische Wirtschaft leisten.“ Günther Oettinger im Gespräch	28
Kurskorrektur für den Wald: Europas Vorgaben im Praxisccheck	32
EUDR: Praxistauglichkeit bleibt zentrale Herausforderung	36
„Gemeinsam haben wir in Europa schon viel erreicht“ – Interview mit Stefan Köhler	38

## FORSTWIRTSCHAFT

Infografik Regionale Anteile des Privat- und Körperschaftswalds	9
Waldverjüngung: Stabiles Fundament der gesamten Wertschöpfungskette	12
Infografik Holzvorräte in der Europäischen Union	34
Wohltuende Wiederbewaldung	40
Praxisingerechte PEFC-Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung	44
25 Jahre Bestattungen im Wald: FriedWald stärkt Perspektiven für Waldbesitzer	56
Windenergieanlagen im Wald – erhöhtes Waldbrandrisiko?	62
Die Zitterpappel ist Baum des Jahres	64
Waldbesitzer des Jahres: Keine Waldwirtschaft ohne Jagd	69

## AGDW

Empfang der Waldeigentümer 2026	46
Grüne Woche als Schaufenster der Forstwirtschaft	47
Waldsymposium eröffnete forstpolitische Perspektiven	48
Politische Prominenz beim AGDW-Sommerempfang	50
Tag der Waldeigentümer auf der Ligna	51
Forstwirtschaft 4.0 auf der Agritechnica	51
Neues aus Landesverbänden und Geschäftsstelle	52
Junge Waldeigentümer neu aufgestellt	58
Praxisseminar zu Wald und Forstwirtschaft im Sauerland	60

## KOMMUNIKATION

AGDW in den Medien	5
„Wald Klima-Klasse“: Junge Generation gestaltet den Wald von morgen	54
Kampagne #LandschaftZukunft! Von der Praxis in die Politik	66
Ein Weihnachtsbaum aus dem Sauerland für Friedrich Merz	68
Zu guter Letzt: Der Kleiber	70
Impressum	70

## Liebe Leserinnen und Leser,

„veraltete, exzessive und überlappende Gesetzgebung muss aufgespürt und korrigiert werden. Neue Vorschläge müssen fokussierter, umsetzbar und anwendbar sein.“ Mit diesen Worten stellte Valdis Dombrovskis, EU-Kommissar für Wirtschaftlichkeit und Produktivität, am 28. April 2026 die Brüsseler Pläne für eine bessere EU-Rechtssetzung vor. Die Botschaft ist bemerkenswert: Die EU-Kommission hat offenbar erkannt, wie reformbedürftig die Ausrichtung ihrer Gesetzgebung an vielen Stellen ist.

Allein, es fehlt (noch) das folgerichtige Handeln. Nur eine Woche später präsentierten Dombrovskis Kollegen auf rund 100 Seiten neue Leitlinien zur EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte (EUDR). An praxisgerechten Regeln für Waldbesitzer in EU-Staaten wie Deutschland, die nachweislich kein Entwaldungsproblem haben, fehlt es darin weiterhin.

Der mangelnde Realitätsbezug der EUDR ist ein besonders eklatantes Beispiel für veraltete, exzessive EU-Regularien. Mit der Repräsentanz deutscher Waldbesitzer bei der EU bringen wir uns seit vergangenem Jahr gezielt in den Brüsseler Politikbetrieb ein und warnen vor den Folgen solcher Regularien für die nachhaltige Waldbewirtschaftung. Die Liste der bearbeiteten Vorschläge wird nicht kürzer. Im Jahr 2025 hat die Zahl der von der EU-Kommission beschlossenen Rechtsakte mit knapp 1.500 den höchsten Stand seit 2010 erreicht. Viele davon betreffen die Forstwirtschaft. In den Vorjahren war es kaum besser.

Als AGDW machen wir immer wieder auf die Gefahren und Auswirkungen fehlgeleiteter EU-Regularien aufmerksam. Ganz oben auf unserer Liste: Die EU-Wiederherstellungsverordnung (W-VO). Mit ihren an historischen Lebensraumtypen orientierten idealtypischen Zuständen für die Waldentwicklung blendet die W-VO die Standortdrift der Arten sowie die notwendige Anpassung unserer nachhaltig bewirtschafteten Wälder an den Klimawandel weitgehend aus und ergeht sich stattdessen in administrativem Aktionismus.

Seit Deutschland erste Schritte zur nationalen Umsetzung der Verordnung eingeleitet hat, wird auch in der Politik immer klarer: Die W-VO stellt nicht nur neue Ansprüche an Waldbesitzende, sondern belastet die Verwaltungen in Ländern und Kommunen ebenfalls massiv.

Problematische Überlappungen mit anderen umweltpolitischen Vorgaben sind allgegenwärtig, neue praxisferne Einschränkungen der waldbaulichen Gestaltungsmöglichkeiten kommen hinzu. Trotz der inhaltlichen Defizite hat sich die EU-Kommission bislang gesträubt, Korrekturen vorzuschlagen.



Es ist vor diesem Hintergrund wohl kein Zufall, dass Bundeskanzler Friedrich Merz bei seiner Regierungserklärung im März 2026 mit Blick auf notwendigen Bürokratieabbau konkret eine „Durchforstung“ von EU-Recht verlangt hat. Diese sollte prioritär die realitätsfernen Vorgaben ausmerzen, von denen die nachhaltige Waldbewirtschaftung betroffen ist. Wenn die Bundesregierung in Brüssel ihr Gewicht in die Waagschale wirft, wie sie es auch in der Vergangenheit erfolgreich getan hat, können sachgerechte Lösungen erzielt werden. Andernfalls würden von ihr auf nationaler Ebene unternommene Anstrengungen zur Stärkung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung konterkariert.

Die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer, verbunden im generationenübergreifenden Denken, sind naturgemäß standorttreu. Wenn uns allerdings politisch der Boden unter den Füßen entzogen wird, gerät das nachhaltige Wirtschaften mit der Natur ins Wanken. Dazu muss es nicht kommen. Doch ist es höchste Zeit, in Deutschland und Europa die Weichen richtig zu stellen. Was fachlich einleuchtet, sollte auch politisch machbar sein. In diesem Sinne werden wir als AGDW weiterhin unsere zielführenden Vorschläge einbringen und für deren Umsetzung stetig werben.

Ihr

**Prof. Dr. Andreas W. Bitter**  
Präsident der  
AGDW – Die Waldeigentümer

## Liebe Leserinnen und Leser,



Vor Ihnen liegt die zehnte Ausgabe unseres Jahresberichts „Waldwirtschaft“. Was 2016 seinen Anfang nahm, hat eine Tradition begründet und ist zu einer festen Größe geworden, mittlerweile auch digital und in den Sozialen Medien. Jahr für Jahr blicken wir im

Frühsommer auf das zurückliegende Jahr, orientiert am politischen Kalender und an den Themen, die Waldeigentum und Forstwirtschaft bewegen. Der Blick zurück ist dabei stets verbunden mit der Analyse aktueller Entwicklungen.

Mit den desaströsen Kalamitäten im Zuge von Dürre und Borkenkäferbefall seit 2018 haben sich die Themenschwerpunkte im Heft über die Jahre verschoben: Wiederbewaldung und Waldumbau nehmen nicht erst in dieser Ausgabe breiten Raum ein, von der politischen Agenda bis zur forstwirtschaftlichen Praxis: Mit einer Reportage aus dem Harz, Berichten aus dem Bergischen Land und dem Sauerland schildern wir diesmal die Herausforderungen der Wiederbewaldung.

Auch dort, wo Dürre und Borkenkäfer keine Schneisen der Verwüstung hinterlassen haben, machen sich die Folgen der Klimakrise im Wald zunehmend bemerkbar. Die Zahlen sprechen für sich: Die Durchschnittstemperatur in Deutschland hat sich seit Ersterscheinen der „Waldwirtschaft“ vor zehn Jahren von 9,4°C auf 10,1°C erhöht. Dies ist ein Ausschnitt einer langfristigen Entwicklung, für die wir uns seit Jahrzehnten mit einem klimaadaptiven Waldumbau wappnen. Wie politisch dieses Thema ist, wird in der Auseinandersetzung um die EU-Wiederherstellungsverordnung deutlich. Sie ist ein Schwerpunkt unserer aktuellen Arbeit, um zukünftig anpassungsfähige Wald-Ökosysteme in Deutschland auch weiterhin zu sichern. Warum das Thema W-VO auch Sie stark bewegen sollte, erfahren Sie ab Seite 20.

Inzwischen ist unser Magazin auf 72 Seiten gewachsen. Es bildet die Vielfalt an Aufgaben, Herausforderungen und Erfolgen ab, die unsere Arbeit prägen. So haben wir in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich für den Erhalt des bewährten Bundeswaldgesetzes gekämpft. Seine Zielsetzungen des Walder-

halts und der Förderung der Forstwirtschaft sind aktueller denn je. Denn das Erfolgsrezept des Gesetzes ist die Absicherung der Gestaltungsfreiheit für die Waldeigentümer. In der 21. Wahlperiode des Bundestages müssen wir dieses Erfolgsrezept nun wiederum verteidigen, so im Hinblick auf die angesprochene Wiederherstellungsverordnung.

Vor diesem Hintergrund begleiten wir Sie verlässlich durchs forstpolitische Jahr bis zum Frühling 2026. Schlaglichter auf unsere Veranstaltungen in Berlin und im Bundesgebiet, vom politischen Kongress über Messe-Events bis hin zu Terminen in der Fläche zeigen die Bandbreite unserer Aktivitäten. Der Blick von außen ist uns ebenfalls wichtig: Im aktuellen Heft sorgen dafür nicht zuletzt Interviews mit Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer und mit Günther Oettinger, ehemaliger EU-Kommissar und Ministerpräsident a. D. Baden-Württembergs.

Begleitet haben Sie über die Jahre hinweg auch die Tiere auf unserem Titel. Diesmal haben wir uns für den Kleiber entschieden, eine geschützte Art, deren Bestandstrend seit langem nach oben zeigt. Sie steht stellvertretend für die Waldvogelarten, deren Populationen sich insgesamt gut entwickelt haben. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis verantwortungsvoller, generationenübergreifender Waldbewirtschaftung, die viele Funktionen erfüllt. Sie gilt es zu bewahren, auch in politisch bewegten Zeiten. Hierfür setzt sich die AGDW auch weiterhin mit Ihrer Unterstützung ein.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

**Dr. Irene Seling**  
Hauptgeschäftsführerin der  
AGDW – Die Waldeigentümer

## AGDW in den Medien

# Von Waldbau bis Weihnachtsbaum

Von Entwaldungs- bis Wiederherstellungsverordnung, von Ökosystemleistungen bis Waldzustand: Die Hauptstadtpresse ebenso wie regionale und Fachmedien griffen in einer von geopolitischen Krisen geprägten Zeit die für die Waldbesitzenden ausschlaggebenden Themen und die Positionen der AGDW prominent auf.

Mit ihren Stellungnahmen verschafften sich die Waldeigentümer immer wieder hohe Sichtbarkeit, so in Leitmedien wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Über Gastbeiträge und Statements wurden forstpolitische Themen ebenso platziert wie Appelle zum richtigen Verhalten im Wald. In einem Interview mit der Rheinischen Post erläuterte AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter die Entwicklung des Waldzustandes und den Stellenwert vielfältiger Ökosystemleistungen (ÖSL). Dem Thema ÖSL widmeten sich weitere Medien, so der SWR in einer großen Reportage mit ausführlichen Erfahrungsberichten aus dem Privat- und Kommunalwald.

### Ökosystemleistungen für Schlagzeilen gut

Für „gute Nachrichten“ aus dem Wald waren die Medien auch an anderer Stelle empfänglich. Angesichts der unter Druck geratenen politischen Ziele zur CO<sub>2</sub>-Einsparung stieß der Beitrag des Waldes zum Klimaschutz auf vermehrtes Medieninteresse. Auflagenstarke Zeitungen wie die Schwäbische Post griffen die Botschaft der AGDW auf, dass junge, heranwachsende Wälder über ihren hohen Holzzuwachs besonders stark für den Klimaschutz wirken. Die Veröffentlichung der Waldzustandserhebung war ein weiterer Anlass, der diese AGDW-Botschaft transportierte. Auf einer Presseexkursion nach Fürstenwalde/



Spree wurden Entwicklungen im Waldumbau ebenso veranschaulicht wie die Holznutzung fürs Bauen mit Holz und für die Hackschnitzelproduktion.

Ein Highlight im AGDW-Veranstaltungskalender war die Übergabe des Weihnachtsbaums der Waldeigentümer an Bundeskanzler Friedrich Merz. Von seinem Standort im Sauerland bis zur Übergabe im Ehrenhof des Kanzleramtes begleitete ihn die Presse. Interviews und reich bebilderte Berichte folgten.

In der Fachpresse fanden die AGDW-Positionen zur EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Produkten (EUDR) und zur Wiederherstellungsverordnung ebenso wie Konferenz-Berichte breiten Raum. Dazu gehörten Gastbeiträge im Tagesspiegel Background und bei Table Media, ganzseitige Beiträge der AGDW im Holz-Zentralblatt ebenso wie mehrseitige Berichte in AFZ - Der Wald. Die Statements des Verbandes wurden auch in Online-Medien wie topagrar.com, Tagesspiegel Background und Agra-Europe kontinuierlich und herausgehoben aufgegriffen.

Mit einer crossmedialen Strategie, die analoge und digitale Medien mit für die jeweiligen Kanäle zugeschnittenen Beiträgen anspricht, wurde die Reichweite weiter erhöht. Texte, Infografiken, Fotos und Video-Sequenzen ordnen forstwirtschaftliche und -politische Sachverhalte ein und visualisieren diese. Die Verbands-Accounts in den Sozialen Medien vereinen bereits mehr als 8.000 Follower auf Facebook, Instagram und LinkedIn.

[www.waldeigentuemmer.de](http://www.waldeigentuemmer.de)



### KONTAKT

Alexander Knebel, Pressesprecher +49 30 3116676-25, [aknebel@waldeigentuemmer.de](mailto:aknebel@waldeigentuemmer.de)



”

*Mir ist wichtig: Länder, Kommunen und private Waldbesitzer brauchen Klarheit und keinen Förderdschungel.*

“

Forstpolitisches Interview mit Bundesminister Alois Rainer

## „Ich teile die Kritik an der Wiederherstellungsverordnung“

**Herr Minister, vor rund einem Jahr haben Sie Ihr Amt angetreten. Welche Zwischenbilanz ziehen Sie mit Blick auf die Forstpolitik?**

Seit meinem ersten Tag im Amt setze ich mich mit voller Kraft dafür ein, dass es wieder mehr Freiraum gibt und weniger Bürokratie. Im Rekordtempo konnten wir erreichen, dass die EUDR an die Realität der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer angepasst wird – zudem haben wir in Brüssel eine Überarbeitung eingefordert und die Praxistauglichkeit der EUDR vorangebracht. Auch bei der Wiederherstellungsverordnung setze ich mich mit Entschlossenheit im engen Austausch mit der Forstwirtschaft für Vereinfachungen und praxistaugliche Lösungen ein, so wie wir das im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Das ist mir sehr wichtig. Konsequenter Bürokratieabbau ist und bleibt eines meiner zentralen Anliegen. Außerdem werden trotz der schwierigen Haushaltslage weiterhin zusätzliche Mittel für die GAK-Maßnahmen „Waldumbau“ und „Wiederaufforstung“ bereitgestellt, und ab diesem Jahr auch für die Maßnahme „Jungbestands-

pflage“. Erreicht haben wir auch, dass die GAK-Förderung von Waldpflegeverträgen für weitere zehn Jahre möglich ist. Schon in meinem ersten Amtsjahr konnte ich viel für unsere Forstwirtschaft bewegen.

**Welche weiteren konkreten forstpolitischen Projekte wollen Sie in der bis 2029 laufenden Wahlperiode in Angriff nehmen?**

Mein Ziel ist es, unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer weiter bei der Entwicklung klimaresilienter, produktiver und artenreicher Mischwälder zu unterstützen. Darum geht es auch bei der Waldkonferenz, die ich im November veranstalten werde. Hier werden wir aufzeigen, welche Fortschritte unsere Waldbesitzer in den letzten 30 Jahren bei Waldumbau und -anpassung bereits erreicht haben. Gleichzeitig möchte ich mit allen Beteiligten über konkrete Zielsetzungen, strategische Ansätze und Maßnahmen sprechen, die in den nächsten zwei Jahrzehnten zu einem verstärkten Waldumbau und zu einer Anpassung der Wälder an den Klimawandel beitragen können.

**Wie wollen Sie die Forstpolitik Deutschlands in Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium grundsätzlich weiterentwickeln?**

Wald schützen heißt Wald nutzen. Und Waldumbau ist nur mit aktiver Waldbewirtschaftung durch die Waldbesitzer zu erreichen. Waldwirtschaft und Naturschutz gehen daher immer Hand in Hand. Das funktioniert aber nur, wenn wir mit den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern reden, nicht über sie. In der aktuellen Diskussion über die Wiederherstellungsverordnung ist es mir daher wichtig, die Anliegen der Forstwirtschaft anzuhören und mitzunehmen. Wir brauchen einerseits gute Information, aber andererseits die eindeutige Klärung aller offenen Fragen. Nur so werden wir auch zu praxistauglichen Lösungen kommen. Diesen Weg will das Bundesumweltministerium nach meinem Eindruck auch mit uns gehen. Auch bei der Entwicklung des Klimaschutzprogramms ist es gelungen, Maßnahmen abzustimmen, die unstrittig auf Freiwilligkeit basieren und auf Anreizfinanzierung setzen. Mit Bundesumweltminister Carsten Schneider arbeite ich konstruktiv zusammen.

**Der Waldumbau hin zu klimaresilienten Wäldern ist für die Waldbesitzenden mit hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig erleben wir ein Stopp-and-Go in der Förderpolitik. Wie wollen Sie innerhalb der Bundesregierung dazu beitragen, dass künftig verlässliche Rahmenbedingungen bestehen?**

Forstwirtschaft denkt in Generationen. Da ist Verlässlichkeit absolut unverzichtbar – das gilt vor allem für Fördermittel. Selbst während der vorläufigen Haushaltsführung im Jahr 2025 haben wir beim Bundesfinanzministerium erreicht, dass die bereits erwähnten Mittel für die GAK-Maßnahmen „Waldumbau“ und „Wiederaufforstung“ über den üblichen Rahmen hinaus frühzeitig verfügbar waren. Alles andere hätte die Waldbesitzer ausgebremst. Zusammen mit dem Bundesumweltministerium sorgen wir zudem dafür, dass das gemeinsame Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ weiterhin mit Mitteln ausgestattet und umgesetzt wird.

Mir ist wichtig: Länder, Kommunen und private Waldbesitzer brauchen Klarheit und keinen Förderdschungel. Ich werde daher auch weiterhin daran arbeiten, dass die Waldförderung möglichst wieder insgesamt in meinem Haus gebündelt wird. Das bringt mehr Wirkung im Wald und weniger Reibungsverluste im System. Damit können wir die Verlässlichkeit im Rahmen der vom Bundestag bereitgestellten Mittel umfassend gewährleisten. Mit einem klaren Ansprechpartner vermeiden wir auch Doppelarbeit und – wie ich finde unnötige – Bürokratie.

**Laut EU-Planungen wird die Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung (W-VO) weiter vorangetrieben. Mehrere Bundesländer, darunter Bayern und Nordrhein-Westfalen, fordern einen Umsetzungsstopp und eine grundlegende Überarbeitung der W-VO. Wie**



BM Alois Rainer im Agrarausschuss des Bundestages, rechts Ausschussvorsitzender Hermann Färber



**Zur Person**

**Alois Rainer** wurde am 6. Mai 2025 als Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat vereidigt. Für den erfahrenen Parlamentarier und langjährigen Lokalpolitiker ist es das erste Regierungsamt. Rainer (61) stammt aus Straubing in Niederbayern. Den dortigen Bundestagswahlkreis errang der CSU-Politiker 2013 und hat sein Direktmandat seitdem erfolgreich verteidigt. Vor seinem Wechsel auf die Regierungsbank im Kabinett von Friedrich Merz hatte Rainer den Vorsitz des Finanzausschusses im Bundestag inne. Zuvor war er haushalts- und verkehrspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag. Neben seinen bundespolitischen Ämtern ist der gelernte Metzgermeister seit 2002 Kreisrat im Landkreis Straubing-Bogen.



*Ich teile die Kritik an der Wiederherstellungsverordnung. Offene Fragen zu Themen vor allem zur Finanzierung zeigen: Hier geht es nicht um Details, sondern um grundlegende Entscheidungen, die zu massiven Eingriffen in die Praxis führen.*



**stehen Sie zu dieser Forderung und auf welche Weise wird die Bundesrepublik die Weiterentwicklung der W-VO befördern?**

Wirksamer und kluger Naturschutz darf von den Waldbesitzern nicht als Auflage empfunden werden, sondern als Chance. Er funktioniert nur mit Vernunft und Augenmaß. Der Grundsatz der Freiwilligkeit steht daher für mich ganz klar außer jeder Frage. Ich nehme die Bedenken der Bundesländer, der Waldbesitzer sowie der Holzverarbeitenden Industrie sehr ernst. Ich teile die Kritik an der Wiederherstellungsverordnung. Offene Fragen zu Themen vor allem zur Finanzierung zeigen: Hier geht es nicht um Details, sondern um grundlegende Entscheidungen, die zu massiven Eingriffen in die Praxis führen.

**Die Bundesregierung hat Vorschläge zur weiteren Vereinfachung der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Produkten (EUDR) vorgelegt. Auf welche Resonanz sind diese in Brüssel gestoßen?**

Bei der EUDR haben wir Ende vergangenen Jahres substanzielle Vereinfachungen für die deutsche Forstwirtschaft auf europäischer Ebene durchgesetzt. Meine Hartnäckigkeit

hat hier zum Erfolg geführt. Damit ist uns ein entscheidender Beitrag für eine spürbare Entlastung der Forstwirtschaft gelungen. Auch die Vereinfachungsüberprüfung der Europäischen Kommission geht auf die deutsche Initiative zurück. Unser Ziel: Weniger unnötige Hürden, einfachere Umsetzbarkeit für die Betriebe. Wir haben wesentliche Praxisprobleme benannt, konkrete Vereinfachungsvorschläge eingebracht und die Praxistauglichkeit der EUDR vorgebracht. Ohne unsere Initiative wäre diese wichtige Debatte auf der EU-Ebene nicht geführt worden.

**Sie sind selbst Waldbesitzer. Wie sieht für Sie ein gelungener Tag im Wald aus?**

Der Wald ist ein Ort, an dem ich Kraft tanken, ein ausgiebiger Spaziergang mit meinem Hund Bruno, die Ruhe in der Natur genießen: Das mache ich gern, wann immer es die Zeit zulässt. Als Waldbesitzer weiß ich, wie wichtig unsere Wälder sind – für Mensch und Tier, für Heimat und Wertschöpfung. Für mich steht daher fest: Wir müssen in den Wald investieren und unsere Waldbesitzer unterstützen, damit kommende Generationen unsere Wälder weiter pflegen und bewirtschaften können.

**Prozentuale Anteile des Privat- und des Körperschaftswalds an der Waldfläche in den Bundesländern**



Von 54 bis 84 Prozent in den Ländern, im Bundesmittel beträgt der Anteil 68 Prozent.



Im Bundesmittel liegen 68 Prozent des Waldes im Eigentum von privaten Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern sowie Körperschaften, vor allem Kommunen. Hinter den Durchschnittswerten verbergen sich erhebliche regionale Unterschiede. In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil des Privatwaldes mit 63 Prozent am größten, dicht dahinter rangiert Brandenburg mit 62 Prozent. Beim Körperschaftswald ist Rheinland-Pfalz beim Flächenanteil mit 46 Prozent führend, gefolgt von Baden-Württemberg mit 41 Prozent. In allen Bundesländern beträgt der kumulierte Flächenanteil von Privat- und Körperschaftswald deutlich mehr als 50 Prozent.

# FORSTPOLITISCHE SPANNUNGSFELDER NACH DER WAHL



Die Forstpolitik auf Bundesebene ist seit 2025 von Spannungsfeldern geprägt: Einerseits werden Förderprogramme weiterentwickelt und klimapolitische Maßnahmen ausgebaut, andererseits wächst der Einfluss europäischer Vorgaben. Diese Trends haben nach der Bundestagswahl an Dynamik gewonnen. Das ist nicht zuletzt auf enge zeitliche Setzungen auf EU-Ebene zurückzuführen.

Besonders deutlich zeigt sich das bei der Wiederherstellungsverordnung (W-VO). Die „Erleichterungen“ und praxisingerechte Ausgestaltung, welche Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vom April 2025 für die W-VO angekündigt haben, sind nach Auffassung der AGDW nur über eine grundlegende Überarbeitung der Verordnung erreichbar. Gleichwohl hat die Bundesregierung allerdings entsprechend der EU-Vorgaben mit der Erarbeitung eines Nationalen Wiederherstellungsplans (NWP) begonnen. Ein erster Entwurf wurde im April 2026 in das Beteiligungsverfahren gegeben und soll bis Herbst in einen bei der EU-Kommission einzureichenden Endentwurf münden, obwohl Kernfragen zur Umsetzung, zu Indikatoren und Finanzierung nach wie vor ungeklärt sind (s. Beitrag S. 20-25). Es drohen schwerwiegende Eingriffe in das Eigentum mit Konsequenzen für die nachhaltige Waldbewirtschaftung und den Waldumbau. Zudem darf es nicht dazu kommen, dass die Teilnahme an erfolgreichen Förderprogrammen des Bundes künftig neue Verpflichtungen im Rahmen der W-VO auslöst.

Diese forstliche Förderung des Bundes besteht aus einer Reihe von Programmen und Maßnahmen mit teils gemischten bzw. unterschiedlichen Zuständigkeiten. Ein Pfeiler ist die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), deren Umsetzung in Ko-finanzierung mit den Bundesländern erfolgt.

Auf Bundesebene speist sich der GAK-Förderbereich 5 aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMLEH), und zwar im Umfang von insgesamt rd. 50 Mio. Euro pro Jahr. Zum Förderbereich 5 zählen u.a. die Jungbestandspflege und die Förderung Forstlicher Infrastruktur. Andere GAK-Forst-Programme, so insbesondere diejenigen für

## *Aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz werden für den klimaanpassenden Waldumbau zentrale Programme bestritten.*

Waldumbau und Wiederbewaldung, werden aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) bestritten, das dem Haushalt des Bundesumweltministeriums (BMUKN) zugeordnet ist und sich aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert. Im Jahr 2025 standen für diese ANK-Programme aus Bundesmitteln rund 90 Mio. Euro zur Verfügung. Allerdings wurden im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung davon zunächst nur 45 Prozent freigegeben. Für 2026 sind nun etwa 100 Mio. Euro vorgesehen. Mit diesen Programmen schafft die GAK eine wichtige Grundlage der Waldförderung, deren Verlässlichkeit nach Auffassung der AGDW durch eine frühzeitig verfügbare Mittelausstattung weiter gestärkt werden sollte.

## **Klimaangepasstes Waldmanagement: Erfolg mit Optimierungsbedarf**

Ebenfalls aus dem ANK wird das Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ (KWM) als weiteres zentrales

Instrument der forstlichen Förderung finanziert. Es verbindet klimapolitische Zielsetzungen mit einer flächenbezogenen Förderung der Waldbewirtschaftung und ist inhaltlich sowohl dem BMLEH wie auch dem BMUKN zugeordnet. Im Jahr 2025 standen hierfür zunächst rund 135 Mio. Euro zur Verfügung, bei einer geförderten Fläche von etwa 1,6 Mio. ha im Privat- und Kommunalwald. Die geschäftsführende Bundesregierung hob den Deckel auf 145 Mio. Euro an, womit der Antragsstau aufgelöst werden konnte. Anfang 2025 hatten nur 45 Prozent des Haushaltsansatzes, also etwa 40 Mio. Euro zur Verfügung gestanden. Für 2026 beträgt das Fördervolumen rund 146 Mio. Euro. Nach wie vor sind Neuanträge aber nicht möglich. Für die weitere Entwicklung des KWM kommt es aus Sicht der AGDW darauf an, das Programm verlässlich und praxistauglich fortzuführen, um die hohe Akzeptanz in der Fläche langfristig zu sichern.

## **ANK und KSP: Fortschritte in der Förderung, ungelöste Zielkonflikte**

Das ANK steht in engem Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm (KSP). Sie prägen gemeinsam die klimapolitische Ausrichtung der Waldförderung. Während das KSP den strategischen Rahmen vorgibt, erfolgt die konkrete Umsetzung über Programme wie das ANK. Die im KSP verankerten Mittel für den natürlichen Klimaschutz erreichten 2026 insgesamt bereits mehrere hundert Millionen Euro. Im März 2026 beschloss das Bundeskabinett eine KSP-Neuaufgabe, die einerseits positive, andererseits aber auch fragwürdige Ansätze enthält. Im Sinne einer optimierten Klimaschutzwirkung der Maßnahmen kommt es bei der konkreten Ausgestaltung für die AGDW darauf an, die Förderinstrumente weiterhin eng an den Anforderungen einer aktiven und klimaangepassten Waldbewirtschaftung auszurichten.

## **Praktische Erfordernisse für wirksamen Waldschutz**

Neben förder- und ordnungspolitischen Fragen standen 2025 und 2026 auch Aspekte des Waldschutzes im Kontext der Umweltpolitik auf der forstpolitischen Tagesordnung. Mit Auslaufen der Altzulassung für das Pflanzenschutzmittel „Karate Forst“ Ende 2025 erteilte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eine erneute Zulassung bis August 2027, schloss jedoch die Polteranwendung aus. Gerade diese ist aber für die Bekämpfung des Borkenkäfers von hoher Relevanz. Grund für die Einschränkung

war die Risikobewertung des Umweltbundesamtes (UBA). Die forstliche Praxis sowie das Julius Kühn-Institut (JKI) betonten hingegen die Bedeutung des Mittels für den Schutz intakter Waldbestände. Aus Sicht der AGDW beruht die Entscheidung maßgeblich auf theoretischen Modellannahmen des UBA, die die tatsächliche Anwendung im Wald nur unzureichend abbilden. Es zeigte sich ein Zielkonflikt zwischen vermuteten Risiken und den praktischen Erfordernissen eines wirksamen Waldschutzes. Zu bedenken ist, dass die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln wie „Karate Forst“ im Wald stets als Ultima Ratio der Schädlingsbekämpfung im Falle von Kalamitäten zu sehen ist.



Am 11. Juli 2025 geht Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Antrittsrede vor dem Bundesrat auf aktuelle Vorhaben seiner Regierung ein. Er betont die große Bedeutung der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Ländern und Kommunen. Auch in der Forstpolitik hat das Verhältnis von Bund und Ländern hohen Stellenwert.



Im Umweltausschuss des Bundestages geht es auch um die Forstwirtschaft. Im Dezember 2025 sprach Bundesumweltminister Carsten Schneider (3. v.r.) in diesem für den Wald wichtigen Gremium.

## **KONTAKT**

Kurt Hauschild, Referent Forstpolitik und EU-Politik, +49 30 311 8868-43, khauschild@waldeigentuemmer.de

Waldverjüngung:

# Stabiles Fundament der gesamten Wertschöpfungskette

**U**nsere Wälder brauchen einen konsequenten Waldumbau mit Baumarten und Herkünften, die langfristig stabil sind und wirtschaftlichen Nutzen bringen. Die Anforderungen an Forstvermehrungsgut sind so hoch wie nie.

## Ein Produktionsprozess mit vielen Stellschrauben

Eine Forstpflanze entsteht nicht auf Knopfdruck. Je nach Baumart und Methode sind ein bis vier Vegetationsperioden sowie Verschlungen oder Vertopfungen nötig. Nacktwurzelige Pflanzen sind bewährt und in großen Stückzahlen produzierbar. Pflanzdichte, Bewässerung und Pflege werden so gesteuert, dass robuste Pflanzen mit ausgewogenem Spross-Wurzel-Verhältnis entstehen.

Containerpflanzen bieten in trockenen oder skelettreichen Böden Vorteile beim Anwuchs und mehr Flexibilität in der Pflanzzeit. Der Produktionsaufwand ist höher und erfolgt teils maschinell, teils manuell.

## Die Herkunft ist erfolgsentscheidend

Die Genetik des Saatgutes bestimmt, wie gut eine Forstpflanze mit Klima, Wetter, Böden und Schädlingsdruck zurechtkommt. Holzigenschaften wie Jahrringaufbau und Geradschaftigkeit sind ebenfalls Ergebnis der DNA und verantwortlich für die Wirtschaftlichkeit. Die richtige Provenienz erhöht Vitalität und Stabilität – Fehlherkünfte können jahrzehntelange Nachteile bis zum Komplettausfall verursachen. Deshalb sind Dokumentation und Zertifizierung vom Saatgut bis zur Pflanze so wichtig: Nicht zuletzt sind sie oft Voraussetzung für Förderungen.

## Saatgut: knappe Ressource, klare Regeln – Zertifizierung schafft Sicherheit

Forstsaatgut ist knapp. Unregelmäßige Mastjahre und Wetterextreme beeinträchtigen Blüte, Befruchtung und Samenreife. Auch in guten Jahren sind Erntefenster, Zugänge und logistische Kapazitäten begrenzt.

Das Forstvermehrungsgutgesetz (FoVG) gibt den Rahmen für die Zertifizierung der Saatgutbestände durch die Landesbehörde vor. Merkmale sind u.a. Artenreinheit, Homogenität im Alter und Wuchs, Standortgerechtigkeit und Vitalität. Ein Saatgutbestand eröffnet zusätzliche Einnahmen durch Saatguternte und die Möglichkeit, über Lohnanzuchtverträge eigenes Pflanzmaterial produzieren zu lassen.

## Investitionssicherheit

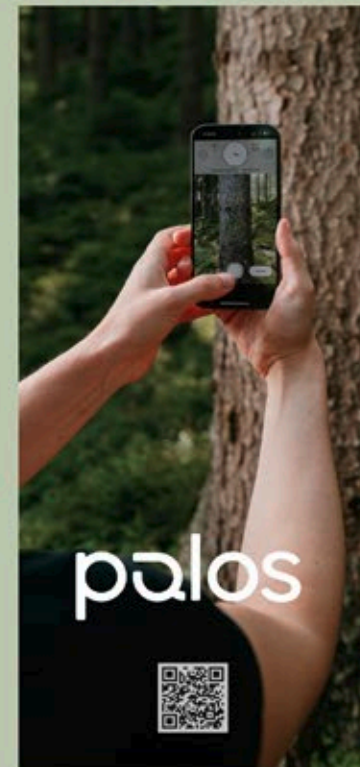
Die Investition in eine Pflanzung ist eine Entscheidung für die nächsten Generationen. Eine Forstpflanze hat ein bereits ausgebildetes Wurzelsystem und höhere (Klima-)Stress- und Konkurrenzresistenz als Saat. Baumarten können in gewünschten Mischungsanteilen platziert werden. Auch Risikominimierung ist ein entscheidender Faktor. Der natürliche Ausfall von Saatgut ist bereits passiert und die erste Wachstumsphase ist geschafft.

*Jede Forstpflanze trägt  
mehr als Wurzeln und  
Triebe in sich – sie ist  
das Ergebnis von Wissen,  
Erfahrung und Verantwort-  
ung für den Wald  
von morgen.*

## KONTAKT

**Ansprechpartner Saatgut:** Simon Dieckmann, Saatgutkoordinator der Forstbaumschule F.-O. Lürssen, dieckmann@forstbaum.de  
**Autorin:** Mechthild Foet, Unternehmenskommunikation, THE LIECO COMPANY  
m.foet@liecocompany.com

**THE  
LIECO  
COMPANY**   
DELIVERING FOREST SOLUTIONS.



## Unsere Lösungen für Ihren Wald

### 1 FORSTPFLANZEN

Eine Pflanzung ist eine langfristige Investition, deren Erfolg mit dem richtigen Saatgut beginnt.

**standortgerecht | gesicherte Herkünfte | nacktwurzelige Pflanzen | Containerpflanzen | Lohnanzuchten**

### 2 FORSTSERVICE

Wiederbewaldung, Aufforstung und Waldumbau erfordern fachlich durchdachte Lösungen, die wir mit umfassenden Leistungen, langjähriger Erfahrung Deutschland und Österreich weit begleiten.

**Forstliche Beratung | Forsteinrichtung | Saatguternte | Boden und Flächenvorbereitung | Pflanzung | Zaun und Verbisschutz | Jungbestandspflege | Bestandenserziehung**

### 3 FORSTSOFTWARE

Wir entwickeln unsere digitalen Lösungen aus der Praxis für die Praxis – von der Pflanzung bis zum Sägewerk.

**Forstmanagement | digitale Holzvermessung (fovea) | Verkehrssicherung | Wirtschaftsplan | Materialbuch | Wachstumsanalysen | Einzelbaumableitung | digitale Frachtbearbeitung | Mitgliederverwaltung und vieles mehr - alles aus einer Hand.**

# Erfolge in der Sozialen Selbstverwaltung der SVLFG

## Mehr Förderung, geringere LUV-Beiträge

Die Selbstverwalter der AGDW brachten im dritten Jahr der laufenden Wahlperiode die Interessen der Forstbetriebe weiterhin mit Nachdruck in die Gremien der SVLFG ein. Dadurch konnten in zentralen Handlungsfeldern konkrete Verbesserungen erzielt werden. Schwerpunkte waren die Stabilisierung der Beiträge in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV), die Weiterentwicklung der Präventionsförderung sowie die kritische Begleitung aktueller regulatorischer Vorhaben. Maßgeblich geprägt wurde diese Arbeit durch **Lutz Freytag** und **Volker Schulte**, die die Anliegen der Waldbesitzer im Vorstand der SVLFG konsequent vertraten.

Auch im Berichtsjahr hatte die intensive Befassung mit der neuen Berufskrankheit Parkinson große Bedeutung. Neben medizinischen und rechtlichen Fragen stand insbesondere die Finanzierung innerhalb der LUV im Fokus. Durch den Druck der Forstvertreter in den Selbstverwaltungsgremien sowie im engen Austausch mit Aufsichtsbehörde und Bundesministerien konnte eine Beitragssenkung im Risikobeitrag für Forstbetriebe um 7 Prozent erreicht werden. Einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung leistete hier die auch von der AGDW geforderte Erhöhung des Bundeszuschusses von 100 Millionen auf 120 Millionen Euro. Diese Förderhöhe muss nun mindestens gehalten, wenn nicht erhöht werden.

Gleichzeitig blieben die Debatten um die Anerkennung der Berufskrankheit Parkinson schwierig. Der Ärztliche Sachverständigenbeirat für Berufskrankheiten (ÄSVB) hielt in seiner überarbeiteten wissenschaftlichen Empfehlung im Kern an seinen bisherigen Aussagen fest, insbesondere bei den umstrittenen Anerkennungskriterien. Die anhaltenden Kontroversen trugen dazu bei, dass sich die Aufnahme in die Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) weiter verzögert.

Neben der Arbeit im Fachausschuss Forstwirtschaft und Jagd sowie in den Widerspruchsausschüssen lag ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Arbeit des Präventionsausschusses. Ein neues Fokusthema bildet die Entbürokratisierung im Arbeitsschutz. Hintergrund ist das Vorhaben der Bundesregierung, Regelwerke zu vereinfachen und Verfahren zu verschlanken, um Betriebe zu entlasten. Für die Forstwirtschaft war und ist entscheidend, dass daraus spürbare Erleichterungen

im Betriebsalltag entstehen, ohne die Arbeitssicherheit zu beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund wird insbesondere die geplante Zusammenlegung von Unfallverhütungsvorschriften kritisch begleitet. Mit der Überarbeitung der VSG 1.2 „Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung“ ist eine Straffung des Lehrgangskonzepts von drei auf zwei Schulungstage bei gleichbleibenden inhaltlichen Zielen geplant. Dies soll das Angebot insbesondere für Kleinstbetriebe deutlich attraktiver machen.

*Es ist zu begrüßen,  
dass der Gesetzgeber  
Ende 2025, wie von  
der AGDW und anderen  
gefordert, den Weg für  
Online-Wahlen  
geebnet hat.*

Ab 2026 vervierfacht sich das Fördervolumen der Präventionszuschüsse auf 4 Millionen Euro, einhergehend mit einer deutlichen Erweiterung zu einem Produktkatalog auch für den Forst. Ziel unserer Selbstverwalter bleibt es, die Förderangebote nicht nur an den Bedürfnissen der forstlichen Praxis auszurichten, sondern zudem auch mehr wirksame, innovative Präventionsartikel zu fördern. Fortschritte wurden darüber hinaus bei den Zugangsvoraussetzungen für Kleinprivatwaldbesitzende erzielt. So wird aktuell diskutiert, ab dem Jahr 2027 die maximale Fördersumme von bislang 25 Prozent eines Jahresbeitrags kumulativ auf einen Zeitraum von fünf Jahren auszuweiten.

Im Zuge der Harmonisierung der Zuschüsse für Motorsägenkurse brachten die Selbstverwalter zudem eine deutliche Erhöhung der Förderbeträge in die Diskussion ein. Angesichts der hohen Unfallzahlen bei der motormanuellen Holzernte kommt dieser Grundqualifizierung eine erhebliche Bedeutung für die Arbeitssicherheit zu.

Darüber hinaus setzten sich die Selbstverwalter dafür ein, dass im Rahmen der Novellierung der Berufsausbildung zum/zur Landwirt/in ein



Selbstverwalter der Liste Waldbesitzerverbände: Christian von Davier, Beatrix Boekstegers, Manfred Mauser, Caroline Dangel-Vornbäumen, Verena Callens, Volker Schulte, Johannes Ott

verpflichtender Motorsägenkurs verankert wird – und zwar nicht nur im Betriebszweig Waldbau. Die SVLFG stellte hierfür eine Förderung im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung in Aussicht. Damit kann Arbeitssicherheit bereits frühzeitig gestärkt werden, was vor dem Hintergrund der breiten Nutzung von Motorsägen in landwirtschaftlichen Betrieben von großer Bedeutung ist.

Auch personelle Veränderungen prägten die Gremienarbeit. Die Vertreterversammlung stand neben der Verabschiedung des Haushalts im Zeichen des Ausscheidens von Geschäftsführerin **Claudia Lex** sowie Vorstandsmitglied **Martin Empl**. Die Leiterin Innere Dienste, **Nicole Sadtkowski-Männel**, bisher für die Waldbesitzerverbände in Fragen der Sozialwahl wichtige Ansprechpartnerin, hat die Geschäftsführung übernommen. Mit **Ulrich Löhr** vom Landvolk Niedersachsen gewinnt der Vorstand der SVLFG ein weiteres erfahrenes Mitglied aus dem Norden.

Obwohl erst weniger als die Hälfte der Wahlperiode erreicht war, richtet sich der Blick bereits auf die kommenden Sozialwahlen im Jahr

2029. Es ist zu begrüßen, dass der Gesetzgeber Ende 2025, wie von der AGDW und anderen gefordert, den Weg für Online-Wahlen geebnet hat. Ein weiteres Gesetzgebungsverfahren ist in Vorbereitung. Entscheidend bleibt die Umsetzung auf Ebene des Sozialversicherungsträgers, da hierfür zunächst entsprechende Satzungsregelungen und im nächsten Schritt die entsprechenden Mehrheiten in der Vertreterversammlung erforderlich sind. Der organisatorische und finanzielle Aufwand sowie die Unsicherheit über Friedens- oder Urwahlen bringen bis heute Diskussionsbedarf auf politischer Ebene ebenso wie in der Selbstverwaltung.

### Fazit:

Die Arbeit der Selbstverwalter der AGDW führte zu verbesserten Förderbedingungen, spürbaren finanziellen Entlastungen in der LUV und einer aktiven Mitgestaltung zentraler Zukunftsthemen. Gleichzeitig sorgte sie für Transparenz und stellte sicher, dass die spezifischen Belange der Forstbetriebe in den Entscheidungsprozessen der Selbstverwaltung angemessen berücksichtigt wurden.

### KONTAKT

Caroline Dangel-Vornbäumen, Referentin Sozialpolitik, +49 30 311 66 76-27, cdangel@waldeigentuemmer.de

# BLK: Freiheit der Bewirtschaftung in Gefahr



Betriebsleiter aus ganz Deutschland kamen zur BLK-Jahrestagung 2025 nach Göttingen.

Die Betriebsleiterkonferenz (BLK) als Zusammenschluss erwerbswirtschaftlich ausgerichteter Forstbetriebe unter dem Dach der AGDW – Die Waldeigentümer feiert im Jahr 2026 Jubiläum. Sie besteht mittlerweile seit 20 Jahren und tritt für die Belange der (vornehmlich größeren) Erwerbsforstbetriebe ein. Man kann sie als „Zusatzversicherung“ für die Arbeit der AGDW bezeichnen, mit der starken Möglichkeit, ihre Klientel für verschiedene Aktivitäten zu mobilisieren. Mit nunmehr bereits etwa 175 Betrieben und ca. 600.000 Hektar forstlicher Betriebsfläche im Hintergrund kann die BLK ihre Stimme in der forstpolitischen Szene wirkungsvoll einbringen.

Highlight war wieder die Jahrestagung, an der am 23./24. Juni 2025 rund 60 Betriebsleiter aus ganz Deutschland teilnahmen, um über die aktuellen Herausforderungen für die Erwerbsforstbetriebe zu diskutieren. Natürlich wurden – neben anderen EU- und bundespolitischen Themen – insbesondere die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Produkten (EUDR) und die Wiederherstellungsverordnung (W-VO) besprochen.

Nach dem Regierungswechsel standen darüber hinaus die Ausführungen zur Forstwirtschaft im Koalitionsvertrag im Fokus, insbesondere was den Abbau bürokratischer Regelungen angeht. Auch hat sich die von der

**DIE PRIVATWALD  
BETRIEBE**  
BLK

BLK tatkräftig unterstützte Repräsentanz der deutschen Waldbesitzer bei der EU vorgestellt. Diese Institution hat sich bisher bestens bewährt, stellt sie doch ein gewisses Frühwarnsystem für das dar, was ständig von EU-Seite auf uns einströmt.

Die BLK und ihre Mitglieder haben durch zahlreiche Schreiben an politische Entscheidungsträger sowie in Gesprächen mit diesen daran mitgewirkt, dass die EUDR nach heutigem Stand in manchen Punkten entschärft wurde. Auch die „irrwitzigen“ Vorstellungen zur Umsetzung der W-VO in einem dynamischen Klimawandelprozess unter Beibehaltung der Lebensraumtypen wurden kritisiert, ohne dass bisher eine solide Finanzierung feststeht. Erinnerungen an die vor gut 30 Jahren implementierten FFH-Gebiete und die folgenden Einschränkungen werden wach. Umsetzung mittels Ordnungsrecht statt Freiwilligkeit droht die Freiheit der Bewirtschaftung einzuschränken. Die BLK arbeitet hier ebenfalls intensiv daran mit, um das Schlimmste zu verhindern. Seit April 2026 wird der Entwurf zum Nationalen Wiederherstellungsplan (NWP) in den Verbänden diskutiert, die BLK beteiligt sich daran.

Trotz zuletzt guter Holzpreise stellen die Erwerbsforstbetriebe ihre Wirtschaft konsequent vielseitig auf. Neben dem Thema der Vermarktung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, das noch am Anfang steht, nimmt die Nutzung von Wind im Wald einen hohen Stellenwert ein. Hier hilft

”

*Umsetzung mittels Ordnungsrecht statt Freiwilligkeit droht die Freiheit der Bewirtschaftung einzuschränken. Die BLK arbeitet hier intensiv daran mit, um das Schlimmste zu verhindern.*

“

die Kooperation mit dem Energieberatungsunternehmen Caeli Wind GmbH sehr. Gemeinsam mit Caeli Wind wurden unter großer Beteiligung vieler BLK-Betriebe zwei Webinare durchgeführt, um Potenziale aufzuzeigen und über politische Bestrebungen zu informieren, die Pachtpreise zu deckeln. Auch hier werden die BLK-Betriebe aktiv eingebunden, politische Mandatsträger über die Konsequenzen zu informieren und Verbesserungen zu erreichen.

Die BLK bringt sich mit zahlreichen Betriebsleitern durch aktive Teilnahme am derzeitigen PEFC-Standardrevisionsverfahren ein. Die Evaluierung wird im kommenden Jahr abgeschlossen sein.

Ein relativ neues Thema ist der Entwurf zum geplanten „Infrastruktur-Zukunftsgesetz“, den die BLK in seiner derzeitigen Fassung verhindern möchte. Die Bundesregierung will mit diesem Gesetz insbesondere Verkehrsprojekte beschleunigen, die in ein „überragendes öffentliches Interesse“ gestellt werden. Gleichzeitig sollen auch die vielfältigen Vorgaben des Natur- und Umweltschutzes in der Praxisanwendung vereinfacht werden, indem eine Gleichrangigkeit der Ersatzgeldzahlung für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen eingeführt wird.

Die bisherige Regelung, im betroffenen oder nächst benachbarten Naturraum einen ad-

äquaten Ausgleich zu schaffen, wird somit ausgehebelt. Damit wird ein bewährtes Instrumentarium der Kompensation durch Investition in naturschutzrelevante Maßnahmen gem. § 15ff des Bundesnaturschutzgesetzes über vertragliche Regelungen (Vertragsnaturschutz) aufgegeben oder zumindest deutlich erschwert, obgleich es in der bisherigen Praxis zu keinerlei Verzögerungen bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten gekommen ist. In den zurückliegenden Jahren haben viele Forstbetriebe in ein Biotopwertverfahren investiert, welches den Aufbau von Ökokonten durch Generierung von Ökopunkten und deren anschließende Vermarktung vorsieht. Die Landeigentümer sind vielfach bereits mit einer Aufwertung als vorgezogene Kompensationsmaßnahme in Vorleistung gegangen, die droht zu verfallen.

Auf Betreiben des Bundesumweltministeriums soll im Gegenzug ein Natürliche-Infrastruktur-Gesetz (ursprünglich „Naturflächenbedarfsgesetz“) erlassen werden. Damit drohen neue Gebietskulissen sowie erweiterte naturschutzrechtliche Vorkaufsrechte (u.a. auf Natura 2000-Gebiete) und erleichterte Kompensation. Solche Eingriffe erscheinen nicht erforderlich, vielmehr kämpft die BLK hier für Instrumente wie langfristiger Vertragsnaturschutz, Flächentausch oder Flurneuordnung.

## KONTAKT

Wolf-Henning von der Wense, Referent der Betriebsleiterkonferenz, +49 157 73 66 89 17, [wvonderwense@waldeigentuemmer.de](mailto:wvonderwense@waldeigentuemmer.de)

**Weil ein Wald mehr ist  
als nur Bäume**

**Risiko- und Versicherungsberatung  
für Waldbesitzer**

Versicherungsstelle Deutscher Wald  
in Partnerschaft mit AXA Versicherung AG  
Telefon 0221/148 35100 • [forst@vswdw.de](mailto:forst@vswdw.de) • [www.vswdw.de](http://www.vswdw.de)





# Windenergie im Wald – faire Einnahmen für Generationen.

Wir unterstützen Waldeigentümer dabei, geeignete Flächen strukturiert für Windenergie zu verpachten – transparent, unabhängig und mit direktem Zugang zum Markt.



Unverbindlich  
Potenzial prüfen

caeli-wind.de

Der Initiativkreis  
Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse

## Kräfte bündeln, Sichtbarkeit erhöhen

Der Initiativkreis Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (IK) der AGDW hat sich als zentrale Plattform für den organisierten Kleinprivatwald in Deutschland etabliert. Ziel ist es, die Sichtbarkeit Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (FWZ) gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu erhöhen und ihre Bedeutung für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung stärker ins Bewusstsein zu rücken. Angesichts wachsender Herausforderungen im Zuge der Auswirkungen des Klimawandels, steigender regulatorischer Anforderungen bis hin zu rapiden Marktveränderungen wächst die Bedeutung der Zusammenschlüsse.

„Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse sind der Schlüssel, um den vielfältigen, klein strukturierten Waldbesitz zukunftsfähig aufzustellen. Sie haben sich von klassischen Selbsthilfeorganisationen zu leistungsfähigen Dienstleistungsstrukturen entwickelt. Wir bündeln Kräfte, stärken die Interessenvertretung und ermöglichen eine professionelle und nachhaltige Bewirtschaftung im Kleinprivatwald“, hebt IK-Sprecher Andreas Träger hervor.

Ein zentrales Forum des Austauschs ist der Bundeskongress Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (s. Beitrag auf S. 27). In der politischen Arbeit hat der IK unter anderem die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) als zentrales Förderinstrument für die FWZ in den

Fokus genommen. Ziel ist es, mehr Planungssicherheit zu schaffen, etwa durch die Entfristung zentraler Fördertatbestände wie der Zusammenfassung des Holzangebotes, der Waldpflegeverträge oder der Mitgliederinformation und -aktivierung. Es geht in diesem Zusammenhang auch um die praxisnahe Weiterentwicklung von Fördermaßnahmen sowie um die Ergänzung um neue Instrumente, auch außerhalb des GAK-Rahmenplans. Solch Förderung im Kleinprivatwald ist langfristig ausulegen. Denn es bleibt eine Daueraufgabe, kleinstrukturierte Betriebe zu erreichen und ihre naturgemäß relativ hohen Transaktionskosten zu adressieren.

Intern stärkt der IK die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern, fördert den Wissenstransfer zwischen Regionen und macht erfolgreiche Ansätze für andere Zusammenschlüsse nutzbar.

Damit ist der Initiativkreis weit mehr als ein politisches Sprachrohr. Er ist Netzwerk, Impulsgeber und Unterstützungsplattform zugleich und trägt dazu bei, die aktive Bewirtschaftung des Kleinprivatwaldes langfristig zu sichern.

Mit 19 Zusammenschlüssen, über 300 Mitgliedsorganisationen und rund 160.000 Waldbesitzenden auf etwa 1,3 Millionen Hektar Wald repräsentiert der IK eine bedeutende Stimme der Forstwirtschaft.



Der Initiativkreis Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse der AGDW traf sich im November 2025 zur Strategietagung im Tagungskloster Frauenberg in Fulda, um zentrale Zukunftsthemen zu beraten.

### KONTAKT

Leon Nau, Referent für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Benchmarking,  
+49 30 311 66 76 46, lnau@waldeigentuemmer.de



Dynamischer Klimawandel, statische Referenzen

# Warum die W-VO den Waldumbau ausbremst

von AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter und AGDW-Referent Kurt Hauschild

**D**ie EU-Wiederherstellungsverordnung (W-VO) soll das zentrale Instrument der Europäischen Union zur Wiederherstellung von Struktur und Leistungsfähigkeit geschädigter Ökosysteme und zur Stärkung der Biodiversität sein. Das Leitbild der Verordnung orientiert sich jedoch stark an historischen Referenzzuständen in Form der sogenannten Lebensraumtypen (LRT). Diese Ausrichtung wird den heutigen Anforderungen nicht gerecht. Die Wälder stehen aufgrund der Folgen des Klimawandels und der Standortdrift unter Druck. Steigende Temperaturen, veränderte Niederschlagsmuster und zunehmende Extremereignisse erzwingen aktive Anpassungsstrategien. Notwendig sind die Entwicklung klimaresilienter Bestände mit vielfältigen Baumartenmischungen und flexible waldbauliche Entscheidungen. Beides gerät durch die W-VO in akute Gefahr. Das Ziel der Verordnung ist zwar grundsätzlich richtig, der gewählte Ansatz aber falsch. Die Verordnung arbeitet mit einem verfehlten Konzept und wird insofern dem eigenen Anspruch nicht gerecht.

Für Waldbesitzende bringt sie weitreichende Verpflichtungen mit sich, die faktisch deren gesamte Waldfläche betreffen. Zwei Regelungsbereiche prägen dabei die Verordnung: Artikel 4 verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Wiederherstellung historisch definierter Waldlebensraumtypen auf festgelegten Flächen. Artikel 12 etabliert zusätzlich ein detailliertes, flächendeckendes Monitoring- und Berichtssystem auf der Basis von sieben Indikatoren für Waldökosysteme.

Zwar gelten EU-Verordnungen grundsätzlich unmittelbar in den Mitgliedstaaten. Doch zeigt die W-VO exemplarisch, dass ihre Umsetzung ohne nationale Ausgestaltung nicht möglich ist. In Deutschland wird derzeit ein Nationaler Wiederherstellungsplan (NWP) in einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesumweltministeriums erarbeitet. Ein erster Entwurf wurde im April 2026 vorgelegt und in das Beteiligungsverfahren gegeben. Statt gemeinsam mit der Wissenschaft und den Landnutzern zukunftsorientierte praxistaugliche Lösungen zu entwickeln, entsteht der Eindruck eines administrativen Aktionismus, der

die Realitäten einer dynamischen Umwelt nur unzureichend berücksichtigt. Gleichzeitig sind wesentliche fachliche, rechtliche und finanzielle Fragen bislang völlig ungeklärt.

Der Artikel 4 der W-VO stellt einen zentralen Eingriffspunkt in die Waldflächen dar. Er definiert verbindliche flächenbezogene Wiederherstellungsziele für alle Lebensraumtypen (LRT): Bis 2030 sollen mindestens 30 Prozent der Flächen in ungünstigem Erhaltungszustand wiederhergestellt werden – zunächst vorrangig in Natura 2000-Gebieten –, bis 2040 auf mindestens 60 Prozent und bis 2050 auf 90 Prozent der Fläche. Zusätzlich verpflichtet Artikel 4 die Mitgliedstaaten, auch außerhalb von Schutzgebieten Maßnahmen zu ergreifen, um insgesamt einen günstigen Erhaltungszustand der Lebensraumtypen zu erreichen. Bis zum Jahr 2030 muss der Zustand von 90 Prozent aller Lebensraumtypen außerhalb der FFH-Gebiete erfasst und gemeldet werden. Damit wird der räumliche Anwendungsbereich auf nahezu die gesamte Waldfläche ausgeweitet.

## *Für die forstliche Praxis entstehen erhebliche Zielkonflikte.*

Zwei Beispiele: Auf den LRT- bzw. Wiederherstellungsflächen wird die Einbringung „nicht lebensraumtypischer“ Baumarten (z.B. Esskastanie, Douglasie, Roteiche) als Verschlechterung zu werten sein, selbst wenn diese Baumarten sowohl standortgerecht als

auch klimaresilient sind und zukünftig stabile Mischbestände bilden können. Ebenso könnte es dazu kommen, dass in kartierten Eichen-Lebensraumtypen natürlich aufkommende Buchen-Verjüngung aktiv entfernt und in anderen Fällen auf die Einbringung klimaangepasster Baumarten verzichtet werden muss, um Mindestanteile lebensraumtypischer Arten zu halten.



Der Große Schillerfalter ist im lichten Wald zu Hause. Angesichts regional großer Schadflächen kommen der geschützten Art die Folgen von Kalamitäten und der notwendigen Waldumbau zugute.

Konzeptionell beruht der Artikel 4 auf einer statischen Vorstellung von Lebensraumtypen, die sich an in historischen Zeiträumen entwickelten, idealtypischen Waldgesellschaften orientiert. Diese Herangehensweise verkennt die reale Entwicklungsdynamik von Wald-ökosystemen unter den Bedingungen des Klimawandels. Die Diskrepanz zwischen der natürlichen Anpassungsgeschwindigkeit der Waldgesellschaften und dem voranschreitenden Klimawandel und damit der Standortdrift

ist erheblich: Während die globale Durchschnittstemperatur in den letzten 10.000 Jahren innerhalb eines Bandes von etwa +/- 2°C schwankte, erfolgen die heutigen klimatischen Veränderungen in dramatischer Geschwindigkeit. Im Zielkorridor der Verordnung bis 2050 wird Deutschland mit einem unter pessimistischen Szenarien prognostizierten Temperaturanstieg von bis zu 4-5°C den Temperaturkorridor der gesamten Nacheiszeit verlassen.

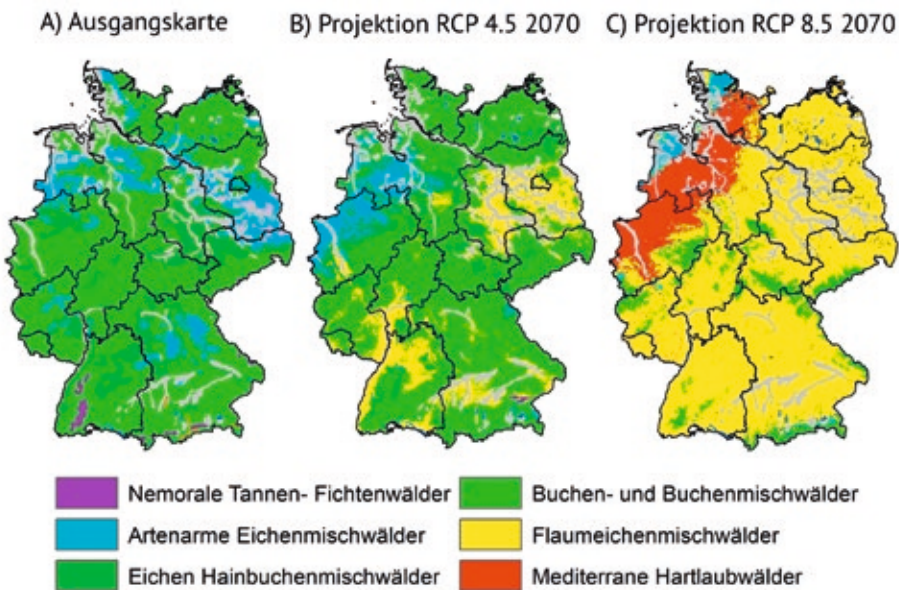


Abbildung 1: Projektionen der potenziellen natürlichen Vegetation unter Klimawandel, nach Hinze et al. (2024).

Mit welcher Vehemenz sich die Baumartenzusammensetzung aufgrund des Klimawandels und der einhergehenden Standortdrift voraussichtlich verändern wird, zeigen Projektionen der potenziellen natürlichen Vegetation (PNV) (Abb. 1). Die PNV-Klassen Buchen- und Buchenmischwälder, Eichen-Hainbuchenwälder und artenarme Eichenmischwälder nehmen heute 98 Prozent der Fläche in Deutschland ein. Im Rahmen des RCP 8.5-Szenarios schrumpft der Flächenanteil dieser PNV-Klassen bis zum Jahr 2070 auf 10,5 Prozent. Im Gegenzug, so die Projektion, könnten bisher in Deutschland nicht existente Flaumeichenwälder und mediterrane Hartlaubwälder 87 Prozent der Fläche einnehmen. Dies heißt: Auf rund 9 von 10 Hektar verändert sich die potenziell natürliche Vegetation radikal.

Die W-VO erlaubt zwar formal den Wechsel zwischen Lebensraumtypen, beispielsweise von einem Hainsimsen-Buchenwald (FFH-Code9110) zu einem pannonischen Flaumeichenwald (FFH-Code 91H0), dessen Hauptbaumart je nach Standort Höhen von um die 20 Meter erreicht, teils aber auch nur strauchartig auftritt. Dies geht aber zwingend

mit einer Verschlechterung des Ausgangs-Lebensraumtyps einher und läuft damit dem Verschlechterungsverbot zuwider.

Für die forstliche Praxis entstehen dadurch erhebliche Zielkonflikte: Klimaangepasster Waldumbau erfordert eine aktive Bewirtschaftung, Flexibilität bei waldbaulichen Entscheidungen und die Wahl von in der Zukunft standortgerechten Baumarten. Aufgrund der Bindung an historische Lebensraumtypen werden jedoch notwendige Maßnahmen wie die Wiederaufforstung mit klimaangepassten, nicht standortsheimischen Baumarten und deren Begünstigung im Zuge von Jungbestandspflege und Durchforstung als Verschlechterung gewertet, wodurch Rechts- und Investitionsrisiken für Waldbesitzende entstehen.

### Starre Zielwerte, eingeschränkte Bewirtschaftung

Der Artikel 12 der W-VO etabliert für Waldökosysteme flächendeckend indikatorgestützte Erhaltungsziele. Im Unterschied zu Artikel 4 entfaltet er seine Wirkung unabhängig von Lebensraumtypen-Flächen oder Schutzgebietskulissen und gilt für die gesamte Wald-

fläche in Deutschland im Umfang von 11,5 Mio. Hektar. Der Kern ist ein Set von Biodiversitäts- und Strukturindikatoren, deren Werte kontinuierlich steigen müssen. Gesetzt ist der Index häufiger Waldvogelarten, in den allerdings mittlerweile fünf Arten (von insgesamt zehn) „hineinverhandelt“ wurden, die als selten zu bezeichnen sind. Von weiteren sieben Indikatoren (stehendes und liegendes Totholz, Anteil der Wälder mit uneinheitlicher Altersstruktur, Baumartenvielfalt, Anteil der Wälder mit überwiegend heimischen Baumarten, organischer Kohlenstoff im Boden sowie Waldvernetzung) darf nur einer „abgewählt“ werden.

### »Die W-VO folgt einer Restorationslogik, die angesichts der Dynamik des Klimawandels kontraproduktiv erscheint.«

Prof. Dr. Andreas Bitter

In diesem Zusammenhang sind erhebliche systematische Probleme zu konstatieren: Natürliche Dynamiken und Zielkonflikte zwischen Indikatoren werden kaum berücksichtigt. Das Ausgangsniveau der Indikatoren unterscheidet sich regional stark und viele Wälder haben bereits heute hohe naturschutzfachliche Werte erreicht, wie die Ergebnisse der vierten Bundeswaldinventur (BWI) eindeutig belegen. Die langfristige Verpflichtung zu kontinuierlicher weiterer Steigerung übersieht, dass Indikato-

ren standortbedingt Obergrenzen haben und mit den Zielen eines klimaresilienten Waldumbaus kollidieren können.

Das Beispiel Totholz verdeutlicht die Problematik: Der vierten Bundeswaldinventur zufolge liegt der aktuelle Wert nicht zuletzt aufgrund der umfangreichen Kalamitäten direkt vor dem Aufnahmejahr 2022 bei einem sehr hohen Wert von 29,4 m<sup>3</sup> je Hektar. Bei einer anzunehmenden Zersetzungsrate, z.B. der Buche von ca. 3-4 Prozent pro Jahr, muss jährlich rund 1 m<sup>3</sup> nachgeliefert werden, um den Wert stabil zu halten. Bei einem gemäß BWI und Waldentwicklungs- und Holzaufkommenmodellierung (WEHAM) angenommenen Zuwachs von langfristig nur noch 7,8 m<sup>3</sup> pro Jahr und Hektar bei der Buche verblieben weniger als 7 m<sup>3</sup> des Zuwachses für eine nachhaltige Holznutzung. Dazu kommen entsprechende weitere Nutzungsverzichte, um ggf. den Totholz-Vorrat gemäß dem Verbesserungsgebot zu erhöhen, was die nutzbare Holzmenge auf ca. 5-6 m<sup>3</sup> reduzieren würde. Darüber hinaus erzwingt das Klimaschutzgesetz jährliche Negativemissionen von 25 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äq. im LULUCF-Sektor (langfristig bis zum Jahr 2045 sogar 40 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äq.), die realistischerweise fast ausschließlich vom Wald erbracht werden müssten. Bezogen auf die Gesamtwaldfläche von rd. 11,5 Mio. Hektar und einem Umrechnungsfaktor von rund einer Tonne CO<sub>2</sub>-Äq. zu einem Kubikmeter Holz, ergäbe sich die Notwendigkeit eines zusätzlichen Waldspeicher-Aufbaus von jährlich weiteren ca. 2 m<sup>3</sup> Holzvorrat. Damit verbliebe vom angenommenen Zuwachs noch ein Anteil von 3-4 m<sup>3</sup> pro Hektar für die Nutzung. Dies wäre viel zu wenig für eine wirtschaftlich tragfähi-



Vielfalt von Menschenhand. Die Auswahl unterschiedlicher Baumarten erhöht die Stabilität der Wälder und die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel.

ge Entwicklung der Forstwirtschaft und des gesamten Clusters Forst und Holz in Deutschland. So würden nicht nur für die Wiederaufforstung und den Waldumbau regulatorische Hürden aufgebaut, sondern auch die notwendige Finanzierung fehlen und für Wirtschaft wie Gesellschaft der Rohstoff Holz verknappt. Ebenfalls zu adressieren sind bei der Betrachtung der Totholzmenge zusätzliche Aspekte wie erhöhte Verkehrssicherungskosten und ein zunehmendes Arbeitsrisiko für die im Wald tätigen Personen.

## *Die Wiederherstellungsverordnung verschiebt erhebliche Entscheidungsbefugnisse auf die EU-Kommission, die Anhänge ändern, Indikatoren definieren und deren „zufriedenstellende Niveaus“ festlegen kann.*

Darüber hinaus können sich – wie bereits angedeutet – die Indikatorwerte durch waldbauliche Maßnahmen wie Durchforstungen und Erntennutzungen temporär verschlechtern, obwohl diese langfristig der Vitalität, Resilienz und Anpassungsfähigkeit der Bestände dienen. Das Verschlechterungsverbot und die Pflicht zu kontinuierlicher Verbesserung aller Indikatoren können deshalb notwendige Maßnahmen hemmen. Zugleich entsteht ein hoher Aufwand durch flächendeckende Datenerhebungen und georeferenzierte Kartierungen im Rahmen eines Monitorings von LRT-Flächen in und außerhalb von Schutzgebieten, der vor allem die öffentlichen Verwaltungen der Länder stark belastet.

### **In Kraft, aber nicht umsetzungsreif**

Die Wiederherstellungsverordnung, die seit dem 18. August 2024 in Kraft ist und bspw. hinsichtlich der LRT außerhalb von Schutzgebieten bereits konkrete Rechtspflichten für die Bewirtschafter begründet, enthält bisher dennoch keine praxistauglich ausgearbeiteten Umsetzungsverfahren. Folgende Leitlinien der EU-Kommission, delegierte Rechtsakte, Durchführungsverordnungen und die nationalen Wiederherstellungspläne sollen im Nachgang zentrale Details klären. Zu all diesen Elementen existieren aktuell noch keine veröffentlichten Entwürfe und keine formelle Beteiligung der betroffenen Verbände. So sind wesentliche Aspekte wie die Ausgangswerte für die Indikatoren, die Flächenkulissen, die Monitoring-Administration und vor allem auch die Finanzierung notwendiger Maßnahmen

unklar. Nichtsdestotrotz muss Deutschland bis September 2026 den Entwurf des Nationalen Wiederherstellungsplan der Kommission vorlegen. Das ist ein von der EU vorgegebener administrativer Aktionismus im Nebel von Unklarheit.

Diese unklare Ausgestaltung vertagt die notwendige Konkretisierung auf unbestimmte Zeit und verschiebt die politische Verantwortung in die Zukunft. Der Ausgleich zwischen forstwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Zielen und die Priorisierung notwendiger Maßnahmen bleiben offen. Diese Unsicherheit erhöht die rechtlichen Risiken für alle Akteure, bremst teilweise einen zielgerichteten Waldumbau und belastet somit vielfach die Leistungsfähigkeit der Waldökosysteme, die mit der W-VO doch eigentlich gesichert werden sollte.

### **Subsidiarität untergraben**

Die W-VO verschiebt erhebliche Entscheidungsbefugnisse auf die EU-Kommission, die Anhänge ändern, Indikatoren definieren und deren „zufriedenstellende Niveaus“ festlegen kann, ohne dass die Mitgliedstaaten darüber entscheiden. Der Artikel 19 erlaubt es der Kommission, nationale Wiederherstellungspläne einseitig zu ändern, sodass die Entscheidungshoheit über Landnutzung, ökologische Zielwerte und Standards fallweise von der nationalen Ebene nach Brüssel verlagert wird – ein klarer Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Dieser „Machttransfer“ wird durch erhebliche finanzielle Belastungen verschärft: Allein die Kosten der Umsetzung von Artikel 4 und 5 werden für Deutschland auf mindestens 2,25 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt, während die Fördermechanismen, die langfristige Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln und die entsprechenden Zuständigkeiten weder auf EU- noch auf Bundesebene geklärt sind. Ohne eine ausreichende Finanzierung der notwendigen Maßnahmen wird eine auf Anreize ausgerichtete Politik scheitern und nahezu zwangsläufig zu ordnungsrechtlichen Eingriffen in das private Waldeigentum führen. Angesichts der aufgezeigten grundsätzlichen Mängel erscheint es auf den ersten Blick fast nebensächlich, dass die EU-Kommission ihre eigene, in der Verordnung ausdrücklich normierte Pflicht missachtet hat, innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten einen Bericht zu den Finanzierungsanforderungen vorzulegen: Die Frist verstrich am 18. August 2025 ergebnislos – ohne Analyse, ohne Vorschläge. Damit untergräbt die Kommission nicht nur eine konkrete Berichtspflicht, sondern auch die Planungs- und Finanzierungssicherheit der Mitgliedstaaten.

### **Fazit und Handlungsempfehlungen**

Die W-VO folgt einer Restaurationslogik, die

angesichts der Dynamik des Klimawandels kontraproduktiv erscheint. Sie hemmt die dringend notwendige Klimaanpassung der Wälder durch den vorrangigen Bezug auf starre Lebensraumtypen in Verbindung mit einem zugehörigen Verschlechterungsverbot. Sie stellt weiter die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten betroffener Forstbetriebe massiv in Frage und erzeugt hohe administrative Lasten bei den Ländern, während die EU-Kommission weitreichende Steuerungsmacht erhält.

Für eine praxistaugliche Umsetzung der W-VO im Sinne der Sicherung der Struktur und der Leistungsfähigkeit zukunftsfähiger Waldökosysteme sind substanzielle Anpassungen erforderlich:

- **Das Ziel müssen klimaresiliente, leistungsfähige Waldökosysteme mit einer Vielzahl klimaangepasster Baumarten sein, um die Vielfalt der Ökosystemleistungen auch für die Zukunft sichern zu können. Demgemäß muss als Grundsatz „Vielfalt vor Naturnähe“ gelten.**
- **Anstelle starrer Lebensraumtypen sollten dynamische regionale Waldentwicklungstypen als Referenz dienen, wie diese im Rahmen der Waldumbaukonzepte der Länder nahezu flächendeckend entwickelt wurden und heute bereits vielfach als Grundlage von Förderprogrammen genutzt werden.**
- **Unter Berücksichtigung allgemein anerkannter Klimaszenarien ist die Einbringung von standortgerechten, in der Zukunft klimaangepassten Baumarten (assisted migration) als eine Option der Wiederherstellung ausdrücklich zu benennen.**
- **Sämtliche Maßnahmen, die im Rahmen der W-VO zur Zielerreichung auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen notwendig sind, sollten strikt nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit und mittels finanzieller Anreize befördert werden. Dazu sind ergänzende Förderprogramme und verbindliche Finanzierungszusagen seitens der EU und der Mitgliedstaaten unerlässlich.**

Diese Anpassungen können nur auf der Basis eines Umsetzungsstopps („stop the clock“) im Rahmen einer grundlegenden Überarbeitung der Verordnung erfolgen. Allein in einer deutlich verbesserten Form kann sich die Verordnung als ein wirksames Instrument im Kampf gegen Klimawandel und Biodiversitätsverlust bewähren sowie zur Sicherung der Zukunft von Wald- und Forstwirtschaft beitragen.

### **KONTAKT**

Kurt Hauschild, Referent Forstpolitik und EU-Politik, +49 30 311 8868-43, khauschild@waldeigentuemmer.de

## **W-VO: Was soll bis wann passieren?**

### **Artikel 4 – Flächenvorgaben zu Lebensraumtypen (LRT)**

Maßnahmen zur Wiederherstellung und Neu-etablierung von Lebensraumtypen und Habitaten

#### **BIS 2030**

- auf mind. 30 % aller LRT, die sich nicht in gutem Zustand befinden, vorrangig in Natura 2000-Gebieten
- sowie auf mind. 30 % der zusätzlichen Fläche (neben Natura 2000-Gebieten), die notwendig ist, um günstige LRT-Gesamtfläche zu erreichen.

#### **BIS 2040/50**

- auf mind. 60 % bzw. 90 % aller LRT, die sich nicht in gutem Zustand befinden
- sowie auf mind. 60 % bzw. 100 % der zusätzlichen Fläche, die notwendig ist, um günstige LRT-Gesamtfläche zu erreichen.

### **Artikel 12 – Zielvorgaben zur Wiederherstellung von Waldökosystemen**

Zusätzlich zu Artikel 4 haben die Mitgliedstaaten auf der Gesamtwaldfläche Maßnahmen zu ergreifen, um bei folgenden Indikatoren einen Aufwärtstrend zu erzielen, bis ein noch zu definierendes zufriedenstellendes Niveau erreicht ist:

- Index häufiger Waldvogelarten sowie bei weiteren 6 von 7 der folgenden Indikatoren:
  - stehendes Totholz
  - liegendes Totholz
  - Anteil der Wälder mit uneinheitlicher Altersstruktur
  - Waldvernetzung
  - gespeicherter organischer Kohlenstoff
  - Anteil der Wälder mit überwiegend heimischen Baumarten
  - durchschnittliche Anzahl der Baumarten

## Bundeskongress mit klaren Signalen für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

„Zur Mobilisierung des Holzpotenzials, insbesondere im Kleinprivatwald, für die Holzvermarktung und als Partner im ländlichen Raum kommt den Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen eine Schlüsselrolle zu. Diese wollen wir weiter stärken.“ Das erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium (BMLEH), **Martina Enghardt-Kopf**, am 23. September 2025 beim 24. Bundeskongress Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (BUKO). Der Fachkongress, den das BMLEH gemeinsam mit der AGDW ausrichtet, fand zum fünften Mal in Berlin statt.



Podiumsdiskutanten aus Wissenschaft und Praxis: Susann Bender (Thünen-Institut), Prof. Thomas Knoke (Wissenschaftlicher Beirat für Waldpolitik des BMLEH), Aljoscha Requardt (BMLEH), Andreas Täger (IK), Martin Werner (Junge Waldeigentümer), Michael Degenhardt (Landwirtschaftsministerium Niedersachsen)



AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter und die Parlamentarische Staatssekretärin Martina Enghardt-Kopf vom Bundeslandwirtschaftsministerium

**Susann Bender** vom Thünen-Institut für Wald-ökosysteme machte mit Blick auf die Waldentwicklung in ihrem Vortrag deutlich, welche wichtige Rolle die FWZ für die Holzmobilisierung und für den Waldbau spielen können. Angesichts einer zu erwartenden steigenden Bedeutung von Laubhölzern und einhergehenden Fragen für kosteneffiziente Holzernte, Absatz und Verwertung sieht Bender auch durch diese Faktoren in der Waldentwicklung noch viel Potenzial für die FWZ.

### Nachhaltige Wirkung für die Zukunft unserer Wälder

Das fachliche Spektrum auf dem BUKO war breit, von Steuerrecht und Sozialversicherung über die Umsetzung von Fördermaßnahmen bis zur Social Media-Arbeit. Prof. Bitter: „Sei es die Beratung und Betreuung der Mitglieder zu forstlichen Dienstleistungen, die Durchführung der Waldpflege, der Betrieb von Bioenergieanlagen oder weitere Geschäftsfelder: Der Bundeskongress hat klar vor Augen geführt, welche nachhaltige Wirkung die Arbeit der FWZ für die Zukunft unserer Wälder und für die Wertschöpfung im ländlichen Raum hat.“



Wie die Staatssekretärin, so betonten auch Vertreter des Privat- und Kommunalwaldes den Stellenwert der Zusammenschlüsse, um das Potenzial des deutschen Waldes für die regionale Wertschöpfung ebenso wie für den Klimaschutz zu heben. AGDW-Präsident **Prof. Andreas Bitter** ging auf die für FWZ notwendigen Rahmenbedingungen ein und erinnerte an die Zusage im Koalitionsvertrag, bei der Wiederherstellungsverordnung (W-VO) für Erleichterungen zu sorgen. Auf der politischen Agenda des BUKO stand auch die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Produkten (EUDR). Diese beschäftigt die Forstbranche im Jahr 2026 weiterhin, sowohl mit Blick auf die aktuelle politische Entwicklung wie auch für langfristige Strategien für die bundesweit mehr als 1.500 Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse (s. Beitrag S. 36/37).

### Aktivposten für den Kleinprivatwald

Für **Andreas Täger**, Sprecher des Initiativkreises Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (IK), sind die FWZ „Aktivposten für den Kleinprivatwald“ und „Stütze für gesellschaftliche Stabilität im ländlichen Raum“, wie er in Berlin sagte.

DIE NEUE 550iXP®

# Überraschend stark, außergewöhnlich agil

Copyright © 2026 Husqvarna AB (publ.). Alle Rechte vorbehalten.

## Der nächste große Sprung in der Akku-Technik

Sind Sie bereit für die Akkuleistung der nächsten Generation? Die Husqvarna 550i XP® ist der nächste große Schritt. Mit einer Leistung, die die einer Husqvarna 50-cm<sup>3</sup>-Benzinkettensäge übertrifft, setzt sie neue Maßstäbe und begeistert. Dies verdankt sie dem neuen Husqvarna B540X-Akku. Durch einen einfachen Akkuwechsel zum Husqvarna B330X erhalten Sie ein leichtes, kompaktes und wendiges Kraftpaket. Überzeugen Sie sich selbst!

Lesen Sie mehr unter [husqvarna.com/de](https://husqvarna.com/de)



HUSQVARNA 550iXP®





Flaggenwerfer bei Feierlichkeiten vor dem Gebäude der EU-Kommission in Brüssel.

# „Wir können uns nicht noch mehr Auflagen für die europäische Wirtschaft leisten“

Interview mit Günther Oettinger

**Herr Oettinger, welche politischen Veränderungen in Europa, die sich seit Ihrem Abschied aus der EU-Kommission vollzogen haben, halten Sie aus heutiger Sicht für die drei bedeutendsten?**

Die Europäische Union war lange Zeit wichtiger Partner auf einem Friedenskонтinent. Der russische Angriff auf die Ukraine 2014 und dann der Überfall vor vier Jahren haben die Lage dramatisch verändert. Zweitens hat die EU stets die USA als engen Partner an ihrer Seite gehabt. Die erratische Politik von Präsident Trump hat nun enorme Vertrauensverluste zur Folge. Drittens fällt Europa leider wirtschaftlich zurück. Unser Anteil am weltweiten Brutto-sozialprodukt sinkt, andere technologisch innovative Regionen wie die USA und China enteilen uns.

**Die EU versteht sich als erfolgreicher Wirtschaftsraum und als Wertegemeinschaft. Wie kann die EU beides sichern?**

Die Balance zwischen Wirtschaftsförderung einerseits sowie Klima- und Umweltschutz andererseits stimmt momentan nicht. Die Welt

orientiert sich nur eingeschränkt an europäischen Regeln. Es gibt Regionen in der Welt, die mit uns Handelsabkommen schließen, sich aber nicht von uns belehren lassen wollen. Hinzu kommt, dass der Prozess der wirtschaftlichen Abwanderung aus der EU, die Deindustrialisierung, schon seit längerem im Gange ist und zu spät bemerkt wurde, auch in Berlin.

Ich glaube, dass die Europäische Kommission und die EU insgesamt, sich nicht auf die großen politischen Fragen beschränken, wie sie es tun sollten, sondern stark in die regionalen oder gar lokalen Themen hineingrätschen. Das ist falsch. Doch klar sollte auch sein: Das liegt nicht allein an Brüssel. Es gibt keine Richtlinie oder Verordnung, an der nicht auch die deutsche Bundesregierung mitgewirkt hätte. Viele Maßnahmen, die auch von der Forstwirtschaft kritisiert werden, wurden leider von Berlin in verschiedenen politischen Klangfarben mitgetragen.

**Welche Rolle spielte dabei der „Green Deal“?**

Europäische Regulierung in einem EU-Binnenmarkt ist sinnvoll. Regulierung darf aber nicht

zur Überregulierung werden. Das heißt: Wenn Europa effizient reguliert, ist das besser als 27 unterschiedliche Regulierungen in einem gemeinsamen Markt. Leider neigt die Europäische Union seit einigen Jahren, das gilt gerade auch für die erste Amtsperiode von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, zu einer Art planwirtschaftlicher Regulatorik. Der „Green Deal“ war die Grundlage dafür. Das hat zu erheblichen Standortnachteilen für Industrie, Handwerk und Mittelstand geführt.

**Wie konnte es dazu kommen?**

Es gab beim „Green Deal“ sicherlich einen internen Wettlauf zwischen der Kommissionspräsidentin und ihrem damaligen ersten Vize, dem Niederländer Frans Timmermans. Das war eine Hauptursache. Und leider trauen sich seit einigen Jahren wichtige Kommissionsmitglieder, die eigentlich für Wirtschaftsförderung stehen müssten, immer weniger, im Kollegialorgan Kommission dagegenzuhalten.

**Zu aktuellen Kritikpunkten der Forstwirtschaft gehören die Wiederherstellungsverordnung und die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Produkten (EUDR). Gibt es ein generelles Problem von zu wenig Praxisnähe in der EU-Gesetzgebung?**

Sowohl in der EU-Kommission wie auch bei den Berichterstattern für die jeweiligen Themen im Europaparlament gibt es hohe Sachkompetenz und gute Leute. Klar ist aber auch: Die EU-Regelungen werden den Akteuren vor Ort zum Teil nicht mehr gerecht. Privatwaldbesitzern mit wenigen Dutzend Hektar oder Kommunen mit wenigen Hundert Hektar Wald sollten nicht die gleichen Berichts- und Dokumentationspflichten auferlegt werden wie etwa großen Staatswäldern in Rumänien, das ist unverhältnismäßig. Da sehe ich erheblichen Handlungsbedarf.

**Als Consultant sind Sie nach wie vor häufig in Brüssel. Inwieweit hat ein Umdenken nach Ihrem Eindruck schon stattgefunden?**

Ich habe meine Zweifel, ob Wirtschaftsförderung in Berlin und in Brüssel wirklich schon zur Priorität geworden ist. Weder in Brüssel noch in Berlin sind die Korrekturen bislang ausreichend und überzeugend. Die sogenannten Omnibusse als Sammel-Gesetze für regulatorische Verbesserungen sind ein guter Ansatz. Mein früherer Kollege Valdis Dombrovskis, jetzt Kommissar für Wirtschaftlichkeit und Produktivität, ist da sehr aktiv. Aber es ist auch deshalb enorm schwierig, Berichts- und Dokumentationspflichten und andere bürokratische Hemmnisse, die man vor einigen Jahren aufgebaut hat, jetzt zu korrigieren, weil die Akteure in Kommission und Parlament dieselben sind wie seinerzeit. Es fällt den Menschen enorm schwer, ihre eigenen Taten zu korrigie-

ren. Der „Clean Industrial Deal“ mag eine gewisse Korrektur sein. Man spricht in Brüssel allerdings bezeichnenderweise von Simplification – Vereinfachung, nicht unbedingt von Bürokratieabbau. Dabei sollte es genau darum gehen, um den Abbau von Bürokratie.



**Sind Bürokratie und Ihr Abbau messbar?**

Ja, Studien zeigen, dass die Arbeitszeit am Schreibtisch in den Unternehmen deutlich zugenommen hat. Wir sollten Industriebetriebe, Handwerksmeister oder auch Forstunternehmen befragen, wie viele Arbeitsstunden sie und ihre Dienstleister für Berichts- und Dokumentationspflichten aufwenden müssen. Solche Befragungen können dann in regelmäßigen Abständen wiederholt werden.

Ursula von der Leyen hat zu Amtsbeginn die Parole ausgegeben „One in, one Out“, also jedem neuen Gesetzesakt solle ein alter weichen. Das ist eine gute Vorgabe. Sie wurde aber nie eingehalten. Man kann die Zahl der Paragraphen, die Zahl Verordnungen, Richtlinien und Artikel in den Gesetzen hervorragend messen. Da wird die Schieflage dann sichtbar.

Hinzu kommt: Durch Ausführungsvorschriften der Kommission, die sogenannten Delegierten

Rechtsakte, sind noch viele weitere bürokratische Maßnahmen auf Basis bestehender EU-Richtlinien und Verordnungen zu erwarten. Übrigens: Diese Delegierten Rechtsakte sind nur möglich, weil das Europaparlament ihnen jeweils zugestimmt hat.

#### Wie kann eine politische Neuorientierung aussehen?

Wir sollten vergleichen, welche Auflagen die Mitbewerber in den USA und Asien und generell in Übersee haben. Wir können uns nicht noch mehr Auflagen für die europäische Wirtschaft leisten. Jetzt muss die Wirtschaft lautstark, aber sachlich mit guten Argumenten, die berechnete und notwendige Interessenvertretung in Berlin und Brüssel leisten.

Ich wünsche uns mehr Vertrauen in die marktwirtschaftlichen Akteure, in die Unternehmer und Investoren, in die Tarifpartnerschaft. Wo Missbrauch ist, muss man dagegen vorgehen. Aber am Anfang muss das Vertrauen stehen. Falsch ist es, alles zu regulieren, was Vertragspartner besser und effizienter machen können.

#### Sollte die EU nicht ein Frühwarnsystem für die Wirtschaft installieren?

Brüssel ist transparent. Jeden November veröffentlicht die EU-Kommission ihr Arbeitspro-

gramm für das jeweilige Folgejahr. Das macht keine Bundesregierung. Ich empfehle Unternehmen und ihren Verbänden, noch stärker in Brüssel präsent zu sein. Das Essen ist besser, der Wein ist besser, die Gespräche sind besser. Das Herz Europas schlägt in Brüssel, alle Mitgliedstaaten sind vor Ort, die Datenbasis für ganz Europa, für alle wirtschaftsrelevanten Faktoren ist dort ebenso wie der Sachverstand aus 23 Sprachräumen und 27 Mitgliedstaaten. Brüssel ist der Ort der Entscheidungen.

#### In Straßburg hat allerdings offiziell das Europaparlament seinen Hauptsitz. Anders als nationale Parlamente hat es kein Initiativrecht für Gesetze. Treten Sie wie Ursula von der Leyen dafür ein?

Die nötige Einstimmigkeit im Europäischen Rat wäre nicht absehbar und ich sehe auch die Notwendigkeit für ein Initiativrecht des Parlaments nicht. Das Europaparlament hat eine starke Stellung. Es gibt auf EU-Ebene keine Koalitionen im engeren Sinn. Klar ist aber auch: Es gibt Verabredungen zu Beginn der Wahl- und Amtsperiode. Wenn das Parlament beschließt, dass die Kommission bei einem bestimmten Regelwerk aktiv werden soll, dann ist die Kommission verpflichtet, das zu tun. Das Parlament kann während der Wahlperiode mit Mehrheit beschließen: Nehmt euch die EUDR vor und legt uns Änderungsvorschläge vor. Die



Mitarbeitende im Charlemagne-Gebäude der EU-Kommission in Brüssel.

Verpflichtung entsteht durch die Festlegung zu Beginn der Amtszeit der Kommission und dem Auftakt der Wahlperiode, die weitgehend zusammenfallen.

#### Haben Sie in ihrer Zeit in der EU-Kommission dazu beigetragen, dass Entscheidungen zunehmend in Brüssel getroffen werden?

Ich habe mich stark dafür engagiert, die Europäisierung der Energiepolitik und den Energiebinnenmarkt aber auch die Europäisierung der Digitalpolitik voranzubringen, aus der Fragmentierung herauszukommen und technische Standards gemeinsam zu setzen. Die Entwicklung der Forschungspolitik - Stichwort 5G - gehört ebenfalls dazu. Im Blick hatte ich dabei immer, Mehrwert für Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger in der EU zu schaffen.

#### Wo hat sich Europa in den letzten Jahren wirtschaftspolitisch in die richtige Richtung bewegt?

Wir haben endlich erkannt, dass man Türen für die Exportwirtschaft durch Handelsabkommen öffnen kann, beispielsweise durch die Verträge mit den Mercosur-Staaten und mit Indien. Die Aussage des kanadischen Premiers in Davos: „Die demokratischen Mittelmächte müssen zusammenhalten“ ist völlig richtig. Wenn die USA zunehmend erratisch agieren und China zunehmend zu unfairen Wettbewerbspraktiken greift, müssen wir mit Gleichgesinnten wie Australien, mit bestimmten asiatischen, afrikanischen, zentral- und südamerikanischen Ländern alles dafür tun, stärker zusammenzuarbeiten.

Das Interview führte AGDW-Pressesprecher Alexander Knebel



#### Zur Person

**Günther Oettinger** (72) war rd. zehn Jahre Mitglied der Europäischen Kommission, mit Zuständigkeit für Energie (2010-2014), Digitales (2014-2017) sowie für Haushalt (2017-2019). Zuvor war der aus Stuttgart stammende CDU-Politiker von 2005 bis 2010 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Als Consultant ist er heute beratend in Projekten und für Unternehmen tätig, hält Sitze in Beiräten und Aufsichtsräten.

In Brüssel ist Oettinger immer wieder anzutreffen, sei es um sein altes Kabinett auf ein Glas badischen Spätburgunder oder Lemberger aus Württemberg einzuladen, um den Stammtisch der Kommission Jean-Claude Juncker zu betreuen oder zur EU-Politik Stellung zu beziehen. Oettinger: „Mein Herz hängt insbesondere am Mehrjährigen Haushaltsrahmen, der neu beraten werden muss ebenso wie am Thema Energie, von Bezahlbarkeit über Versorgungssicherheit bis zum Energiebinnenmarkt.“

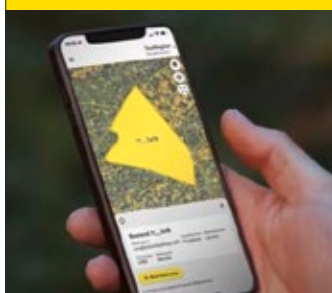
## Dynamic Forest

Alle Forstbetriebsdaten auf einen Blick.

ocell

#### Präzise. Effizient. Nachvollziehbar.

- ✓ Forstliche Eingriffe auf umfangreicher Datenbasis planen
- ✓ Mehr Zeit im Wald, weniger Zeit im Büro
- ✓ Digital dokumentieren - Wissen langfristig bewahren



#### Jetzt Erstgespräch vereinbaren:



ocell.io  
info@ocell.io



Kurskorrektur für den Wald

## Europas Vorgaben im Praxischeck

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode des EU-Parlaments hat sich die forstpolitische Debatte in Brüssel spürbar verschoben. Nach einer Phase intensiver Gesetzgebungsverfahren im Kontext des europäischen „Green Deals“ stehen seit Mitte 2024 zunehmend Fragen der praktischen Umsetzbarkeit, der administrativen Ausgestaltung sowie der wirtschaftlichen Tragfähigkeit im Mittelpunkt. Für die Waldbesitzer in Europa hat sich damit eine Phase der politischen Neujustierung ergeben, in der bestehende Regelungen konkretisiert, überprüft und teilweise angepasst werden. Während das Bestreben, die europäische Politik stärker praxisorientiert auszurichten, vereinzelt bereits Erfolge gezeigt hat, sind weitere Korrekturen am „Green Deal“ aus Sicht der forstpolitischen Interessenvertretung notwendig.

**Carl Anton Fürst zu Waldeck und Pyrmont**, für EU-Fragen zuständiges Mitglied im AGDW-Präsidium, erklärt: „Wichtige forstpolitisch relevante Regelungen der EU befinden sich derzeit in einer Phase der Umsetzung und Korrektur. Jetzt ist es entscheidend, politische Vorgaben so zu gestalten, dass sie in der Praxis wirtschaftlich tragfähig sind. Eine starke Repräsentanz der Waldbesitzer in Brüssel ist

dafür unverzichtbar: Sie bringt die Realität der forstlichen Praxis frühzeitig in politische Prozesse ein, identifiziert Fehlentwicklungen und trägt dazu bei, Regulierung ausgewogen und umsetzbar zu gestalten.“

Die Mitte 2024 beschlossene Wiederherstellungsverordnung (W-VO, Nature Restoration Law) bleibt ein zentraler Referenzpunkt der forstpolitischen Debatte. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens dauert die politische Auseinandersetzung in der Umsetzungsphase an. Nicht zuletzt die weiterhin ungeklärte Finanzierungsfrage sowie die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, bis September 2026 nationale Wiederherstellungspläne vorzulegen, haben den politischen Druck in Richtung Anpassungsbedarfe erhöht. Die von der damaligen Europaabgeordneten Christine Schneider (EVP) eingebrachte „Stop-the-Clock“-Forderung zielt darauf ab, dem Europäischen Parlament eine erneute politische Bewertung zu ermöglichen (s. Beitrag S. 20-25).

Beim Thema EU-weites Waldmonitoring (Forest Monitoring Law) konnten wesentliche Korrekturen erreicht werden. Nach der Ablehnung des Vorschlags durch das Europäische Parlament am 21. Oktober 2025 kündigte die

EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2026 an, den Entwurf innerhalb von sechs Monaten zurückzuziehen. Damit wurden fundierte Einwände aus Parlament, Mitgliedstaaten und Verbänden sowie Zivilgesellschaft aufgegriffen, insbesondere hinsichtlich einer übermäßigen Zentralisierung der Datenerhebung und -bewertung.

Vor diesem Hintergrund wird es von zentraler Bedeutung sein, künftige Monitoringvorhaben der EU-Kommission im Forstbereich frühzeitig zu adressieren, um bestehende, freiwillige Zusammenschlüsse (u.a. das ENFIN-Netzwerk), nationale Systeme und die subsidiäre Verantwortung der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

### Die Mitte 2024 beschlossene Wiederherstellungsverordnung bleibt ein zentraler Referenzpunkt der forstpolitischen Debatte.

Bei der Überarbeitung der Regelungen zum forstlichen Vermehrungsgut (Forest Reproductive Materials) konnten im Gesetzgebungsverfahren konkrete Anpassungen erreicht werden. Im Zentrum stand dabei die Baumartenliste in Anhang I der Verordnung, da künftig nur gelistete Arten unter die EU-weite Herkunftssicherung, Zertifizierung und Vermarktung fallen. Im Verfahren konnte verhindert werden, dass für die Waldbesitzenden wichtige klimaresiliente und in der Praxis bewährte Baumarten aus dem Anhang

gestrichen werden. Insbesondere Arten wie Douglasie und Roteiche bleiben damit weiterhin Teil des EU-Regelungsrahmens.

Zugleich wurde in den Verhandlungen deutlich, dass eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung der Baumartenliste unter den Bedingungen des Klimawandels notwendig ist. Entsprechende Forderungen nach einer Erweiterung um weitere klimaresiliente und standortangepasste Arten wurden in den politischen Prozess eingebracht. Ziel bleibt es, die notwendige genetische Vielfalt und Wahlfreiheit für den Waldbau zu sichern und eine Verengung des Baumartenspektrums zu vermeiden.

Kritisch bewertet wurde im Verfahren weiterhin die vorgesehene Möglichkeit, die Baumartenliste künftig über delegierte Rechtsakte einzuschränken, da dies Änderungen ohne unmittelbare Mitentscheidung der Mitgliedstaaten ermöglichen würde.

Mit Blick auf die Klimapolitik gewann der Aufbau eines europäischen Zertifizierungsrahmens für CO<sub>2</sub>-Entnahmen (Carbon Removal Certification Framework - CRCF) an Bedeutung. Während der rechtliche Rahmen weitgehend festgelegt wurde, befinden sich konkrete Methodiken, insbesondere für den Forstsektor, weiterhin in der Ausarbeitung. Offene Fragen bestehen insbesondere hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Kohlenstoffspeicherung, der Festlegung von Referenzwerten sowie der konkreten Einbindung forstlicher Maßnahmen. Für Waldbesitzer ergeben sich daraus perspektivisch Chancen, gleichzeitig bleibt der regulatorische Rahmen derzeit mit Unsicherheiten behaftet.



Über die Umweltpolitik der Europäischen Union kommt die Forstpolitik der EU-Mitgliedstaaten immer wieder in den Fokus Brüssels. Hier stellen (v.li.) Roxana Minzatu, Stv. Kommissionspräsidentin, Hadja Lahbib, EU-Kommissarin für Resilienz und Krisenmanagement, zusammen mit Jessika Roswall, EU-Umweltkommissarin, Waldbrandbekämpfungsstrategien vor.

Flankiert wurden diese Entwicklungen durch die bestehenden klimapolitischen Vorgaben im Rahmen der LULUCF-Verordnung sowie der EU-Forststrategie. Noch 2026 steht laut Arbeitsprogramm der Kommission die Überprüfung der LULUCF-Verordnung mit ihren aus Sicht der Forstwirtschaft zunehmend realitätsfernen Zielvorgaben zur CO<sub>2</sub>-Senkenleistung der Wälder an. Während die Anforderungen an die Kohlenstoffsinkenleistung der Wälder weiter steigen sollen, machen sich gleichzeitig die Auswirkungen des Klimawandels – etwa durch Dürre, Sturm oder Schädlingsbefall – verstärkt in den Wäldern bemerkbar und mindern die Senkenleistung. Wie das auf ihr fußende deutsche Klimaschutzgesetz, ist die LULUCF-Verordnung daher dringend reformbedürftig.

Die Verordnung über entwaldungsfreie Produkte (EUDR) blieb eines der dominierenden Themen in der Debatte um die Auswirkungen von handels- und umweltpolitischer EU-Regulatorik auf die nachhaltige Bewirtschaftung der heimischen Wälder. Nach Ende 2025 auf EU-Ebene beschlossenen ersten notwendigen

Anpassungen, werden weitere Korrekturen angestrebt (s. Beitrag S. 36-37). Insgesamt zeigt sich, dass die forstpolitisch relevanten Aktivitäten der EU seit Beginn der neuen Legislaturperiode weniger durch neue gesetzgeberische Initiativen als vielmehr durch die Umsetzung, Überprüfung und gezielte Korrektur bestehender Regelungen geprägt sind. Für die Waldbesitzenden wird es entscheidend sein, sich weiterhin aktiv in diese Prozesse einzubringen, um praktikable und wirtschaftlich tragfähige Lösungen sicherzustellen. Fürst Waldeck: „Unser Ziel ist es, den europäischen Dialog konstruktiv mitzugestalten – faktenbasiert, subsidiär ausgerichtet und mit dem klaren Anspruch, dass der Wald und seine nachhaltige Bewirtschaftung als Teil der Lösung für Klima-, Biodiversitäts- und Rohstofffragen verstanden werden.“

REPRÄSENTANZ DEUTSCHER WALDBESITZER BEI DER EU



#### KONTAKT

Repräsentanz deutscher Waldbesitzer bei der EU, Felix Müller, info@germanforestowners.eu

# GUTE AUSSICHTEN FÜR IHREN WALDBESITZ



In turbulenten Zeiten braucht es frische Ideen und neue Perspektiven. Die Verpachtung von Flächen zum Betrieb moderner Windenergieanlagen ist eine zukunftsweisende Option, um Wald- und Schadflächen effektiv zwischenzunutzen:

**Neben umwelt- und klimaschonender Energiegewinnung erzielen Sie garantierte Einnahmen über eine Laufzeit von 20 bis 30 Jahren.**

Wir sind Kooperationspartner der AGDW – Die Waldeigentümer und sprechen Ihre Sprache.

Unser Projektentwickler berät Sie unverbindlich und mit viel Erfahrung rund um Standortwahl, Realisierung und Betrieb einer Windkraftanlage.

**Ihr Ansprechpartner:**

Thorsten Wehner  
t.wehner@altus-re.de  
Mobil: +49 160 7850260

[www.altus-re.de](http://www.altus-re.de)



### Deutschlands Holzvorräte 85 Prozent über dem EU-Mittel

Kaum ein EU-Staat verfügt über so viel Holz auf dem Stamm wie die Bundesrepublik.



Deutschland hat mit seinen vielfältigen Eigentums- und Bestockungsverhältnissen in der EU besondere Charakteristika. Im Mittel liegen die Holzvorräte in Deutschland um 85 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Eine weitere Steigerung des Holzvorrats, wie sie aus den Vorgaben des deutschen Klimaschutzgesetz und der EU-LULUCF-Verordnung resultiert, wird mit Blick auf Deutschland als nicht zielführend angesehen. Auch für die EU als Ganzes sind die Zielvorgaben unrealistisch. Die Europäische Umweltagentur legte im Juli 2025 eine Studie vor, wonach der LULUCF-Sektor im Jahr 2023 nur noch 198 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äq. an negativen Emissionen zur EU-Klimabilanz beisteuerte. Indes werden in der LULUCF-Verordnung 310 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äq. an negativen Emissionen für das Jahr 2030 veranschlagt.

# EUDR: Praxistauglichkeit bleibt zentrale Herausforderung

Kommission muss sich in die richtige Richtung bewegen

Die sachgerechte Umsetzung der Mitte 2023 beschlossenen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) bleibt eines der zentralen forstpolitischen Anliegen der AGDW. Im Fokus steht die Notwendigkeit, den mit den EUDR-Vorgaben verbundenen bürokratischen Aufwand für Waldbesitzende, Forstbetriebe und Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse auf ein akzeptables Maß zu begrenzen. Dies bleibt herausfordernd, denn die EU-Kommission bewegte sich im vergangenen Jahr zwar bei EUDR-Anpassungen, allerdings nicht immer in die richtige Richtung. Neue Leitlinien und FAQ-Versionen warfen zusätzliche Fragen auf.

Im Trilogverfahren zwischen Europaparlament, Rat und EU-Kommission wurde im November 2025 eine politische Einigung über Anpassungen an der EUDR erreicht, die in einer Änderungsverordnung mündeten und Ende 2025 in Kraft trat. Diese brachte insbesondere für Klein- und Kleinstprimärerzeuger und damit für die meisten Forstbetriebe erste Erleichterungen sowie eine Verschiebung des Anwendungsstarts der Verordnung für Unternehmen auf den 30. Dezember 2026.

## Fortschritte erzielt

Zu diesen Anpassungen zählt die Einführung einer vereinfachten Erklärung für Klein- und Kleinstprimärerzeuger. Sie müssen die Erklärung einmalig abgeben; Aktualisierungen sind lediglich bei wesentlichen Änderungen erforderlich. Darüber hinaus wurde der Umfang der anzugebenden Informationen reduziert. So umfasst die Erklärung laut Verhandlungsstand von Anfang Mai 2026 insbesondere:

- den Namen und die Anschrift des Klein- oder Kleinstprimärerzeugers,
- eine Beschreibung der Erzeugnisse einschließlich Handelsbezeichnung,
- eine einmalig geschätzte jährliche Erntemenge,
- das Erzeugerland sowie Angaben zur Betriebs- bzw. Flächenlokalisierung.

Mit den bislang erreichten Anpassungen konnten gegenüber dem ursprünglichen Ordnungsrahmen wichtige Fortschritte erzielt werden, auf welche die AGDW und ihre Mitgliedsverbände im Rahmen der Interessenvertretung für die Waldbesitzenden auf nationaler und EU-Ebene intensiv hingearbeitet haben. Dennoch besteht mit Stand von Anfang Mai 2026 weiterer Nachbesserungsbedarf. Ein wichtiges Erfordernis aus Sicht der AGDW: Die Aufhebung der einzelbetrieblichen Meldepflicht für Forstbetriebe in Ländern wie Deutschland, die kein Entwaldungsproblem haben.

## Erwartungen bislang nicht erfüllt

Allerdings verfolgte die EU-Kommission weiterhin den Ansatz, die ursprüngliche Systematik der EUDR grundsätzlich beizubehalten und Anpassungen vor allem über Auslegungshilfen sowie technische und administrative Präzisierungen vorzunehmen.

Die Erwartungen an eine praxistaugliche und bürokratiearme Überarbeitung der EUDR sind vor diesem Hintergrund bislang nicht erfüllt worden. Statt eines Legislativvorschlags zur weiteren Vereinfachung veröffentlichte die EU-Kommission am 4. Mai 2026 eine fünfte Überarbeitung der sogenannten „Häufig gestellten Fragen“ (Frequently Asked Questions - FAQ) und die dritte Version von EUDR-Leitlinien mit Auslegungshilfen zur EUDR. Diese enthalten allerdings teils restriktivere Vorgaben als der Verordnungstext selbst.

Die EU-Kommission verschließt sich damit den berechtigten Forderungen nach risikobasierten, wirksamen und verhältnismäßigen Erleichterungen für Länder mit nachhaltiger und gesetzlich regulierter Forstwirtschaft. Die EUDR sollte den tatsächlichen Entwaldungsrisiken Rechnung tragen und bestehende nationale Kontroll- und Dokumentationssysteme stärker berücksichtigen.

## EU-Kommission gefordert

Zu den nach wie vor bestehenden Kernforderungen der AGDW gehört eine praxis-

gerechte Rolle für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (FWZ). Ziel ist es, dass FWZ unabhängig von der jeweiligen Verkaufs- oder Vermarktungsform im eigenen Namen für die gesamte Mitgliedsfläche Meldungen vornehmen dürfen. Damit könnten die FWZ die Einzelmeldungen für ihre Mitgliedsbetriebe ablösen. Das würde erhebliche bürokratische Belastungen der Waldbesitzenden vermeiden und zugleich das IT-System der EU entlasten.

Darüber hinaus setzt sich die AGDW für weitere Vereinfachungen auch für mittlere Forstbetriebe ein, denen bislang wichtige Erleichterungen verwehrt geblieben sind. Obwohl sie gemäß der einschlägigen Kennzahlen mit mittelständischen Familienbetrieben vergleichbar sind, werden sie bei den laut EUDR zu erfüllenden Nachweispflichten bislang wie Großunternehmen behandelt.

Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums wird auf nationaler Ebene an einer möglichst praxistauglichen Auslegung der EUDR gearbeitet. Gleichzeitig bestehen auf EU-Ebene weiterhin Möglichkeiten zur Nachsteuerung. Die AGDW wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die EUDR praxisgerecht ausgestaltet wird - im Sinne einer leistungsfähigen Forstwirtschaft und einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung in Europa.

## KONTAKT

Leon Nau, Referent für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Benchmarking, +49 30 311 66 76 46, lnaeu@waldeigentuemmer.de

## Länderinitiative Holzenergie weiter gewachsen

Die im Januar 2025 als Bündnis von Partnern aus Wirtschaft und Politik gegründete Länderinitiative Holzenergie ist weiter gewachsen. Sämtliche Mitglieder der AGDW sind dem Verbund beigetreten. Die Unterstützung aus Landespolitik, Energie- und Wärmewirtschaft hat nochmals zugenommen.

Wo Handlungsbedarf besteht, machte die Länderinitiative Holzenergie bei ihrem Parlamentarischen Abend am 12. November 2025 im Berliner Haus der Land- und Ernährungswirtschaft deutlich. Die Initiative pocht darauf, den wissenschaftlich abgesicherten Status der Holzenergie als erneuerbarer Energiequelle politisch zu sichern und auf dieser Grundlage faire Förderbedingungen zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wurden die Chancen der Holzenergie für Klimaschutz, Energiewende und regionale Wertschöpfung aufgezeigt sowie die notwendigen politischen Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene erörtert.

Im Frühjahr 2026 legte die Initiative Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung zur Stärkung der nachhaltigen Holzenergie vor. Diese adressieren eine große Bandbreite an ordnungs- und förderpolitischen Regelungen, vom Wärmeplanungsgesetz über die Bundesförderung für effiziente Gebäude bis hin zur EU-Wiederherstellungsverordnung (W-VO).



Starke Partner aus Wirtschaft und Politik: Parlamentarischer Abend der Länderinitiative Holzenergie



## „Gemeinsam haben wir in Europa schon viel erreicht“

Interview mit Stefan Köhler, Europaabgeordneter der CDU

**H**err Köhler, spätestens seit dem Austritt Großbritanniens aus der EU befindet sich der geografische Mittelpunkt der Europäischen Union in Ihrer Heimat Unterfranken. Sind die (Unter-)Franken beherzte Europäer?

Der Mittelpunkt Europas hat sich nur von Westerngrund nach Veitshöchheim verschoben. Er war also seit 2004 in Unterfranken und ist durch den Brexit nur etwas weiter östlich gewandert. Die Unterfranken leben Europa in der Mitte Europas. Das merke ich auch im täglichen Austausch, wenn ich in meiner Heimat unterwegs bin. Egal ob Bürger oder Unternehmerin, das Interesse ist da und man kommt zusammen.

**Wo und wann schlägt Ihr Herz besonders stark für Europa?**

Gemeinsam haben wir in Europa schon viel erreicht. Eine der greifbarsten Errungenschaften ist für mich ganz klar die gemeinsame Währung. Wir haben Europa täglich in der Hand. Der gemeinsame Binnenmarkt ist ein weiterer großer Erfolg. Klar, es gibt viele Baustellen und die Lösungen, die gefunden werden, sind oft nicht perfekt. Aber ich bin trotzdem sehr dankbar, in Deutschland und Europa zu leben. Unsere wirtschaftliche Stärke und unsere kulturelle Vielfalt, gemeinsam mit unseren Grundwerten Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, sind auf der Welt einzigartig.

**Und wann macht Europa Ihnen Bauchschmerzen?**

Wenn ich an die internationale Akzeptanz Europas denke. Andere Großmächte wie die USA, Russland und China agieren ganz anders und blicken auf Europa mit ganz anderen Augen als wir selbst. Das, was wir machen, gleicht oft einer Nabelschau. Oft diskutieren wir in Europa noch viel zu viel und denken viel zu kleinkariert, in unseren nationalen Köpfen.

**Ins Europaparlament wurden Sie 2024 gewählt. Zuvor waren Sie lokal- und landespolitisch aktiv. Wie bringen Sie die regionalen Belange in Brüssel ein?**

Ich versuche so viel wie möglich in (Unter-)Franken und Bayern unterwegs zu sein, mit den Leuten in Kontakt zu kommen und den Kontakt zu halten. Da informiere ich mich vor Ort, spreche mit regionalen Vertretern wie Behörden, Verbänden, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern. Die Liste ist lang und meine Tage auch, aber das gehört für mich zum Mandat eines Europaabgeordneten dazu. Denn nur so weiß ich, wo genau der Schuh drückt, welche Probleme und Sorgen es mit bestehenden oder geplanten EU-Gesetzen gibt. Das nehme ich dann mit nach Brüssel.

**Die Wahlperiode ist knapp zwei Jahre alt. Was konnten Sie in ihrer politischen Arbeit in Brüssel bisher erreichen und wo setzen Sie Prioritäten?**

Ich habe bereits an zwei Vorhaben als EVP-Schattenberichterstatter mitgewirkt, zum einen beim Gesetzesvorhaben zum Waldüberwachungsgesetz (Forest Monitoring Law), zum anderen am Initiativbericht zum biologischen Pflanzenschutz. Ein großer Erfolg für uns als EVP-Fraktion und für mich persönlich: Das Waldüberwachungsgesetz konnten wir als Altlast der Ära Timmermans verhindern. Im Zuge des Initiativberichts konnten wir wichtige Impulse für modernen Pflanzenschutz setzen. Aktuell arbeiten wir an einer starken gemeinsamen Agrarpolitik und an wichtigen Vereinfachungen im Umweltbereich. Meine Priorität liegt bei deutlichen Vereinfachungen im Umweltbereich, so bei Natura 2000 und mit Blick auf die Nitratrichtlinie. Selbstverständlich müssen wir aber auch noch bei bestehenden Regularien wie der EUDR und der Wiederherstellungsverordnung (W-VO) Änderungen erreichen. Wir benötigen bei der W-VO einen Umsetzungsstopp, auch bekannt als „Stop the Clock“ und eine grundlegende Überarbeitung. Da bleibe ich dran, auch wenn es starke Widerstände zu überwinden gilt.

**Welchen Stellenwert hat die Forstpolitik in Ihrer Arbeit im Europaparlament?**

Als Bayer und Landwirt hat sie für mich persönlich einen hohen Stellenwert. Auf der EU-Ebene allgemein hätte ich mir seitens der EU-Kommission hier insgesamt mehr Impulse gewünscht. Bedauernd finde ich, dass die Forstpolitik im Mission Letter der zuständigen EU-Kommissarin Jessika Roswall so gut wie gar nicht vorkommt. Im EU-Parlament wird die Forstpolitik leider vor allem im Umweltausschuss statt im Agrarausschuss bearbeitet. Umso besser ist es, dass ich in beiden Ausschüssen als Vollmitglied mitarbeite. Grundsätzlich habe ich den Eindruck, dass in der EU-Kommission die Denke herrscht, man müsse die Forstpolitik auf europäischer Ebene regeln. Das hat meist umweltpolitische Gründe. Ich finde, dass das aber ganz klar eine nationale Kompetenz ist und dort geregelt bleiben sollte. Der Waldumbau ist ein nationales Thema. Wir haben schon genug EU-gesteuertes Ordnungsrecht und brauchen nicht noch mehr Vorgaben.

**Bei seiner Regierungserklärung im März 2026 hat Bundeskanzler Friedrich Merz zum Durchforsten der EU-Gesetzgebung aufgefordert. Welche Vorschläge in Sachen Bürokratieabbau machen Sie der EU-Kommission?**

Seit ich 2024 ins Europaparlament gewählt wurde, setze ich mich für den Bürokratieab-



bau ein. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU habe ich bereits zahlreiche Vereinfachungsvorschläge bei der EU-Kommission platziert. Ich habe Briefe geschrieben und parlamentarische Anfragen gestellt, formelle sowie informelle Gespräche mit EU-Kommissarinnen und Kommissaren genutzt, setze immer wieder Themen in den Fachausschüssen und zu guter Letzt bringe ich mich

auch aktiv in sämtliche relevante EU-Gesetzgebungsverfahren ein, zum Beispiel durch Änderungsanträge. Leider wurden bisher nicht alle Ideen aufgegriffen. Ich werde weiterhin für die Aufnahme meiner Vorschläge kämpfen.

**Wie kann echter Bürokratieabbau gelingen?**

Dafür müssen wir über alle Ebenen hinweg an einem Strang ziehen, von der EU- über die nationale bis hin zur lokalen Ebene. Nur so kommen wir zu zählbaren Ergebnissen. Leider habe ich den Eindruck, dass zwischen unseren deutschen Umwelt- und Landwirtschaftsministerien unterschiedliche Sichtweisen bestehen und auch das ein oder andere Mal gegeneinander gearbeitet wird. Wenn Deutschland dann im EU-Rat „keine Meinung“ hat oder Positionen nicht vorantreibt, dann wird es für uns im EU-Parlament umso schwieriger. Messbar wird der Abbau von Bürokratie erst, wenn er vor Ort, im Forst, ankommt. Im Moment ist davon (immer noch) nichts zu spüren und das ist nicht gut.

**Welche Prioritäten sollten das Europaparlament und die EU-Kommission in den verbleibenden drei Jahren von Legislatur und Amtszeit setzen?**

Als Quereinsteiger erlaube ich mir folgenden Satz: Wir sollten in unseren Prozessen und Entscheidungen schneller werden, Vereinfachung und Bürokratieabbau sind die Gebote der Stunde. Der Kurs muss unbedingt beibehalten werden. Von der EU-Kommission wünsche ich mir ein beherzteres Vorgehen. Die Gesetzesvorschläge zu Vereinfachungen sollten bereits spürbare Erleichterungen mitbringen, damit auch wirklich etwas in der Praxis ankommt. Wir sollten aber auch den Mut haben und sagen: „Weg damit!“. EU-Vorgaben, zum Beispiel zu Dokumentationspflichten, gehören für mich auf den Prüfstand. Das gleiche gilt für EU-Gesetze, die in der Praxis nicht funktionieren. Ich als Europaabgeordneter sehe mich hier auch in der Pflicht und steuere meinen Teil bei.

*Das Interview führte AGDW-Pressesprecher Alexander Knebel*

# Wohltuende Wiederbewaldung

Wie Goslar Ökosystemleistungen in Wert setzt

Mit seinen kahl gefallenen Bergen, gezeichnet vom Borkenkäferbefall der vergangenen Jahre, ist der Harz für viele Menschen zum Sinnbild für die Folgen der Klimakrise im deutschen Wald geworden. Wie geht es weiter, da ein Großteil der Fichtenbestände verloren und kaum noch vermarktbare Holz im Wald ist? Antworten darauf hat **Marcel Möller**, Betriebsleiter des Stadtforstes Goslar. Er verantwortet die Zukunft des größten Kommunalwaldes in Niedersachsen.

„Alles guckt hier den Hang hoch. Das sieht doch schrecklich aus. Warum habt Ihr denn die toten Bäume da stehen lassen?“ Es ist eine der Fragen, die Marcel Möller häufig hört. Von Einheimischen wie von Touristen. Goslar liegt im Tal. Wer von dort nach Süden auf den Stadtforst blickt, schaut auf die karg bewaldeten Hänge mit einigen Reihen und Inseln toter Fichten.

„Die Baumskelette werfen Schatten und verhindern gerade in den warmen Sommerwochen, dass sich der Waldboden noch stärker aufheizt und noch trockener wird. So helfen die toten Bäume der nächsten Waldgeneration, die dort hochkommt“, erklärt Möller einer Passantin. Beim nächsten Treffen erzählt sie zufrieden vom selbst dort gesichteten Schattenwurf. Es sind Begegnungen wie diese, die Marcel Möller Mut machen für seine Arbeit. Er stammt aus einer Försterfamilie in Wernigerode, auf der sachsen-anhaltinischen Seite des Harzes. Als Förster hat er lange im Ruhrgebiet gearbeitet. Er mag das Gespräch mit den Menschen.



Gatter zum Schutz von Jungpflanzen



Zurück in die Heimat kam der quirlige 46-jährige vor sechs Jahren. Die Hänge und Hügel um Goslar waren da noch das ganze Jahr über grün, wenn nicht gerade Schnee lag. Erst 2017 hatte Hochwasser die Goslarer Innenstadt verwüstet. Dann kam die Trockenheit und bald darauf fiel der Borkenkäfer über die von der Dürre geschwächten Fichten her. Rund 70 Prozent seiner Fichten hat der Stadtforst so verloren, etwa die Hälfte des bislang vom Nadelholz geprägten Stadtforstes fiel kahl. Zwischendurch, mitten in der Krise, stieg Marcel Möller vom Revierleiter zum Betriebsleiter auf.

Nun kann er die Wiederbewaldung und den kostspieligen Waldumbau gestalten – wenn das Klima, der Wald und die Finanzen mitspielen. Größere Einnahmen aus der Holzvermarktung wird der im Eigenbetrieb geführte Stadtforst angesichts der durch den Borkenkäfer bedingten Verluste jedenfalls nicht verbuchen. Das ist umso schmerzlicher, da andere Ökosystemleistungen des Waldes bislang nicht vergütet werden, so für Wasserbereitstellung und -qualität.

## Elf Wasserkraftwerke im Harz

Traditionell hat Wasser für die Menschen im Harz den größten Wert gehabt, wenn es in Bewegung war. Das mag daran liegen, dass es ebenso wie das Holz meist reichlich vorhanden war. Als im Mittelalter der Erzbergbau unter dem Goslarer Hausberg begann, benötigte man das Holz aus den Wäldern für die Absicherung der in den Rammelsberg gemeißelten Stollen. Um das Wasser aus den Stollen zu pumpen, nutzte man die Wasserkraft, gespeist aus den nahen Gewässern und durch hölzerne Wasserräder angetriebene Maschinen:

Industrie-Geschichte unter Tage, welche die UNESCO vor knapp 50 Jahren ihrem „Welt-erbe“ zuschlug. Auch später hatte das Wasser im Harz vor allem in Bewegung seinen Reiz: Elf Wasserkraftwerke produzieren Strom im Harz, darunter die Granetalsperre bei Goslar.

*„Rund ein Drittel der kahl gefallenen Flächen haben wir durch aktive Pflanzung bereits wieder aufgeforstet.“*

Heute sind die Talsperren in erster Linie Trinkwasserlieferanten, bis weit in die norddeutsche Tiefebene hinein. In einer Umfrage der HAWK Göttingen gaben Versorger an, dass sie aufgrund des „Waldwassers“ auf eine technische Aufbereitung weitgehend verzichten können. Das spart Kosten und macht das Wasser für die Verbraucher um bis zu einem Euro pro Kubikmeter günstiger – sozusagen eine Gratisleistung der Waldbesitzer. Diese ist ohne Unterstützung für einen gelingenden Waldumbau allerdings künftig keinesfalls garantiert. Denn die Pflanzung der Bäume, die die Ökosystemleistungen der Wälder sichern, ist kostspielig und personalintensiv, gerade in Goslar, wo 70 Prozent des Waldes Steillagen sind.

Glücklicherweise ist es trotz der hohen Bestandesverluste im Goslarer Kommunalwald nicht zu Erosionsschäden gekommen. „Das Bodengefüge hat sich stabilisiert“, so Möller. Zufrieden zeigt er auf einen Steilhang, an dem sich die Eiche und andere Laubbaumarten



Blick auf die Granetalsperre

gut entwickeln, seit sie dort 2021 gepflanzt wurden. Die rund 4 Meter hohe Leiter, mit der man überhaupt erst auf den Steilhang gelangt, steht nach wie vor an der Forststraße, um bei Bedarf zu den jungen Bäumen hochklettern zu können.

#### Artenreicher Mischwald

„Rund ein Drittel der kahl gefallen Flächen haben wir durch aktive Pflanzung bereits wieder aufgeforstet“, sagt Betriebsleiter Möller. Hinzu kommt die Naturverjüngung. Doch stellt sich diese nicht überall so ein, wie es sich die Förster wünschen. Ein artenreicher Mischwald standortgerechter Laub- und Nadelbaumarten bleibt das Ziel. In Goslar gehören je nach Standort Buche, Bergahorn, Traubeneiche, Roteiche, Kirsche, Hainbuche und Esskastanie zu den Laubbaumarten, die gepflanzt werden. Hinzu kommen Nadelbaumarten wie Küstentanne und Weißtanne, Lärche und etwas Douglasie. „Unser größter Gegner ist die Brombeere“, so Möller mit Blick auf die oft schwierige Waldpflege auf den Schadflächen.

Andere Pläne hat Möller auf einem Plateau nahe des Rammelsbergs. Unter seinen Füßen stehen Heidekraut, Blaubeeren und Farnkraut. Am Horizont heben sich die Baumskelette einiger abgestorbener Fichten ab. Wir befinden uns im Hochmoor oberhalb der einstigen Bergbau-Stadt. „Wir denken darüber nach, ob und wie eine Wiedervernässung des Moors infrage käme“, so Möller. Weil Moore das Treibhausgas Kohlendioxid stark binden, könnte eine Wiedervernässung für den Stadtforst ein interessantes Klimaschutzprojekt sein. Dass der Flachwurzler Fichte hier künftig ausfällt,

kommt dem Moor eher zugute. Pluspunkte sieht Möller auch bei der Biodiversität, denn zu den am Standort heimischen Arten gehört der Sonnentau, eine fleischfressende Pflanze.

### *Das Projekt ist 2026 deutlich gewachsen, der Kräuterlikör-Hersteller Jägermeister ist zum Kooperationspartner für die Wassertaschen geworden.*

Die Gedankenspiele rund ums Hochmoor fügen sich ein in die übergeordnete Ziel- und Fragestellung des Stadtforges, die laut Möller heißt: Wie kriegen wir das Wasser auf unseren Flächen gehalten? Eine erste Antwort hat der Stadtforst mit der Anlage von zahlreichen Wassertaschen gegeben, Tümpeln mit einer Oberfläche von rund 15 bis 30 qm, so u.a. am Rande von ins Tal führenden Forststraßen. „Die Taschen dienen als Wasserrückhalt, als Wasserfilter und als Wasserspeicher zum Abpuffern von Hochwasserspitzen“, erläutert Möller. Sie sind auch an heißen Sommertagen noch gut gefüllt. Der Förster zeigt sich zufrieden. Das Projekt ist 2026 deutlich gewachsen, der Kräuterlikör-Hersteller Jägermeister, im nahen Wolfenbüttel beheimatet, ist zum Kooperationspartner für die Wassertaschen geworden. Als Getränkeproduzent hat er einen erheblichen Bedarf an Wasser, mit dem Umweltprojekt zeigt er sein Nachhaltigkeits-Engagement.

”

*Auch der Tourismus ist eine Ökosystemleistung und der hat sich in Goslar gut entwickelt.*

“

Sensoren an den im Goslarer Stadtforst angelegten Tümpeln machen im Rahmen des Projekts künftig Messungen über deren Wasserhaushalt möglich. „Wir wollen keine großen Bauwerke für die Wasserspeicherung auf der Fläche, sondern landschaftlich integrierte Lösungen“, erläutert der Förster den Zuschnitt. Für die Wassertaschen sollen künftig z.B. bislang für Holzpolter am Wegesrand reservierte Flächen genutzt werden, die in den nächsten 30 Jahren mangels Holzaufkommen nicht fürs Holz benötigt werden.

Die Nachfrage ist nach der Pandemie stetig gestiegen. So mancher Gast wird auch in diesem Jahr dabei sein, der eine Schiefertafel „Dein Baum für Goslar“ im Gepäck mit nach Hause nimmt. Und vielleicht wiederkommt. Marcel Möller sollte dann anzutreffen sein. „Ich will das bis zur Rente machen“, sagt der Mittvierziger, der die Früchte seiner Arbeit sehen will. Die Bäume, die er heute pflanzt, stehen in ca. 30 Jahren zur Durchforstung an. Mit der Erwartung, dass dann – in späteren Jahrzehnten – die Holzvermarktung wieder mehr Erlöse bringt. Auch sie ist bekanntlich eine Ökosystemleistung.

### *Für jedes Goslarer Kind wurde ein Baum gepflanzt.*

#### Patentschaft „Dein Baum für Goslar“

Nicht nur beim Thema Wasser setzt der Stadtforst auf Partnerschaften, sei es mit Unternehmen oder Zivilgesellschaft. Einige Kilometer weiter steht Möller an einem Gatter, gebaut vom Verein „Wald für Morgen“. Die Holz-Umzäunung für die Eichen und Esskastanien schützt vor Wildverbiss. Für jedes Goslarer Kind wurde ein Baum gepflanzt. Ein wichtiger Partner für solche Pflanzaktionen ist die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW). Bei einer „Summitree Challenge“ wurde die Pflanzung von 5.000 Bäumen „erspart“. Goslarer Bürger ebenso wie Touristen können zum Preis von 5 Euro eine Baumpatenschaft vereinbaren und erhalten eine Schiefertafel „Dein Baum für Goslar“ aus heimischem Gestein. „Neben dem finanziellen Beitrag für den Waldumbau fördern solche Aktionen das Wissen um den Wald und dessen Bewirtschaftung“, weiß Möller. Zur Stärkung seines Netzwerks ist der Goslarer Stadtwald Mitglied im Waldbesitzerverband Niedersachsen geworden. Die politische Unsicherheit bei der Waldförderung ist erheblich. Hier hilft die politische Interessenvertretung.

Auch der Tourismus ist eine Ökosystemleistung. Und der hat sich in Goslar gut entwickelt.



Marcel Möller am Hochmoor oberhalb von Goslar



Wassertasche im Revier Herzberg

#### KONTAKT

Alexander Knebel, AGDW-Pressesprecher, +49 30 311 66 76 25, aknebel@waldeigentuermer.de

# Praxisgerechte PEFC-Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung

Seit einigen Jahren liegt der Anteil der PEFC-zertifizierten Waldfläche in Deutschland stabil bei rund 79 Prozent. Das bedeutet auch: Fast 300.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer aus dem Klein- und Großprivatwald setzen zum Nachweis ihrer nachhaltigen Waldbewirtschaftung auf das PEFC-Zertifikat. Die Anforderungen des PEFC-Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung spielen im Bewirtschaftungsalltag vieler Waldbesitzenden daher eine wichtige Rolle.

Die von PEFC Deutschland entwickelten Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung müssen im Rahmen eines Revisionsprozesses spätestens nach sieben Jahren überprüft werden – so die Vorgabe des internationalen PEFC Councils, das über die nationalen PEFC-Systeme wacht. Besonderen Wert bei der Standardüberarbeitung legt PEFC dabei auf einen Multi-Stakeholder-Prozess, der es allen Interessengruppen ermöglichen soll, zu den PEFC-Standards Stellung zu nehmen und sich bei der Gestaltung einzubringen. Das deutsche PEFC-System durchläuft diesen Prozess bereits zum fünften Mal. Die turnusgemäße Überarbeitung des PEFC-Waldstandards startete im Sommer 2025: Mit dem »Stakeholder

Summit« am 3. Juli in Stuttgart wurde der Prozess offiziell eingeläutet.

## Warum die PEFC-Standardrevision Bedeutung für die Waldbewirtschaftung vor Ort hat

Die PEFC-Vorgaben für einen ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Umgang mit dem Wald sollen durch den Revisionsprozess verbessert werden. Unter Berücksichtigung von Klimafolgen, neuen Forschungsergebnissen und gesellschaftlichen Erwartungen muss der PEFC-Standard dennoch praxisgerecht bleiben und die Realität auch kleinerer Privatwaldbesitzender abbilden.

## Zentrale Themen mit Praxisrelevanz – stark vertretener Privatwald arbeitet an Lösungen

Die Praxis hat im Revisionsprozess Gewicht: Viele Vertreterinnen und Vertreter aus dem Privatwaldbesitz haben im Nachgang zur Auftaktveranstaltung 2025 die Chance genutzt, als gestaltende Akteure tatkräftig mitzuwirken. Von den 59 Personen, die sich für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen der PEFC-Standardrevision gemeldet hatten, wurden alle vom Deutschen Forst-Zertifizierungsrat (DFZR; Ent-

scheidungs-gremium von PEFC Deutschland) nominiert; der Anteil des Privatwaldes in der Arbeitsgruppe beträgt 46 Prozent

Diese hohe Beteiligung sorgt dafür, dass die Alltagssicht der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer direkt in die Beratungen einfließen kann.

Zur Bearbeitung des PEFC-Waldstandards wurden drei Unterarbeitsgruppen gebildet:

- Unterarbeitsgruppe A „Arbeitsverfahren/-technik“ beschäftigt sich unter anderem mit allen Fragen zur Befahrung im Rahmen der Waldarbeit sowie mit Arbeitsbedingungen und Personalausstattung
- Unterarbeitsgruppe B „Biodiversität, Waldbau & Wild“ arbeitet unter anderem an den Anforderungen zum Waldschutz, dem Aufbau von klimastabilen Mischbeständen sowie zu angepassten Wildbeständen
- Unterarbeitsgruppe C „Zertifizierungsverfahren“ diskutiert insbesondere jene Aspekte zu klareren Begrifflichkeiten, Stichprobendichten und alternativen Zertifizierungsmodellen.

Nach dem Kongress im Juli 2026 können sich alle Interessierten 60 Tage an der öffentlichen Konsultation zu diesem Standardentwurf beteiligen; alle Kommentare werden dabei in einem Online-Tool erfasst und im September in der Arbeitsgruppe erörtert. Wichtiger Hinweis: Formulieren Sie Vorschläge, die technische Machbarkeit und betriebliche Belange zusammendenken. Konkrete, umsetzbare und

auditierbare Vorschläge erhöhen die Chance, übernommen zu werden.

Die Verabschiedung des überarbeiteten Standards ist für Ende 2026 geplant, die Anerkennung durch PEFC International wird voraussichtlich Ende 2027 erfolgen.

Die starke Vertretung des Privatwaldes in der Arbeitsgruppe bildet eine wichtige Grundlage für praxisgerechte Vorgaben – jetzt kommt es auf Sie an: Bringen Sie Ihre Erfahrungen ein und helfen Sie mit, einen Standard zu schaffen, der unseren Wäldern und den Waldbesitzenden gleichermaßen gerecht wird.

Wie Sie sich weiterhin einbringen können:

Diskussion eines ersten Standardentwurfs auf dem Sechsten PEFC-Forum am **07.07.2026** im Juliusspital in Würzburg. Einladung unter [www.pefc.de/sechstes-pefcforum](http://www.pefc.de/sechstes-pefcforum)

Direktanmeldung hier



## SO LÄUFT DIE PEFC-STANDARDREVISION AB – BETEILIGEN SIE SICH!

12/2025–10/2026 Arbeitsgruppensitzungen

07/2026

08/2026

11/2026

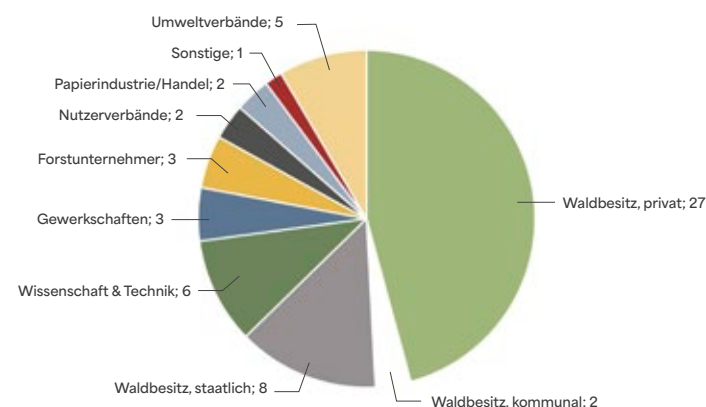


### ÜBERARBEITUNG DER PEFC-WALDSTANDARDS:

- Verbesserung der Standards und damit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in Deutschland
- Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie gesellschaftlicher Entwicklungen
- Analyse zukunftsweisender Handlungsfelder
- Aufgreifen von Verbesserungsvorschlägen seit der letzten Revision 2020



## STAKEHOLDER PEFC-STANDARDREVISION: VERTEILUNG IN DER ARBEITSGRUPPE



### KONTAKT

Nicole Fürmann, Koordination Standardrevision, [fuermann@pefc.de](mailto:fuermann@pefc.de)  
Dirk Teegelbekkers, Geschäftsführer PEFC Deutschland, [teegelbekkers@pefc.de](mailto:teegelbekkers@pefc.de).

# 2026

## Empfang der Waldeigentümer



Bundeslandwirtschaftsminister Rainer bekannte sich in seiner Ansprache zu Entlastungen für die Waldbesitzenden.



Sachsens Staatsminister Georg-Ludwig von Breitenbuch, Prof. Dr. Andreas Bitter und Georg Lindner auf der Bühne im Palais am Funkturm



Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus, AGDW-Hauptgeschäftsführerin Dr. Irene Seling, Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes Mecklenburg-Vorpommern Dr. Achim Ahrendt, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter (v. li.)

Jedes Jahr steht ein anderes Bundesland im Mittelpunkt des AGDW-Waldeigentümerempfangs: 2026 war der Sächsische Waldbesitzerverband der ausrichtende Landespartner und präsentierte sich und die Forstwirtschaft der Region. Premiere hatte aus diesem Anlass der neue Imagefilm des Verbandes über den Wald und die Waldbesitzenden im Freistaat. Unterstützt wurde der Auftritt vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft mit dem gastgebenden Ressortchef **Georg-Ludwig von Breitenbuch** sowie dem Staatsbetrieb Sachsenforst. AGDW-Präsident Prof. **Andreas Bitter** und **Georg Lindner**, Vorsitzender des Sächsischen Waldbesitzerverbandes, freuten sich, rund 1.200 Gäste aus ganz Deutschland im Palais am Funkturm zu begrüßen.

Mit viel Prominenz aus Europa-, Bundes- und Landespolitik zum Auftakt der Grünen Woche

konnten die Verbände ein starkes Zeichen für die nachhaltige Zukunft von Wald und Forstwirtschaft setzen. Zu den Gästen gehörten Bundeslandwirtschaftsminister **Alois Rainer**, Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** aus Mecklenburg-Vorpommern, der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, **Jochen Flasbarth**, zahlreiche Landesministerinnen und -minister sowie Abgeordnete aus Bundestag, Landesparlamenten und Europaparlament.

Prof. Bitter wertete den starken Zuspruch als Vertrauensbeweis für die Arbeit der Waldbesitzenden, die durch nachhaltige Waldbewirtschaftung gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Georg Lindner erklärte: „Vertrauen wir unseren Waldbesitzern, dann hat der Wald Zukunft.“ Ein besonderes Highlight bot die sächsische Dekoration des Saals: Herrnhuter Sterne schmückten den Himmel vor der Bühne. Als kulinarische Spezialitäten gab es neben Bier (Meissner Schwerter) und Wein (Weingut Proschwitz) aus Sachsen auch handgemachte Backwaren: Bäckermeister **Stefan Richter** aus Kubschütz bei Bautzen präsentierte die köstlichen Produkte seines Handwerks.

Die AGDW bedankt sich bei den Partnern und Sponsoren, ohne die eine solche Veranstaltung nicht möglich wäre. Der Dank gilt insbesondere auch den Goldpartnern Rettenmeier Holding und The Lieco Company.



Hier gehts zum Imagefilm des Sächsischen Waldbesitzerverbandes

# 2026

## Grüne Woche als Schaufenster der Forstwirtschaft



Panel „Mit Wald und Holz Zukunft bauen – regionale Wertschöpfung in ländlichen Räumen“. Caroline Dangel-Vornbäumen, Dr. Irene Seling, Klaus Kühling und Prof. Katja Frühwald-König im Gespräch



AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter am Branchenstand im Gespräch mit Abgeordneten des Bayerischen Landtags.

Im 100. Jahr ihres Bestehens bot die Grüne Woche 2026 Neues und Bewährtes, auch aus der Forstwirtschaft. Rund 350.000 Gäste kamen vom 15. bis 25. Januar in die Berliner Messehallen, viele von ihnen auch an den Branchenstand der deutschen Forst- und Holzwirtschaft in Halle 27. Der Auftritt stieß erneut auf großes Interesse, zeichnete sich durch eine hohe Besucherfrequenz, intensive Gespräche sowie eine starke politische Präsenz aus. Die AGDW-Spitze führte Gespräche mit Abgeordneten und Parlamentarierinnen, Ministern und Regierungsvertreterinnen, darunter die Parlamentarischen Staatssekretärinnen **Martina Enghardt-Kopf** und **Gitta Connemann**, Hessens Agrarminister **Ingmar Jung** und Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister **Till Backhaus**. Auch Bundeskanzler **Friedrich Merz** besuchte den Branchenstand.

Erstmals war die AGDW beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung vertreten. Der zweitägige Fachkongress des Bundeslandwirtschaftsministeriums findet jährlich am Rande der Grünen Woche statt und stand 2026 unter dem Motto „Land: Raum für Zukunft“

Die AGDW veranstaltete im Rahmen des Zukunftsforums gemeinsam mit der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) das Panel „Mit Wald und Holz Zukunft bauen – regionale Wertschöpfung in ländlichen Räumen“. Es richtete sich an Fachleute aus Praxis, Wissenschaft, Verwaltung und Politik ebenso wie an alle, die sich für Wald- und Holzthemen interessieren. Im Fokus der Veranstaltung, moderiert durch Caroline Dangel-Vornbäumen, standen aktuelle Erkenntnisse zur Situation der Wälder, zur

Bedeutung des vielfältigen Waldeigentums und zu den Herausforderungen eines klimaresilienten Waldumbaus. Vor zahlreichen Gästen im Saal und im Livestream sprachen AGDW-Präsident **Prof. Andreas Bitter**, **Jochen Simon** (Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft), **Dr. Björn Seintsch** (Thünen-Institut für Waldwirtschaft), **Prof. Katja Frühwald-König** (TH OWL), **Klaus Kühling** (Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung) und AGDW-Hauptgeschäftsführerin **Dr. Irene Seling** über Maßnahmen zur Stärkung der Ökosystemleistungen des Waldes ebenso wie über praxisnahe Lösungsansätze für Rohstoffmobilisierung, regionale Verarbeitung, kommunale Beschaffung und Holznutzung im Bauwesen.



Der Branchenstand in Halle 27 als Plattform zum fachlichen Austausch mit der Politik: AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter im Gespräch mit Maria-Therese Eiblmeier (Bündnis 90/Die Grünen) und dem Grünen-Europaabgeordneten Martin Häusling (li.) sowie mit Hessens Forstminister Ingmar Jung (re.).

# Waldsymposium eröffnete forstpolitische Perspektiven



Für den Wald unserer Zukunft. Unter diesem Motto stand im Juni 2025 das AGDW-Waldsymposium. Wenige Monate nach der Bundestagswahl fragten wir Wissenschaft und Politik, wie es der neuen Bundesregierung gelingen kann, die Forstpolitik neu auszurichten und die Forstwirtschaft zu stärken. Mit rund 200 Gästen wurden die forst-, umwelt- und klimapolitischen Perspektiven der aktuellen Wahlperiode in unterschiedlichen Beiträgen erörtert und diskutiert.

Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Waldpolitik beim Bundeslandwirtschaftsministerium, **Prof. Jürgen Bauhus**, ging anhand der Ergebnisse der vierten Bundes-



AGDW Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter im Dialog mit dem BUND-Vorsitzenden Olaf Bandt



Prof. Dr. Stefanie Steinebach, Prof. Dr. Jürgen Bauhus, Prof. Dr. Ewald Endres

waldinventur (BWI4) auf die politischen und gesellschaftlichen Erwartungen an den Klimaschutz Wald ein. Er mahnte, die nachhaltige Waldbewirtschaftung zu sichern und dadurch die Klimaschutzpotenziale des Waldes nachhaltig zu nutzen. Bei der Bewertung der Klimaschutzleistung der Waldbewirtschaftung sollte man sich nicht auf die Speicherung von Kohlenstoff im Wald-Ökosystem und in Holzprodukten beschränken, sondern vorrangig die Kohlenstoffbindung über den Zuwachs in den Fokus nehmen.

Im zweiten Veranstaltungsteil sprachen AGDW-Präsident **Prof. Andreas Bitter** und der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), **Olaf Bandt**, miteinander über Forst- und Umweltpolitik. Unter Moderation von **Prof. Stefanie Steinebach**, Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg, stellten sie sich den Fragen zur EUDR, zur Wiederherstellungsverordnung, zum Klimaschutzgesetz und zur Holznutzung. Einigkeit bestand im gemeinsamen Wunsch nach weniger Polarisierung und verstärktem Dialog. Es könne keinen Zweifel geben, dass man beim globalen Waldschutz nah beieinanderstehe. Aber: Wir brauchen eine ehrliche Debatte über die Holznutzung.

## Plädoyer für einen lebendigen Föderalismus

Der Direktor von WaldSchweiz, **Christoph Niederberger**, bot einen Blick über den nationalen „Tellerrand“ und hielt ein Plädoyer für einen lebendigen Föderalismus. An die Forstpolitik richtete er den Appell: „Lösen Sie die Probleme auf der richtigen staatlichen Ebene. Lassen Sie den Bundesländern und den Kommunen ihre Freiheiten. Föderalismus macht auch resilient gegen die Stürme der Zeit.“



Forstpolitisches Forum mit Moderatorin Dr. Irene Selting, Marcel Bauer (Die Linke), Hermann Färber (CDU/CSU), Isabel Mackensen-Geis (SPD), Niklas Wagener (Bündnisgrüne)



Christian Raupach, Geschäftsführer des Hessischen Waldbesitzerverbandes

Trotz voller Tagesordnung im Bundestag konnte die geplante Podiumsdiskussion mit den forstpolitischen Sprechern der Fraktionen wie geplant stattfinden. Unter Moderation von AGDW-Hauptgeschäftsführerin **Dr. Irene Selting** diskutierten **Hermann Färber** von der CDU/CSU-Fraktion, **Isabel Mackensen-Geis** von der SPD, **Niklas Wagener** von den Bündnisgrünen und **Marcel Bauer** von der Fraktion Die Linke über die Forstwirtschaft betreffende ordnungs- und förderpolitische Aspekte.

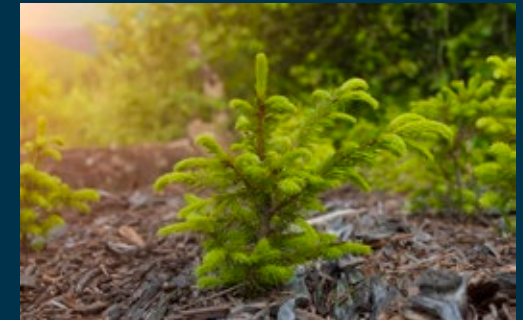
In den Vorträgen und auf den Podien wurde deutlich: Deutschlands forstwirtschaftliche Potenziale sind trotz aller Herausforderungen durch die Folgen der Klimakrise im Wald erheblich. Mit einer forstpolitischen Neuausrichtung, die die Waldbesitzenden in den Fokus rückt, können diese Potenziale in Form der vielfältigen Waldökosystemleistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse gehoben werden.

*Vielen Dank an unsere Partner, Förderer und Sponsoren: Landwirtschaftliche Rentenbank, ALTUS renewables, DLG, FriedWald, HUSQVARNA Deutschland, Kalkverband Agrar, Lieco, UKA, Versicherungsstelle Deutscher Wald (AXA).*

## KONTAKT

Johanna Eßer, Managerin Event & Sponsoring, +49 30 311 6676-44, jesser@waldeigentuemmer.de

WIR SICHERN WACHSTUM.  
NACHHALTIG.



## PASSGENAUE HOLZERNTLÖSUNGEN

- moderne und leistungsfähige Maschinen entsprechend den örtlichen Gegebenheiten
- geeignete Verfahren für jede Holzstärke und alle Gelände- und Bestandesverhältnisse
- Sicherheit und Wirtschaftlichkeit durch individuell angepasste Aufarbeitungs- und Logistiklösungen



## UNSERE LEISTUNGEN

- Kauf des Holzes auf dem Stock bzw. in Selbstwerbung
- Aufarbeitung und Rückung in Dienstleistung
- Kauf des aufgearbeiteten Holzes ab Waldstraße
- Übernahme von logistischen Aufgaben sowie kaufmännische Abwicklung

TTW Waldpflege GmbH  
fon T +49 7977 72-0  
info@ttw-waldpflege.de  
www.ttw-waldpflege.de



## Parlamentarischer Sommerempfang in Berlin-Mitte



Begrüßung durch AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter

Am 5. Juni 2025 stand das Haus der Land- und Ernährungswirtschaft in Berlin wieder ganz im Zeichen der Forstwirtschaft. Zum Parlamentarischen Sommerempfang begrüßte die AGDW Gäste aus Politik, Wissenschaft, Verbänden, Wirtschaft und Medien. Rund vier Wochen nach Amtsantritt der Koalition bildete der Empfang einen idealen Treffpunkt, um mit zahlreichen neu ins Parlament gewählten ebenso wie mit zahlreichen bekannten Abgeordneten zum Fachgespräch und Netzwerken zusammen zu kommen.

Wir durften Bundeslandwirtschaftsminister **Alois Rainer** auf unserem Fest im Haus der Land- und Ernährungswirtschaft begrüßen. In seiner Ansprache machte der CSU-Politiker deutlich, welchen Grundsätzen er sich forstpolitisch verpflichtet fühlt und welche Maßnahmen sich aus diesen Prinzipien ableiten.

Eröffnet worden war der Empfang nach der programmatischen Begrüßung durch AGDW-Präsident **Prof. Andreas Bitter** mit Grußworten vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesumweltministerium, **Carsten Träger**, der im März 2026 verstarb, sowie vom damaligen für Forst zuständigen Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium, **Bernt Farcke**.

Politisch bildete nicht zuletzt die Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) Gesprächsstoff. Auf diese ging auch Bundesminister Rainer ein. Nach ersten Änderungen an der Verordnung -Ende 2026 legte die Bundesregierung im Frühjahr 2026 weitere Verbesserungsvorschläge vor (s. Beitrag auf S. 35).

Neben politischen Themen bot der Sommerabend im Herzen des politischen Berlin Gelegenheit zum Austausch und Kennenlernen bei kalten Getränken und Wildbret vom Grill. Die AGDW dankt ihren Kooperationspartnern und der BLK für die Unterstützung!



Bundesminister Rainer bei seiner Ansprache



Hessens Landwirtschaftsminister Ingmar Jung mit Fürst zu Waldeck und Pyrmont, Präsident des Hessischen Waldbesitzerverbandes



Prof. Dr. Andreas Bitter, Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes Bernhard Breitsameter



Thomas Wehner (DLG), Johanna Eßer (AGDW), Peter Neufeldt (UKA) (v.li.) im Haus der Land- und Ernährungswirtschaft

## Forstwirtschaft 4.0 auf der Agritechnica 2025

Vom 9. bis 15. November 2025 öffnete die AgriTechnica wieder ihre Pforten. Die von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) ausgerichtete Leitmesse für Landtechnik findet alle zwei Jahre in Hannover statt. Gemeinsam mit der DLG veranstaltete die AGDW dort das Panel „Digitale Lösungen für das (forst)betriebliche Management: Für welche Prozesse sind sie unabdingbar?“. Insbesondere viele (junge) Waldbesitzende und Vertreter forstwirtschaftlicher Vereinigungen wurden von der Veranstaltung angesprochen. Unter der Moderation von **Christoph Deselaers**, Geschäftsführer von ForstID, diskutierten **Jana Jonas** von Palos, **Bastian Niemöller** von den Waldmärkern und **Ralf Dreeke** von Wahlers Forsttechnik über digitale Lösungen für die Praxis. Nicht zuletzt bei Schnittstellen innerhalb der Lieferkette hapere es noch, hieß es auf dem Panel. Der Austausch von Daten und Informationen sei zwar an vielen Stellen digi-

taler und somit flexibler und transparenter geworden. Jedoch sei man noch längst nicht am Ziel. Veränderungswille und die Bereitschaft, sich der Herausforderungen zu stellen, sind klar erkennbar. Als eine zentrale Botschaft des Panels wurde festgehalten: Seien Sie mutig!



Auf der Bühne: Jana Jonas, Bastian Niemöller, Christoph Deselaers

## Tag der Waldeigentümer auf der Ligna



Am Stand der TU Rosenheim: Roboter in stehender Holzbaufertigung. Live zu sehen ist die Beplankung der Wände.

Von Politik bis Technik, von Waldpflege bis Holzverarbeitung reichte die Agenda auf dem Messegelände in Hannover zur Jubiläums-LIGNA. Die Messe feierte 2025 ihr 50-jähriges Bestehen. Mittlerweile ein fester Programmpunkt: Der Tag der Waldeigentümer, der am 28. Mai mit Rundgängen in den forstlichen Pavillons startete. Die SV-LFG informierte u.a. über die Anforderungen zum sicheren Zufallbringen von Schadholz und zeigte Verfahren und Techniken, auch unter Einsatz ferngesteuerter Keile. Das Forstliche Bildungszentrum der Niedersächsischen Landesforsten informierte in anschaulichen Vorführungen über Verfahren zur Bestandesbegründung, Jungbestands- und Kulturpflege

mit Akku-Technik. Im Pavillon von Wald und Holz NRW wurden innovative Verfahren zur Holzver- und -bearbeitung ebenso präsentiert wie die KWF-Sonderschau.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Messe AG, **Dr. Jochen Köckler**, ging in seinem Grußwort auf den Stellenwert von Forst und Holz ein. AGDW-Präsident **Prof. Andreas Bitter** skizzierte zum Auftakt des Vortragsprogramms notwendige politische Weichenstellungen und hob das Bekenntnis zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Koalitionsvertrag hervor.

Beim Rundgang zu ausgewählten Stationen auf der Messe waren dann technische Neuerungen in der Waldpflege ebenso Thema wie Innovationen in der Holzverarbeitung wie auch die Nutzung Künstlicher Intelligenz beim Bauen mit Holz.

Ausgerichtet wurde die Veranstaltung von der AGDW gemeinsam mit dem Waldbesitzerverband Niedersachsen, dem Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen, dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW sowie der Arbeitsgemeinschaft Forstlicher Lohnunternehmer Niedersachsen.



## Nordrhein-Westfalen

Seit September 2025 steht **Eberhard Freiherr von Wrede** (57) an der Spitze des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen. Die Delegiertenversammlung wählte ihn am 4. September in Werl zum Nachfolger von **Philipp Freiherr Heereman**, der den Verband seit 2009 geführt hatte.

Eberhard von Wrede hat Forstwissenschaften in Göttingen studiert und das Referendariat in der Landesforstverwaltung Nordrhein-Westfalens abgeschlossen. Seit 1998 leitet er den Landwirtschafts- und Forstbetrieb der Familie im Hochsauerlandkreis.

Im Vorstand des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen war von Wrede seit 2005 als betriebswirtschaftlicher Berater aktiv und leitet den Forstlichen Betriebsvergleich Westfalen-Lippe. Von 2021 bis 2025 war er Erster stellvertretender Vorsitzender des Verbandes.

In seinem Amt will von Wrede insbesondere die Wiederaufforstung der nordrhein-westfälischen Schadflächen sowie den klimastabilen Umbau des Waldes voranbringen. Die Motivation der Waldbesitzenden spielt dabei eine zentrale Rolle. „Daher werde ich mich vor allem für bürokratiearme und schlanke behördliche und gesetzliche Vorgaben einsetzen“, betont von Wrede. Eine Herausforderung werde unter anderem die Weiterentwicklung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse sein.

„Die aktive Waldbewirtschaftung stärkt die Klimastabilität des Privatwaldes und erhöht die Wertschöpfung im Cluster Forst und Holz im ländlichen Raum“, so das Credo des verheirateten Vaters von fünf Kindern. Im Verbandsvorsitz stehen als Erster Stellvertreter **Berno Freiherr von Landsberg-Velen** aus dem Bergischen Land sowie als Zweite Stellvertreterin **Johanna Dreps-Kahl** aus Ostwestfalen-Lippe an seiner Seite.



## Geschäftsstelle

Zum Jahresbeginn 2026 hat **Christin Franz** die Assistenz der AGDW-Geschäftsführung übernommen. Sie hat damit die Nachfolge von **Martina Wache** angetreten, die sich für ihren weiteren Berufsweg wieder ihrer Heimat im nordöstlichen Brandenburg zugewandt hat.

Christin Franz ist gelernte Groß- und Außenhandelskauffrau und kümmert sich in der AGDW-Geschäftsstelle neben organisatorischen und planerischen Aufgaben auch um die zuverlässige Abwicklung administrativer Prozesse.

Sie bringt aus früheren Positionen viel Wissen aus der Verbandsarbeit ebenso wie aus der Unternehmenswelt mit. Mit dieser Erfahrung ist sie eine wertvolle Unterstützung für die Arbeit des Präsidenten, der Geschäftsführung und für das gesamte Team.

In ihrer Freizeit geht Christin Franz gern schwimmen oder wandern, besonders in den heimischen Wäldern des Niederen Fläming.



## Brandenburg

Mit **Malte Eberwein** (66) hat der Waldbesitzerverband Brandenburg seit Mitte vergangenen Jahres einen neuen Vorsitzenden, der im öffentlichen und im Privatwald gleichermaßen zu Hause ist.

Eberwein lebt im östlichen Brandenburg und ist Eigentümer des Waldgutes Klosterdorf-Börnicke, das er dort vor mehr als 20 Jahren erworben hat. Der gebürtige Göttinger studierte in seiner Heimatstadt Betriebswirtschaftslehre sowie Forstwissenschaften und legte in Niedersachsen das 2. Staatsexamen ab, bevor er für zwei Jahre in verschiedenen Aquakulturprojekten international tätig war.

Nach seiner Rückkehr ging der Diplom-Forstwirt 1992 zur Bundesforstverwaltung, wo er verschiedene Funktionen innehatte, u. a. die Leitung des Bundesforstamtes in Strausberg. Im Jahr 2009 wechselte Eberwein in die Geschäftsleitung von Bundesforst, um dort als Abteilungsleiter die Verantwortung für Waldbau, Jagd, Waldarbeit und Holzvermarktung auf rund 380.000 ha Waldfläche mit einem Jahreseinschlag von 1,5 Mio. Festmeter zu übernehmen. Seit Oktober 2025 ist Malte Eberwein pensioniert.

Am 13. Juni 2025 wurde er von der Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbandes Brandenburg zum Nachfolger von **Thomas Weber** gewählt. Der verheiratete Vater von vier Kindern und inzwischen vier Enkelkindern mag nicht nur naturgemäße Waldbilder, er ist auch passionierter Jäger. In seiner Freizeit liebt Eberwein das Segeln, vorwiegend in der Brandenburger Seenlandschaft.



## Baden-Württemberg

Generationswechsel an der Spitze der Forstkammer Baden-Württemberg: Am 25. März 2026 wurde **Adrian Sonder** (36) zum Präsidenten der Forstkammer Baden-Württemberg gewählt. Er hat damit die Nachfolge von **Roland Burger** angetreten, der nach 16 Jahren im Amt nicht mehr kandidierte.

Sonder ist seit Juli 2024 Oberbürgermeister von Freudenstadt. Die Stadt im Nordschwarzwald verfügt mit rund 3.300 Hektar Waldfläche über einen der größten kommunalen Forstbetriebe in Baden-Württemberg. Als Präsident der Forstkammer will sich Adrian Sonder für eine starke Waldpolitik im Interesse der privaten und kommunalen Waldbesitzer einsetzen und die Forstkammer als moderne Organisation weiterentwickeln, wie er nach seiner Wahl erklärte.

Beim Umbau hin zu einem klimaresilienten Mischwald habe Freudenstadt vielfältige Erfahrungen gesammelt, welche die Stadt gerne mit anderen Waldbesitzern teilen wolle. Auf der anderen Seite könne Freudenstadt vom Wissen anderer Kommunen und dem Netzwerk der Kammer profitieren.

Adrian Sonder ist Sozialwissenschaftler und hat einen internationalen Hintergrund. Er studierte im französischen Nancy ebenso wie im schwedischen Lund. Zudem erwarb er einen Master of Public Administration. Von 2022 bis 2023 war er Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg, zuvor von 2020 bis 2022 Büroleiter des damaligen CDU-Generalsekretärs Paul Ziemiak. Adrian Sonder ist verheiratet und Vater einer Tochter.

## „Wald Klima-Klasse“: Junge Generation gestaltet den Wald von morgen

**M**it dem Projekt „Wald Klima-Klasse“ verbinden der Initiativkreis Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (IK) der AGDW und STEYR Traktoren seit dem Jahr 2025 praktische Umweltbildung und nachhaltige Waldbewirtschaftung. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler aktiv in die Entwicklung klimastabiler Wälder einzubinden und gleichzeitig die Bedeutung moderner Forstwirtschaft erlebbar zu machen.



Pflanzung für den Wald der Zukunft

Gemeinsam mit rund 125 Schülerinnen und Schülern wurden im Jahr 2025 in Brandenburg, Niedersachsen und Bayern etwa 1.800 Bäume gepflanzt und gepflegt. Neben der Pflanzung von Baumarten wie Buche, Lärche oder Weißtanne standen auch die Gestaltung von Waldrändern zur Förderung der Biodiversität sowie Pflegearbeiten im Bestand im Fokus. „Besonders prägend war die Verbindung von Praxis und Wissen: So erhielten die Teilnehmenden nicht nur Einblicke in ökologische Zusammenhänge, sondern auch in moderne Forst- und Landtechnik“, erklärt IK-Sprecher Andreas Täger.

Beim Einsatz moderner Forstmaschinen wurde gezeigt, wie diese eine bodenschonende Bearbeitung der Flächen ermöglichen, den Arbeitsaufwand reduzieren und gleichzeitig die Präzision bei Pflanzung und Pflege erhöhen. Für die Schülerinnen und Schüler wurde sichtbar, wie traditionelle Forstarbeit und innovative Technik zusammenwirken, um den Wald fit für die Zukunft zu machen.

„Ein zentrales Element des Projekts ist der langfristige Ansatz. Unter dem Leitgedanken

eines ‚Generationenvertrags Wald‘ begleiten Schülerinnen und Schüler die Entwicklung ‚ihres‘ Waldes über mehrere Jahre hinweg. Pflege, Nachbesserung und Beobachtung der Flächen machen nachhaltige Waldbewirtschaftung konkret erfahrbar und stärken das Verantwortungsbewusstsein für natürliche Ressourcen“, erläutert Jona Hormann, Key Account Manager Kommunal und Forst bei STEYR Traktoren.

Im Jahr 2026 ist das Projekt weiter ausgebaut worden. Unterschiedliche Laub- und Nadelbaumarten sollen gezielt zur Entwicklung stabiler Mischwälder beitragen. Gleichzeitig bleibt die enge Einbindung regionaler Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse und der Waldeigentümer vor Ort ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Sie sorgen für die fachliche Begleitung und gewährleisten die nachhaltige Pflege der Flächen.

Darüber hinaus wird die kontinuierliche Betreuung der bereits angelegten „Klima-Klasse-Wälder“ verstärkt. Schulen übernehmen gemeinsam mit den regionalen Partnern Verantwortung für die Entwicklung der Flächen von der Kontrolle der Pflanzungen bis zur Dokumentation des Wachstums. So entsteht ein lebendiges Lernumfeld, das Theorie und Praxis dauerhaft miteinander verknüpft.

Auch für den Projektpartner STEYR steht der ganzheitliche Ansatz im Mittelpunkt: „Für uns ist es entscheidend, früh Bewusstsein zu schaffen und zu zeigen, dass innovative Forsttechnik ein wichtiger Teil der Lösung für die Herausforderungen im Wald ist“, sagt Jona Hormann.



Wald Klima-Klasse zu Besuch auf der Agritechnica in Hannover

Die STEYR Forst Serie von 80 bis 340 PS

## ECHE FORST EXPERTEN



Stark im Wald, flexibel im Einsatz: STEYR Traktoren überzeugen mit vielfältigen Ausstattungen und der engen Zusammenarbeit mit Forstsystemanbietern.

» Für maßgeschneiderte Lösungen bei jeder Aufgabe.



**Worauf du dich verlassen kannst.**

**STEYR**  
TRAKTOREN

25 Jahre Bestattungen im Wald

# FriedWald stärkt Perspektiven für Waldbesitzer



Vor 25 Jahren wurde im Reinhardswald der erste deutsche Bestattungswald eröffnet – ein Modell, das sich zu einem festen Bestandteil der Bestattungskultur und zu einem wirtschaftlich relevanten Standbein vieler Waldbesitzenden entwickelt hat. Heute entstehen bundesweit kontinuierlich neue Standorte; der 100. FriedWald wird 2026 eröffnet. Allein im Jahr 2025 fanden mehr als 26.000 Beisetzungen an FriedWald-Standorten statt, womit die FriedWald GmbH die größte Friedhofsverwaltung Deutschlands ist.

## Stabile und planbare Einnahmen für Waldbesitzer

Seit 2001 ist das Konzept stetig weiterentwickelt worden – immer mit dem Ziel, ökologische Anforderungen und wirtschaftliche Perspektiven im Wald miteinander zu verbinden. Neue Grabarten wie etwa Partnerbäume sowie das Modell der Nachkaufplätze verlängern inzwischen die Einnahmeperspektive über die gesamte Vertragslaufzeit. Dadurch profitieren Waldbesitzende heute deutlich stärker und planbarer von der Nutzung ihrer Waldflächen.

Parallel dazu hat FriedWald die Flächenanforderungen reduziert: Während früher rund 50 Hektar notwendig waren, können heute Standorte bereits ab etwa 10 Hektar eröffnet werden. Gerade für kleinere Eigentümerinnen und Eigentümer oder forstliche Zusammenschlüsse eröffnen sich damit neue, wirtschaftlich

nutzbare Optionen, ohne die Bewirtschaftung des Gesamtbetriebs einzuschränken.

## Qualität und Betriebssicherheit: Klare Standards für die Praxis

Ein aktualisiertes Rechtsgutachten zur Verkehrssicherung bildet seit Kurzem die Grundlage für noch präzisere und effizientere Kontrollabläufe an den Standorten. Der daraus entwickelte „rote Faden“ schafft für Waldbesitzende betriebliche Sicherheit, reduziert Haftungsrisiken und unterstützt zugleich eine verlässliche Organisation der Waldpflege.

## Partnerschaften im Fokus: Stärkung forstlicher Zusammenschlüsse

FriedWald engagiert sich zudem verstärkt für die Strukturen des Privat- und Kommunalwaldes. Mit dem Sponsoring des Sonderpreises für Forstliche Zusammenschlüsse im Rahmen des Deutschen Waldpreises würdigt das Unternehmen die Bedeutung von Forstbetriebsgemeinschaften, Waldbesitzervereinigungen und Genossenschaften. Diese stärken die regionale Forstwirtschaft, bündeln Betreuung und Management und schaffen Zugang zu gemeinsamen Projekten, darunter auch naturnahe Bestattungsangebote.

## Ausblick: Weiterentwicklung mit Blick auf Waldbesitzende

Mit dem 100. Standort im Jahr 2026 und der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Angebots setzt FriedWald auf langfristige, partnerschaftliche Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei stets der Anspruch, Waldbesitzenden wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen – kombiniert mit einem schonenden Umgang mit dem Wald und einem zeitgemäßen Bestattungsangebot.



## KONTAKT

Stephan Martini, FriedWald-Standortentwicklung Deutschland, +49 6155 848-213, standortentwicklung@friedwald.de



25 JAHRE



FriedWald®

MACHEN SIE IHREN WALD ZUM ORT DER LETZTEN RUHE

# Wald ertragreich und nachhaltig nutzen

Setzen Sie auf die Erfahrung des Pioniers und Marktführers für Bestattungswälder!

Profitieren Sie von:

- **Ertragsoptimierung** und verlässlichen Langzeiteinnahmen,
- Projektleitung im **Genehmigungsverfahren**,
- Unterstützung bei der **Verkehrssicherung**,
- Dienstleistungen wie **Kundenservice und Vertrieb** – flexibel nach Bedarf zubuchbar.

**Wir sind immer an Ihrer Seite!**

**Ihr Kontakt für eine kostenlose Beratung:**

Stephan Martini

FriedWald-Standortentwicklung Deutschland

Telefon: 06155 848-213

E-Mail: standortentwicklung@friedwald.de

[www.friedwald.de/standortentwicklung](http://www.friedwald.de/standortentwicklung)



**FriedWald: Zusammenarbeit auf Augenhöhe – seit 25 Jahren flexibel abgestimmt auf Ihre Bedürfnisse.**

# Junge Waldeigentümer neu aufgestellt

**D**ie Jungen Waldeigentümer gibt es seit mehr als sechs Jahren. Gegründet kurz bevor die Pandemie uns schon wieder ausbremste, war der Anfang nicht leicht. Mit dem 5-jährigen Jubiläum im Jahr 2025 kam auch eine Neuausrichtung, die uns den nötigen Schwung für die nächsten Schritte gegeben hat. Jetzt starten wir durch und von den ersten erfolgreichen Schritten möchten wir gerne berichten.

Ich bin **Martin**, mich kennen Sie bereits aus den letzten Jahresberichten. Mein Co-Vorsitzender ist seit dem letzten Jahr **Stefan Lion**. Stefan kommt aus dem Saarland und ist über seine Tätigkeit im Vorstand des Saarländischen Waldbesitzerverbandes auf das Netzwerk der Jungen Waldeigentümer aufmerksam geworden. Neben der Bewirtschaftung seines eigenen Forstbetriebes ist er Mitglied in der Gehöferschaft in Losheim am See. Als Jagdpächter setzt er sich auch für das Gelingen des Waldumbaus für die Waldbesitzenden in seiner Region ein.



Martin Werner und Stefan Lion beim BUKO in Berlin

Gemeinsam bauen wir das Netzwerk der Jungen Waldeigentümer aus. In den meisten Landesverbänden bestehen bereits eigene Unterorganisationen und Ansprechpartner. So kommen wir dem Ziel der Schaffung regionaler Gruppierungen immer näher, um bald bundesweit weitere junge Waldeigentümer für den eigenen Wald und seine Belange zu begeistern.

Die Jungen Waldeigentümer waren im letzten Jahr auf vielen Veranstaltungen eingeladen und haben mit ihren regionalen Vertretern die Positionen der AGDW und des Netzwerks vertreten.



Tobias Huber mit Vertreterinnen des Jungen Netzwerks Forst beim Jugendpolitischen Forum

**Tobias Huber** als Junger Waldeigentümer aus Bayern hat für uns am 3. Jugendpolitischen Forum des Bundeslandwirtschaftsministeriums im September 2025 teilgenommen. Eingeladen waren verschiedene Nachwuchsorganisationen der land- und forstwirtschaftlichen Verbände. Dabei standen spannende Diskussionen und Workshops auf dem Programm. Neben der Zusage, ein 4. Jugendpolitisches Forum veranstalten zu wollen, stellte die Parlamentarische Staatssekretärin **Martina Enghardt-Kopf** in Aussicht, die Ergebnisse dieses Forums in einem Positionspapier zu bündeln und weiter zu bearbeiten zu. Das werden wir natürlich weiterverfolgen!



Martin Werner auf dem Podium des BUKO

Ich selbst habe am Bundeskongress Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (BUKO) im September 2025 in Berlin teilgenommen und das Podium zur zentralen Rolle der Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse bei der Bewirtschaftung des Kleinprivatwaldes mitgestaltet. Hier ging es u. a. um die Jungen Waldbesitzer und ihre Zukunft. Ebenso stand das Ehrenamt in den Forstbetriebsgemeinschaften im Fokus der Diskussion.

Natürlich sind wir nicht nur auf den Bühnen unterwegs, sondern verbringen viel mehr Zeit im Wald. Stefan hat zum Beispiel im März 2026 an der saarlandweiten Picobello-Aktion teilgenommen. Die Jungen Waldeigentümer und die Jäger des Jagdreviers „Stausee“ sind dem jährlichen Aufruf gefolgt und haben mit sechs Personen ein Waldgebiet um Losheim (Privat- und Kommunalwald inkl. der Zuwegungen) aufgeräumt. Bei bestem Wetter machte die Gruppe sich auf den Weg, um den Müll der letzten Jahre im gewählten Waldstück zu entsorgen. Neben viel Glas und Plastik wurden auch Autoreifen und Stahltonnen aufgefunden. Ein kleines Weisergatter, welches zwischenzeitlich schon als Mülllager genutzt wurde, konnte ebenfalls entsorgt werden.



Picobello-Aktion im Saarland

Bereits nach drei Stunden war ein Autoanhänger gefüllt und wieder ein kleiner Bereich unserer Wälder gereinigt. So fasst Stefan die Aktion zusammen: „Es gibt ein gutes Gefühl und am Ende eines solchen Tages spürt man, was man getan hat. Gleichzeitig ist es auch traurig, dass solche Aktionen überhaupt notwendig sind! Das übergeordnete Ziel ist natürlich, dass generell kein Müll im Wald entsorgt wird. Darüber hinaus würden wir uns aber auch über eine größere Anzahl an Personen freuen, die sich gemeinsam mit uns in ihren jeweiligen Heimatgebieten für Ordnung und Sauberkeit einsetzen.“

## Treffen auf der Interforst im Oktober

In diesem Jahr haben wir noch einiges vor. Interne Treffen für die Vernetzung der Länder und Strategieplanungen stehen an. Bundesweite Termine sind ebenfalls in der Vorbereitung. Trefft uns auf der Interforst in München: Am Freitag, 16. Oktober laden wir Junge Waldeigentümer auf die Messe ein. Außerdem treffen wir uns mit dem Jungen Netzwerk Forst in Berlin.

## KONTAKT

Martin Werner, +49 177 244 936 7  
junge@waldeigentuermer.de



# Wir pflanzen Zukunft

**WeReforest:**  
Das DLG-Nachhaltigkeitsprojekt für zukunftsfähige Walderneuerung

**Im Mittelpunkt:**  
Waldbesitzer und ihre Vision – professionell und finanziell unterstützt

**Gemeinsam für den Wald:**  
mit Sponsoring und Spenden Nachhaltigkeit fördern

**Wiederaufforstung stärken:**  
für klimastabile Wälder von morgen

INFO





Dr. Lukas Emmerich erläutert die Eigenschaften von Holzarten, die im Zuge des Klimawandels Bedeutung gewinnen dürften.



Vorführung eines mobilen Sägewerks im Wald bei Arnsberg

## Praxisseminar zu Wald und Forstwirtschaft im Sauerland

Welche Aufgaben hat die nachhaltige Waldbewirtschaftung angesichts der Folgen von Sturm, Dürre und Kalamitäten in Nordrhein-Westfalen zu meistern? Welche Wiederbewaldungs- und Waldpflege-Strategien sind vielversprechend? Und wie arbeiten die Beteiligten – Waldbesitzende, Unternehmen und staatliche Akteure der Forstwirtschaft sowie vor- und nachgelagerte Branchen – dafür am besten zusammen?

Diesen Fragen widmete sich das zweitägige AGDW-Praxisseminar zu Wald und Forstwirtschaft am 9./10. Oktober im sauerländischen Arnsberg-Neheim. Am Forstlichen Bildungszentrum (FBZ) gaben die Fachleute von Wald und Holz NRW um Leiter **Thilo Wagner** Einblicke in ihre Erfahrungen aus der Praxis, von der Wiederbewaldung mit mindestens vier Baumarten bis zur Bestandespflege.

Bei einer Abendveranstaltung wurden die Eindrücke weiter diskutiert. Mit dabei: Der Waldbesitzer des Jahres, **Torsten Dörmbach** (s. Beitrag S. 69) sowie **Thomas Wälter**, Leiter des Zentrums Wald und Holzwirtschaft (ZWH).

Der zweite Seminartag führte vom Harvester-Simulator am FBZ in ein Waldgebiet der Kulturstiftung Fürstenberg-Herdringen. Exemplarisch leistet die Stiftung als Waldeigentümerin ihren Beitrag, die Wälder fit für die Zukunft zu machen.

Dem Blick auf die Holzernte folgte die Frage nach der weiteren Verwertung des Rohstoffs. In der angewandten Forschung und in innovativen Unternehmen werden hochwertige Verwertungspfade für das Holz von Pionier- und alternativen Baumarten, die sich im Waldum-

bau entwickeln, bereits erprobt, wie **Dr. Lukas Emmerich** am Beispiel der Birke erklärte. Wichtig für den Erfolg seien auch schlanke Regeln in der Normung.

Fazit: Für Holzindustrie und Verbraucher gibt es auf dem Weg in die Zukunft mit dem nachwachsenden Rohstoff Nummer eins noch viel zu entdecken. Und für Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer viel Arbeit auf der Fläche, um den hohen Bedarf an Holzprodukten zu decken.

Dank an Wald und Holz NRW, an die Landwirtschaftliche Rentenbank für die Förderung der Veranstaltung sowie an alle Teilnehmer.



Freischneider mit Elektromotor im Einsatz. Die Batterien reisen bei jedem Einsatz im Koffer mit.



Dr. Carolin Stiehl, Teamleiterin Waldbau im Zentrum für Wald und Holzwirtschaft, erläutert die Bestandespflege auf einer Kalamitätsfläche.



Theorie und Praxis nähern sich einander an: So funktioniert Holzernte mit dem Harvester-Simulator.

**HIER IST ES  
MIR ZU SAUER!**




**Stark saurer Boden  
gefährdet  
unsere Wälder!**

**BODENSCHUTZ-  
KALKUNG**

**für klimastabile  
Wälder**

[www.waldkalkung.com](http://www.waldkalkung.com)




# Windenergieanlagen im Wald - erhöhtes Waldbrandrisiko?

## Vorbemerkungen

1. Durch den Klimawandel steigt in Deutschland laut Umweltbundesamt die Waldbrandgefahr.
2. Windenergieanlagen (WEA) tragen durch die Vermeidung von mehreren tausend Tonnen CO<sub>2</sub> Emissionen pro Jahr und Anlage maßgeblich zur Verlangsamung des Klimawandels bei.
3. Um die Klimaziele zu erreichen, ist die Nutzung der Windenergie auch in Wäldern unverzichtbar.

## Hintergrund

Ende 2025 standen von den ca. 29.220 Onshore-WEA in Deutschland 2.635 in Wäldern. Viele Waldbesitzer stellen sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob die Waldbrandgefahr durch diese Anlagen zusätzlich steigt. Laut einer Branchenerhebung gab es von Februar 2005 bis Mai 2025 insgesamt 71 Brandschäden bei WEA im gesamten Bundesgebiet, was einem Anteil von 0,24 Prozent entspricht. Brände von WEA in Wäldern werden nicht separat erfasst. Rein rechnerisch würde sich,

nicht differenziert nach Umfang der Schäden, eine Betroffenheit von lediglich 6 WEA auf Forstflächen ergeben. Hinzu kommt, dass WEA in Wäldern jünger und damit technisch besser ausgestattet sind als der Durchschnitt.

## Technik

Moderne WEA verfügen über diverse Sensoren, welche den laufenden Betrieb permanent überwachen, Informationen an die technische Betriebsführung übermitteln und die WEA im Brandfall automatisch abschalten. Überwacht werden z.B. Rauchentwicklung, diverse Temperaturen, Lichtbogenentwicklung, Unwuchten und atypische Geräuschentwicklung. WEA verfügen ferner über selbsttätige Löscheinrichtungen (plus Handfeuerlöscher für Wartungsarbeiten). Zusätzlich sind WEA-Typ, Standort, technische Daten, Lageplan und weitere Angaben im WEA-Notfallinformationssystem (WEA NIS) für Rettungskräfte und Feuerwehren hinterlegt. Die Technik in den Anlagen und die Informationen werden auch von unabhängigen Sachversicherungen gefordert. Die finanzierenden Banken verlan-



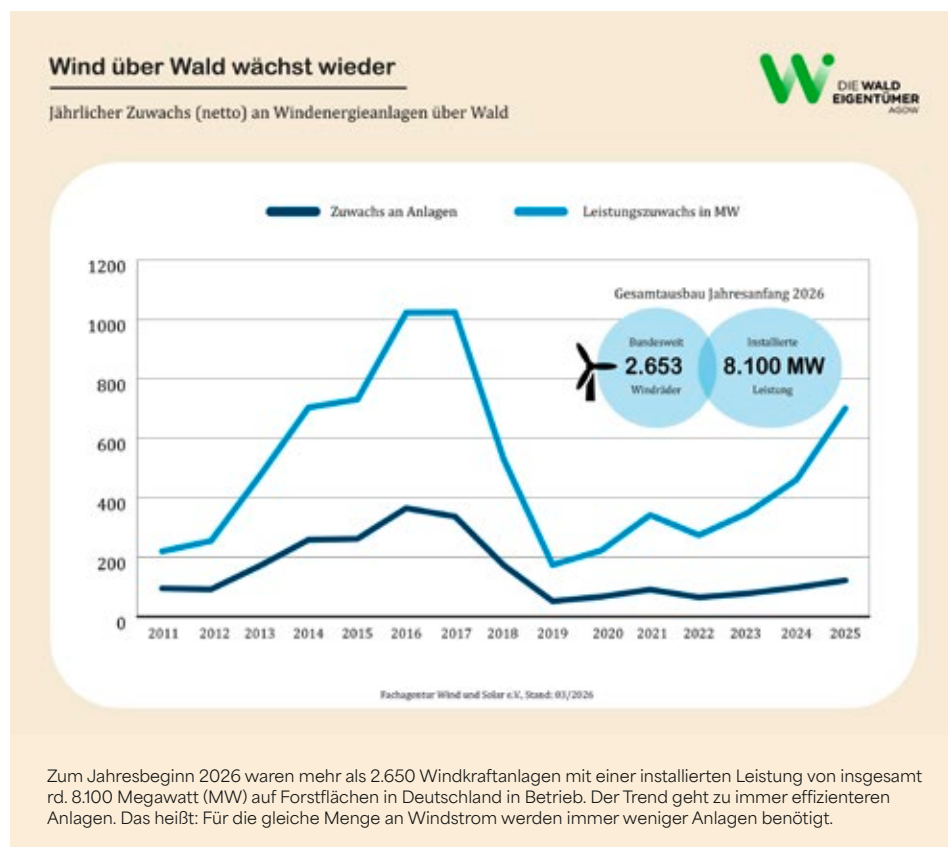
# BEREIT FÜR MEHR ZUWACHS?

**Jetzt Fläche prüfen**



Zusätzliches Ertragspotenzial zwischen Bestandspflege und Holzernte: Als Waldbesitzer erwirtschaften Sie mit Windkraft mehr auf Ihren Flächen – regelmäßig und ohne Mehraufwand.

Mit UKA an Ihrer Seite profitieren Sie direkt vom Wind – und machen Ihre Waldflächen fit für die Zukunft.



gen die entsprechenden Versicherungsnachweise ebenfalls. Interessant ist, dass die WEA aufgrund ihrer Höhe und ausgereiften Blitzschutzsysteme viele Blitzeinschläge in Wälder verhindern und somit Waldbrandgefahren mindern können.

#### Vorbeugung

Im Zuge der Baugenehmigungen werden unterschiedliche Brandschutzkonzepte verlangt. Dazu gehören neben der Technik und der Hinterlegung von Daten (Feuerlöschplan) ggf. auch die Vorhaltung von Löschwasser und die technische Aufrüstung der Feuerwehr. Bezüglich der Vorhaltung des Löschwassers gibt es Hydranten, Löschteiche, Brunnen, öffentliche Gewässer, Zisternen, (z.B. 100.000 l, Betonschalenbauweise, unterirdisch), welche beauftragt werden können. Immer gilt, dass das Löschwasser, z.B. aus einer Zisterne nicht nur dem Anlagenbetreiber, sondern auch der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Zur Vorbeugung gehören auch Alarmpläne, Einsatzpläne Schulungen und Übungen für die bzw. von den Einsatzkräften. Sehr wichtig ist das Automatisierte Waldbrandfrüherkennungssystem (AWFS), das mittels rotierender Kameras im Umkreis von 20 km (und mehr) arbeitet. Das System wird bereits in diversen Bundesländern wie Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt großflächig eingesetzt. Durch das AWFS werden zwar keine Waldbrände verhindert, wohl aber der Umfang der Schä-

den gemindert. Zudem sind die WEA ebenso wie die umliegenden Waldflächen durch die fest ausgebauten Zuwegungen für Einsatzkräfte gut erreichbar. Vorbeugend gegen die Ausbreitung von Waldbränden wirkt bekanntlich auch die Anlage von Feuerschutzstreifen. Zusätzlich können an den Rändern der Trassenaufhiebe Laubbaumarten eingebracht werden. Generell positiv ist auch, dass bei den obligatorischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen die dauerhaft in Anspruch genommenen Flächen eins zu eins wieder aufgeforstet werden, natürlich als Mischwälder oder reine Laubwälder.

#### Fazit

WEA können in Brand geraten, doch geschieht dies äußerst selten. Sie sind gut erreichbar, ihr Betriebszustand wird laufend umfassend überwacht, sie schalten sich automatisch ab und verfügen über selbsttätige Löscheinrichtungen. Ihre Blitzschutzsysteme verhindern auch Blitzeinschläge in Wälder.

AWFS ist sehr wertvoll und wird weiter ausgebaut. Die Rettungskräfte verfügen über die notwendigen Daten und das ggf. vorzuhaltende Löschwasser kommt allen zugute.

Obligatorische Aufforstungen können mit klimaangepassten Baumarten erfolgen und erhöhen in der Regel die örtlichen Laubholzanteile.

#### KONTAKT

Peter Neufeldt, UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG, Niederlassung Nord, +49 381 252740-242, wind-im-wald@uka-gruppe.de, Neufeldt@uka-nord.de

Wald-Pionier ausgezeichnet:

## Die Zitterpappel ist Baum des Jahres

**S**ie zittert schon bei einer leichten Brise und steht doch für Neuanfang und Widerstandskraft: Die Zitterpappel ist Baum des Jahres 2026. Die Dr. Silvius Wodarz Stiftung hat mit dem lichtliebenden Pionier eine Baumart gekürt, die bei der Wiederaufforstung auf Kahlfeldern je nach Standort eine wichtige Rolle spielen kann. Indem die Zitterpappel als

Vorwald den Boden für andere Arten verbessert, die in ihrem Schutz emporkommen, kann sie ihren Beitrag zur Wiederbewaldung leisten.

Ihren Namen verdankt die auch als Espe oder Aspe bekannte Zitterpappel ihren harten, rundlichen bis eiförmigen Blättern mit langem Stiel, die sich schon bei wenig Wind bewegen. Laub und Rinde enthalten Verbindungen der entzündungshemmenden Salicylsäure und sind in der Naturheilkunde bekannt. Die Zitterpappel ist die häufigste in Deutschland vorkommende Pappelart und längst nicht nur im Wald zuhause. Die schnell wachsende Baumart hat in der Agroforstwirtschaft an Bedeutung gewonnen. Ihr Holz wird in der Holzwerkstoff- und in der Papierindustrie verwendet, aber auch für den Bau von Musikinstrumenten, so für Gitarren, findet es seine Abnehmer.

www.waldkontor.com

rodenberg waldkontor ag

360° Waldwirtschaft und Logistik aus einer Hand

nachhaltige Werte von morgen



rodenberg  
waldkontor



#### Wer wir sind

Wir sind unabhängiger Dienstleister in der Wald- und Holzwirtschaft. Als norddeutsches Unternehmen verbinden wir moderne Waldwirtschaft mit traditioneller Nachhaltigkeit und internationaler Reichweite.

#### Was wir tun

Wir gestalten die gesamte Wertschöpfung – von der Pflege über die Ernte und Logistik bis zur internationalen Vermarktung. Schnell, verlässlich und fachlich kompetent. Unsere flexiblen Lösungen verbinden Ökologie und Wirtschaftlichkeit. 360° Wald.

#### Für wen wir es tun

Für Waldbesitzer, die ihren Wald zukunftsfähig entwickeln.  
Für Industriepartner, die auf planbare Mengen und verlässliche Qualität setzen.

#### Warum wir es tun

Wir nutzen nachhaltig die wertvolle Ressource Holz. Mit unserer Arbeit leisten wir einen Beitrag zum Erhalt gesunder Waldökosysteme. Denn nur ein fachgerecht bewirtschafteter Wald ist ein zukunftsfähiger Wald.

360° Wald

# KAMPAGNE

## #LandschaftZukunft! – Von der Praxis in die Politik

Als beim Waldeigentümerempfang 2025 am Vorabend der Grünen Woche in Berlin die Kampagne #LandschaftZukunft! gestartet wurde, zeigte sich, wie groß der Unmut der Forst- und Landwirtschaft über die Wiederherstellungsverordnung (W-VO) ist. Der Stand der Kampagne wurde zum Treffpunkt. Waldbesitzende ebenso wie Vertreter aus Verbänden, Wirtschaft und Politik nutzten die Gelegenheit zum politischen Austausch. Dutzende Fotos mit gesenktem Daumen vor den Motiven von #LandschaftZukunft! entstanden und zeigen die Unterstützung für die Kampagne. Die klare Botschaft: NO DEAL zu einem praxisfernen Regelwerk aus Brüssel, das tief in die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung eingreift.

### Land schafft Zukunft statt Land von gestern

Ausgangspunkt der gemeinsamen Kampagne von AGDW und den Familienbetrieben Land und Forst ist der verfehltene Ansatz der W-VO. Brüssel will historische Lebensraumtypen wiederherstellen und verkennt die Entwicklungsdynamik der Waldökosysteme sowie die Auswirkungen des Klimawandels. Statt nach vorne zu denken, verordnet die Politik ein Zurück. Die Kampagne hält dagegen: Es braucht kein Land von gestern, sondern #LandschaftZukunft! und die Botschaft: Der ländliche Raum schafft Zukunft und übernimmt Verantwortung.

Neben dieser positiven Botschaft macht die Kampagne deutlich, warum die W-VO in ihrer bisherigen Form überarbeitet werden muss. In Anlehnung an den Green Deal heißt das: NO DEAL! Die Aussage verbindet die Ablehnung der aktuellen W-VO mit einer Handlungsaufforderung an die Politik und wird mit dem

gesenkten Daumen als verbindender Geste kombiniert – für Wiedererkennbarkeit und eine klare Haltung.



AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter, DFWR-Präsident Christian Haase, AGDW-Hauptgeschäftsführerin Dr. Irene Seling, Familienbetriebe Land und Forst Vorsitzender Max von Eiverfeldt



Staatsminister Eric Beißwenger, AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter, Staatsministerin Michaela Kaniber, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes Bernhard Breitsameter.

### In der Fläche und auf Bildschirmen sichtbar

Was beim Kampagnenlaunch erstmals hör- und sichtbar wurde, überträgt sich zunehmend in die Fläche. Im „Münchner Appell für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft“, beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Bayerischen Waldbesitzerverbandes, fordern Vertreter aus Bayern, Baden-Württemberg und Österreich einen sofortigen Stopp sowie eine grundlegende Überarbeitung der W-VO. Bundesweit sind die Motive der Kampagne bei Veranstaltungen der Waldbesitzerverbände und darüber hinaus als Fotokulisse präsent und sorgen für Gesprächsstoff. Dazu ergänzend schaffen Sticker und Ansteckbuttons weitere Sichtbarkeit.

Die Außenwirkung der Kampagne fokussiert auf die digitale Welt, insbesondere auf die Sozialen Medien. Die Kampagnenwebseite bietet Hintergrundinformationen, ordnet Begriffe ein und stellt Materialien bereit. Ein Newsletter informiert über Aktivitäten und politische Resonanz. Über die Sozialen Medien werden Inhalte auf fünf Plattformen ausgespielt. Das Interesse an Filmen aus der Praxis, Zitategrafiken, News und Clips ist groß: Innerhalb weniger Monate wurden über 5 Millionen Kontakte erzielt!

### Impulsgeber in der politischen Debatte

#LandschaftZukunft! gibt der Praxis eine Stimme, die auch in der politischen Diskussion gehört wird. Umweltverbände setzen sich mit den Inhalten auseinander. Im hessischen Landtag wurde der Claim aufgegriffen. Damit einhergehend kommt Bewegung in die politische Debatte. Immer nachdrücklicher wird eine Überarbeitung der W-VO gefordert, so von zahlreichen Ressortchefs der Bundesländer. Bayern hat eine Bundesratsinitiative zur Außerkraftsetzung der W-VO auf den Weg gebracht. In Brüssel stoßen die Einwände gegen die Ausrichtung der W-VO auf Gehör: In der EVP-Fraktion des Europaparlaments wird ein „Stop-the-Clock“ der W-VO-Umsetzung gefordert.

#LandschaftZukunft! trägt das Thema in die Politik und in die Fläche. Die Kampagne setzt einen Fokus auf die Menschen, die mit ihrer Erfahrung, ihrem Einsatz, ihrer Verbundenheit und ihrem Verantwortungsbewusstsein tagtäglich im Land, auf ihrem Land etwas für das Land bewegen. Und deren Gestaltungsfreiheit durch praxisferne Vorgaben und bürokratische Gängelung nicht weiter eingeschränkt werden darf.

### KONTAKT

Philip Hülsmann, Kampagnenbüro #LandschaftZukunft, info@no-wvo-deal.de  
www.unser-green-deal.de/landschaftzukunft



Europaabgeordnete Christine Singer (Freie Wähler, Renew-Fraktion) mit AGDW-Hauptgeschäftsführerin Dr. Irene Seling



**Wood Partners**  
Holzkontor

**Gemeinsam zu besseren Holzpreisen**

Unabhängiges Holzkontor für Rundholzvermarktung – transparent, fair, zuverlässig.

Kontaktieren Sie uns  
woodpartners.eu  
T +48 791 355 990




- Rundholz – Einkauf & Vermarktung
- Holzernie mit erfahrenen Partnern
- Logistik & Transportlösungen



## Weihnachtsbaum aus dem Sauerland für den Kanzler

Eine stattliche Nordmanntanne aus dem Sauerland strahlte in der Advents- und Weihnachtszeit 2025/26 weithin sichtbar im Berliner Regierungsviertel. Bei der Übergabe des Weihnachtsbaums der AGDW an den Bundeskanzler brachte es **Friedrich Merz** auf den Punkt: „Ein Sauerländer im Kanzleramt – und ein Baum aus dem Sauerland steht davor.“

Pate der „Kanzlertanne“ war der Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen. Dessen Vorsitzender **Eberhard Frhr. von Wrede** hatte den rund 45 Jahre alten Baum aus dem Hochwald bei Plettenberg ausgesucht. Mit der Nordmanntanne sei die Wahl auf eine Baumart gefallen, die den Deutschen als Weihnachtsbaum aus ihren Wohnzimmern wohl bekannt sei. „Mit ihren nach oben wachsenden Zapfen ist die Tanne auch ein Sinnbild für Aufbruch und Zuversicht“, so von Wrede.

Friedrich Merz hob bei seiner Ansprache im Ehrenhof des Kanzleramtes die Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft hervor, in der bundesweit rund eine Million Menschen beschäftigt sind. Zugleich betonte er die Notwendigkeit, politische Rahmenbedingungen verlässlich und praxistauglich zu gestalten, etwa im Hinblick auf europäische Regelungen wie die Verordnung zu entwaldungsfreien Produkten (EUDR). Für die AGDW machte Präsident **Prof. Andreas Bitter** mit Blick auf die Herausforderungen durch die Klimakrise deutlich, dass Waldbesitzende auf Planungssicherheit angewiesen sind. Nur so könne der Wald auch künftig seine Leistungen für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Biodiversität erfüllen. Der Weihnachtsbaum setze ein Zeichen der Hoffnung, von Gemeinschaft und Zusam-

menhalt, auch in herausfordernden Zeiten. Der Baum stehe stellvertretend für die Arbeit der rund zwei Millionen Waldbesitzenden, die sich mit Herz und Verstand um ihren Wald kümmern, so der AGDW-Präsident.

Für die musikalische Begleitung des stimmungsvollen Vorweihnachts-Nachmittags sorgte der Vokalhelden-Kinderchor aus Berlin.



Eberhard Frhr. von Wrede (Mitte) im Gespräch mit dem Bundeskanzler, links: DFWR-Geschäftsführer Axel Miske.



Teamwork am Baum: Die Forstwirte Heino Krüger (li.) und Florian Pohl vom Stadtforst Fürstenwalde/Spree legen letzte Hand an die Kanzlertanne im Ehrenhof.

Waldbesitzer des Jahres

## Keine Waldwirtschaft ohne Jagd

„Die Zeit für den Wald muss man sich nehmen. Ich kontrolliere gerade die Kulturen, schneide hier und da Zwiesel heraus“, sagt **Torsten Dörmbach**. Der 40-jährige 2-Meter-Recke steht in einem von ihm aufgeforsteten Waldstück im Bergischen Land bei Wipperfürth. Die jungen Bäume sind meist fünf oder sechs Jahre alt. Den letzten hat er 2025 gepflanzt. „Ich hoffe, in meinem Leben keine Bestände mehr begründen zu müssen“, sagt der Forstingenieur.

Was nach Erschöpfung klingen mag, ist Zuversicht in das Erreichte. Fast 40 Baumarten hat er in den vergangenen Jahren erprobt. Viele haben durchgehalten. Von den fichtengeprägten, rund 45 Hektar Wald, die er 2024 von seinen Eltern bei der Betriebsübergabe übernommen hat, waren im Zuge der Dürre- und Borkenkäfer-Kalamitäten seit 2018 rund 30 Hektar kahl gefallen.

„Der Wald war für uns lange die sprichwörtliche Sparkasse, jetzt fehlt ein siebenstelliger Betrag im Portfolio“, bilanziert er den Wertverlust. Dabei war der Wald in normalen Jahren für ihn eher Nebenbeschäftigung. Dörmbach bewirtschaftet einen Milchviehbetrieb mit rund 60 Kühen, macht aus einem Teil der Milch Speiseeis, die er an die am Hof mit seinen Wanderwegen vorbeikommende Laufkundschaft verkauft und die auch nach dem Wald fragt.

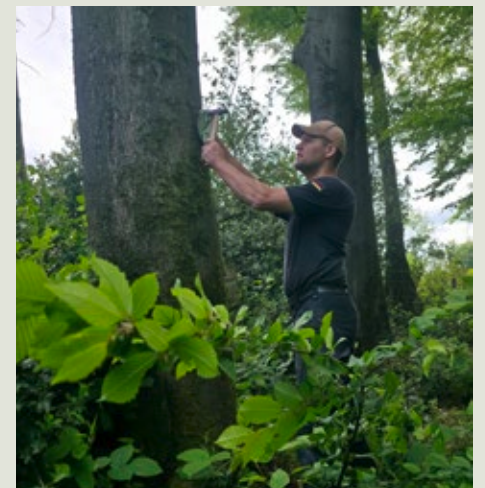
Mit der Wiederbewaldung begann er trotz der arbeitsintensiven Milchviehhaltung zügig, häufig auch ohne Fördermittel, weil die oft auf sich warten ließen. Hinzu kam der hohe Aufwand für die Waldpflege. Nun galt es, Ginster, Adelfarn und Brombeere in den neu begründeten Beständen zurückzudrängen.

Vielen neu gepflanzten Bäumen machte nicht nur die Konkurrenzvegetation, sondern der Wildverbiss zu schaffen. Dörmbach überzeugte die Jagdgenossenschaft Wingenbach mit ihren 700 Hektar, die Jagd in die eigenen Hände zu nehmen. Jagdliche Eigenbewirtschaftung ist seitdem das Motto. Dörmbach sieht sich durch die Umstellung bestätigt. „Die Eichen sind sehr tapfer, trotz des massiven Verbisses, die meisten haben überlebt. Jetzt, wo das Wild weniger geworden ist, können sie durchstarten“, ist er optimistisch.

Sorgen macht ihm dagegen die Buche. „In den Altholzbeständen sieht man die Nachwirkun-



Zu Gast bei WDR 2: Torsten Dörmbach mit Familie im Radio-Studio



Torsten Dörmbach bei der Habitatbaum-Kartierung

gen des Hitzestresses, die alten Buchen brechen zusammen“, sagt Dörmbach. Während er die wieder hochkommende Fichte zurückdrängt, setzt er auf die Weißtanne mit ihren tief greifenden Wurzeln als alternative Nadelbaumart. Positiv überrascht ist er von der Esskastanie. Sie kam bisher gut mit Sommerhitze und geringen Niederschlägen auch am Südhang zurecht.

Für sein Engagement wurde Dörmbach 2025 mit dem Deutschen Waldpreis des Deutschen Landwirtschaftsverlags ausgezeichnet. Der Preis ist für ihn Ansporn. „Ich versuche die Leute zu sensibilisieren“, sagt er. Offenheit und Transparenz erwartet er umgekehrt von Politik und Behörden. Für nachhaltige Jagdkonzepte wirbt er in seiner Heimat und darüber hinaus, denn, so Dörmbach: „Wenn die Jagd nicht stimmt, brauchen wir keine Waldwirtschaft mehr betreiben.“

## Trend nach oben, Kopf gen Boden

Die Bestandssituation zahlreicher Waldvogelarten hat sich in Deutschland laut Bericht des Verbands Deutscher Avifaunisten und des Bundesamts für Naturschutz vom Oktober 2025 weiter verbessert. Das gilt auch für einen eifrigen Kletterer mit echtem Alleinstellungsmerkmal: Der Kleiber (*Sitta europaea*) ist die einzige in Mitteleuropa heimische Vogelart, die kopfüber den Baumstamm hinunterlaufen kann. Das tut er ausgiebig, um sich von Insekten in der Baumrinde zu ernähren. Im Winter stehen für den 12 bis 15 cm kleinen Singvogel auch Nüsse und Samen auf dem Speiseplan.



Mit einer auf bis zu 1,9 Millionen Brutpaare geschätzten Population rangiert der Kleiber unter den „Top 20“ der häufigsten in Deutschland brütenden Vögel. Der Kleiber ist nicht gefährdet, doch nach Bundesnaturschutzgesetz und EU-Vogelschutzrichtlinie geschützt und Teil des Nachhaltigkeitsindex zur Beurteilung der Artenvielfalt. Schon seit Jahrzehnten zeigen die Bestandszahlen nach oben. Der Kleiber bevorzugt Laub- und Mischwälder, kommt aber auch im Nadelwald vor.

Charakteristisch für den Kleiber ist das grau-blaue Rückengefieder und die helle, rostbeigene Unterseite. Man erkennt ihn auch an seinem schwarzen Augestreif. Am Baum ist der Kleiber nach oben und unten unterwegs und doch kein Alleskönner. Mit seinem kleinen Schnabel kann er die für seine Brut benötigten Höhlen selbst nicht schaffen. Er nutzt daher gern Spechthöhlen und verkleinert deren Durchmesser, um Räufern den Zugang zu erschweren. Von diesem „Kleibern“ stammt der Name des kleinen Waldbewohners. Er nutzt fürs „Kleibern“ Lehm, wie man es hierzulande sonst nur von Schwalben beim Nestbau kennt, sowie Holzreste. Sein „twit twit twit“ ist von Dezember bis ins Frühjahr im Wald, aber auch in Parks, zu hören.

### Trommelsäge

- ▶ Schnittlänge 250 - 520 mm
- ▶ werkzeuglos verstellbar
- ▶ eigene Ölversorgung
- ▶ Niederhalter



### Sägespalter

- ▶ hohe Spaltkraft
- ▶ hydraulischer Niederhalter
- ▶ extrem schnelle Taktzeit
- ▶ inkl. Kursgutschein



**Unterreiner Forstgeräte GmbH**  
 Bahnweg 1-3 | 84387 Julbach/Buch | Tel. +49 8678/7494-0  
 info@unterreiner.eu | [www.underreiner.eu](http://www.underreiner.eu)

Fordern  
Sie unseren  
Gesamtkatalog an  
oder besuchen  
Sie uns  
online!

### IMPRESSUM

AGDW - Die Waldeigentümer, Reinhardtstraße 18A, 10117 Berlin, [www.waldeigentuemer.de](http://www.waldeigentuemer.de), [info@waldeigentuemer.de](mailto:info@waldeigentuemer.de),  
 Telefon: +49 30 311 66 76 20

ViSDP: Dr. Irene Seling, Hauptgeschäftsführerin

**Redaktion:** Alexander Knebel

**Autorinnen und Autoren:**

Caroline Dangel-Vornbäumen, Johanna Eßer, Catrin Fetz, Kurt Hauschild, Philip Hülsmann, Alexander Knebel, Leon Nau, Wolf-Henning von der Wense.

**Gestaltung:** Plettenberg Design, Köln

**Copyright Bilder und Grafiken:** Titel und S. 70 o.: iStock/chris2766, S. 5: iStock/ollo; S. 6/7 BMLEH/Thomas Truschel/Photothek, S. 8 u. S. 11 u.:

Bundestag/Stella von Saldern, S. 9 o.: BMLEH, S. 10 iStock/Flemming Hansen, S. 11 o.: Bundesrat/Sascha Radke, S. 16: Markus Hölzel, S. 20/21: iStock/taikrikel, S. 21: (Falter): Stephan Moris/Shut-

terstock, S. 23: Jens Borchers, S. 27: AGDW/Runge, S. 28: European Union 2022, S. 29: EU-Kommission, S. 31 o.: European Union 2025, S. 31 (Porträt G. Oettinger); Henrik Klatt, S. 32: Michel Christen/European Union 2024, Source: EP, S. 33: Lukasz Kobus/European Union 2026, S. 36: iStock/Ieremy, S. 37: Munir Werner, S. 38: EPP/Lahousse, S. 41, 46, 51 (Kleiber) iStock/mashuk, S. 44/45: iStock/Joppi, S. 46 u. S. 48-50: AGDW/Runge, S. 52/53 (Frhr. v. Wrede., M. Eberwein): AGDW/Runge, S. 53: (A. Sonder) Benedikt Spether, Hintergrund: iStock/AVTG, S. 64: iStock/Henrik\_L, S. 66 o: Adobe Stock/Mykola Komarovskyy, S. 66 u., S. 68: AGDW/Runge, Grafiken S. 9, 34, 62 Design-Bond.de

**Redaktionsschluss:** 12. Mai 2026

**Erscheinungsdatum:** Juni 2026

**Papier:** Umschlag Dacostern 200g/qm, Innenteil Lona Print 120 g/qm

 **PinguinDruck.de**

# Gemeinsam Wald gestalten. Vielfalt nutzen. Zukunft sichern.

**Jetzt  
Ticket  
sichern!**  
[interforst.com/  
ticket](http://interforst.com/ticket)



In Kooperation mit **SYSTEMS  
COMPONENTS<sup>®</sup>  
FORESTRY**

# INTERFORST

## INTERNATIONALE LEITMESSE FÜR FORSTWIRTSCHAFT UND FORSTTECHNIK

**15.–18. Oktober 2026 | Messe München**  
[interforst.com](http://interforst.com)



**AGDW - Die Waldeigentümer**

Reinhardtstraße 18A · 10117 Berlin · Telefon +49 30 311667620 · [info@waldeigentuemmer.de](mailto:info@waldeigentuemmer.de)  
[www.waldeigentuemmer.de](http://www.waldeigentuemmer.de)

Präsident: Prof. Dr. Andreas W. Bitter  
Hauptgeschäftsführerin: Dr. Irene Seling (ViSdPG)